Atom Express

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie

Nr. 25 Juli/Aug. 81 DM 1,50

Wethen, 19. Juni 81
3000 Landwirte demonstrieren
mit 500 Treckern gegen die WAA

Widerstand gegen Hessen-WAA

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Zwischenlager Gorleben * Energiepolitik * Jahrhundert-pleite/Atomvertrag Brasilien * Hessen-WAA * Prozesse *

Diskussion um den

ATOM EXPRESS

Liebe Freunde vom Atom Express!

Ich schreibe Euch noch einige Gedanken von mir zu der Beilage 'Was ist faul am Atom Express?' Unbestritten, der AE ist mit Abstand die beste Anti-AKW-Zeitschrift der BRD. Weder 'langweilig', noch 'zufällig', weder 'Selbstzweck', noch 'von der Bewegung isoliert'. Dennoch: Selbst wenn durch Zuschriften, Leserbriefe usw. eine Bestätigung des „Konzepts" des AE sicher scheint, liegt die Ursache der Kritik von Outi und Wilhelm meiner Meinung nach tiefer. Die Antwort der Redaktion bringt viele Beispiele, wie in und durch die Arbeit der Redaktion immer wieder mit enormer Anstrengung versucht wurde, die vielfältigen Entwicklungsstränge unter einen Hut zu bekommen, am Ball zu bleiben und daraus einen positiven neuorientierenden Beitrag zur Weiterarbeit der Bewegung zu leisten. Dies ist sicher ein großes Verdienst des AE und hat ihm und überhaupt den Göttingern das Ansehen in der Bewegung eingebracht, das der AE und „die Göttinger" in der Bewegung haben.
Dennoch sind in der „Antwort der Redaktion" in der Auflistung konkreter Fälle und den dabei entstehenden bzw. entstandenen und bestehenden Schwierigkeiten zwar gegenüber Outi und Wilhelm einiges eingeräumt, aber meiner Meinung nach der Hintergrund ihrer Kritik im Wesentlichen nicht erfaßt.
Für entscheidend sehe ich an, daß sich die Anti-AKW-Bewegung in einer Umbruchphase befindet, in der ein heftiger Kampf verschiedener politischer Fraktionen um 'ihren' Anteil des Einflusses sich vollzieht. Ihren Unmut über die Ungeklärtheit dieses Umbruchs bringen Outi und Wilhelm am Gegenstand ihres politischen Arbeitsbereiches (dem AE) zum Ausdruck. Die weiterreichende Frage wird auch von ihnen nur beschrieben, aber noch nicht bewußt benannt: Wie wird aus der Umbruchphase eine politische Aufbruchphase der linken und marxistischen Kräfte in der Bewegung?
Dies soll an einigen wichtigen Punkten erläutert werden.

1. Mit der Stellungnahme des Göttinger Arbeitskreises zur Lingen-Demonstration wurde zwar deutlich gemacht, warum diese Aktion abgelehnt wird. Das damit verbundene Problem Atomprogramm und Atomwaffen wurde, konnte und sollte damit nicht gelöst werden. So besteht diese Herausforderung weiter, ohne daß wir hier eine kontinuierliche Arbeit anzubieten haben, um diese Herausforderung positiv anzunehmen und ihr zu begegnen. BBU, Grüne und DFG/VK – DKP stricken ihr Bündnis weiter. Durch unser Abwarten geraten wir (Linken) in die Defensive, in die Isolation und es entsteht ein Druck auf uns, den Einzelne mehr oder minder stark erfahren und so davon gelähmt werden.

2. Die Brokdorf-Demo zeigte, wie Josef Leinen als Repräsentant des BBU und damit einer politischen Strömung durch geschicktes Taktieren all die Schwächen auf der Linken ausnutzt, um seinen Verband und natürlich auch sich zu profilieren. Dabei geht es nicht um einen Selbstzweck, sondern um die Festschreibung programmatischer Positionen in der Öffentlichkeit, von Gewaltfreiheit, bürgerlichem Ungehorsam und vor allem Loyalität zum Staat, denn er ist nicht unser Gegner, so J. Leinen, bei allem Karrierismus, den er an den Tag legt.

3. Atomenergie und Energiepolitik – hier ist gerade durch den AE unsere Position am weitesten entwickelt und hierauf konzentriert sich auch der AE, bzw. einige Aktivisten in der Vorbereitung der bundesweiten Flugblatt-Aktion, aber auch anderer Aktivitäten.

4. Die Anti-AKW-Bewegung hat den Flair des Spontanen, Neuen verloren und ist auch durch die objektiven Verhältnisse eine wichtige Bewegung neben anderen geworden, wie Anti-Kriegs- bzw. Friedensbewegung oder Häuserkampf.
Durch die krisenhafte Entwicklung des BRD-Imperialismus getrieben wird die härtere Gangart im Ausbau des Atomprogramms deutlich. So sind wir heute eine breite Bewegung, aber vor einer weit schwierigeren Situation.

5. Als Ergebnis der Anti-AKW-Bewegung kann auch die Öko-Bewegung verstanden werden, die beginnt, eine sozio-kulturelle, gesellschaftliche Bewegung zu werden, die wesentliche Bestandteile der bestehenden Logik und Herrschaftsverhältnisse in Frage stellt. Insbesondere die reaktionäre Position von den Grenzen des Wachstums durch den 'Club of Rome' verstärkt in Zweifel zieht.
Das heißt aber, daß aus dem Einpunkt-Bewußtsein – besonders der Gefahren der AKWs – ein grundsätzliches Fragen nach dem Verhältnis von Natur und Menschen entstanden ist. Gründliche kritische Antworten werden noch gesucht.

Soweit einige Fragenkomplexe, die eines deutlich zeigen:
Wir als Linke und/oder Marxisten in der Bewegung sind jetzt aktuell enorm herausgefordert. Denn es wird durch vielfältige Entwicklungen deutlich, daß wir Positionen einer radikalen Kritik fundieren müssen, um dem Versuch der bürgerlich-pazifistischen Kräfte, sich auszubreiten, etwas entgegenzusetzen. Damit hoffe ich den „streitenden Reichen" gezeigt zu haben, daß es um mehr als den AE und die Redaktion geht.
Aus persönlicher Erfahrung kann und will ich noch anfügen:
Jeder, der in solchen praktischen Widersprüchen konkret drinsteckt, neigt gelegentlich dazu, die eigene konkrete Erfahrung zu verabsolutieren und zieht sich zurück – was Outi und Wilhelm nun hoffentlich nicht tun, sondern gemeinsam mit der Rest-Redaktion an der Lösung der Probleme der Linken in der Anti-AKW-Bewegung weiter mitarbeiten. Dabei fände ich es besonders gut, wenn gerade durch die beiden der AE den Herausforderungen an der Frage Atomenergie/Atomwaffen ein weiteres Standbein erhalten würde. Ihr Interesse an dieser Frage haben sie ja auch wiederholt deutlich gemacht, sei es durch den Artikel im AE oder durch ihre Beteiligung an der Diskussion um die Lingen-Demo.
Auf das wir alle gemeinsam siegen
Herbert

Vorsicht: Immer noch im Einsatz

Polizeispitzel Klaus Eggert

Monatelang hatte er schon einmal in Göttingen sein Unwesen getrieben – jetzt wurde er das zweite Mal enttarnt: Klaus Eggert, Top-Spitzel des Niedersächsischen Landeskriminalamtes. Damals, 1978, war der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie sein Arbeitsfeld.- Diesmal hatte er vor allem Häuserkämpfer zu observieren.
Eggert ist kein normaler Kriminalbeamter. Er wurde speziell dafür ausgebildet, sich in politischen Organisationen oder Bürgerinitiativen einzuschleusen. Nach seiner neuerlichen Entdeckung (in einem Zivi-Wagen Kennz. OS-HH 549) flüchtete er sich zu einem halben Dutzend in der Nähe liegender Kumpanen, aber irgendwann wird auch ihm das Handwerk gelegt werden...

Collection Labadie Foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Die WAA wird nicht gebaut!!

OFFENER BRIEF AN DIE ATOM - MAFIA

Die Katze ist aus dem Sack - nach monatelangem Standortpoker hat die DWK im Eivernehmen mit der Hessischen Landesregierung, mit der CDU, der Gewerkschaftsspitze, den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, dem großen Geld sowie allen an der Atomenergienutzung interessierten Industrien, Behörden und Einzelpersonen ein Gelände zwischen Diemelstadt - Wethen und Volkmarsen in Nordhessen als Standort für eine WAA benannt.

Euer Zögern bei dieser Bekanntgabe, die vielen Geheimpapiere und Kriterienkataloge haben deutlich gemacht, wie schwer Ihr Euch bereits jetzt, in der Vorphase der Landraub- und Genehmigungsverfahren für die Atommüllfabrik, tut; die arroganten, großkotzigen Ergüsse von Gries und anderen, „firmenintern stehe der Standort schon sehr lange fest", haben darüber nicht hinwegtäuschen können.
Schneller und entschlossener noch als in Gorleben, wo Euer Kumpan Albrecht die WAA nicht durchsetzen konnte, hat sich in Hessen Widerstand gegen Eure verbrecherischen Pläne geregt, der zuversichtlich stimmt, daß Ihr letztendlich auch hier keine Chance haben werdet.
Ob in Borken, Rabenau, Volkmarsen oder jetzt in Diemelstadt, ob gegen eine 350-Tonnen- oder 700-Tonnen-Anlage, ob gegen die Stratbahn-West oder die Giftmülldeponie Mainhausen — der Wind bläst Euch überall ins Gesicht und wird stärker, immer stärker.

Ihr wißt genau, besser noch als wir, daß Atomanlagen überflüssig, gefährlich und teuer sind, Ihr wißt, daß die WAA-Technologie weder beherrschbar noch ökonomisch sinnvoll ist, daß die WAA weder vom Uran-Import unabhängig macht noch den Atommüllberg verkleinert, daß die WAA mitnichten etwas mit Entsorgung zu tun hat, sondern daß die Sorgen noch viel größer werden, und Ihr wißt, daß bei einem Unfall in dieser Anlage hunderttausende von Menschen krepieren können und Städte wie Kassel und Göttingen nie mehr bewohnbar sein werden.
Ihr wißt, daß wir im Recht sind, und nicht Ihr!

Ihr werdet über Gewalt lamentieren, noch bevor der Bauplatz besetzt wird und noch bevor der erste Zaun umgelegt ist.
Ihr werdet hetzen, spalten, lügen und betrügen, Ihr werdet erpressen, bestechen, bespitzeln und kriminalisieren, so wie Ihr es seit fünf Jahren tut, in Gorleben, Brokdorf, Kalkar, überall da, wo sich Menschen gegen Eure Gewalt, gegen Euren kalkulierten Massenmord zur Wehr setzen.

Wenn Ihr tatsächlich daran glaubt, die WAA durchsetzen zu können — schminkt es Euch ab! Denn wir wissen auch etwas, und da sind wir ganz sicher– die WAA wird nicht gebaut, nicht in Nordhessen und auch nicht anderswo!

INHALT

Nordhessen
Rund um Wethen wächst der Widerstand 4
DWK entscheidet sich für Standort Wethen 5
SPD in der Klemme 6
Landeskonferenz der hessischen BIs in Bad Nauheim 7

Japan : Tsuruga nur die Spitze des Eisbergs 9

Brokdorf – Kriminalisierung
Michael immer noch in Haft 10
Unterelbetreffen 10.5.81 / Bekennerbriefe 12
Weitere schwere Vorwürfe gegen AKW-Gegner 13

Energiepolitik (Teil 2)
Weg vom Nahost-Öl 15

Lüchow–Prozeß oder den letzten beißen die Hunde 20

Frankreich
Atombremser Mitterand? 21
Fessenheim – Pfingstaktionen im Dreyeckland 22
COGEMA – Verträge: Die Praxis der Wiederaufbereitung 25

Brasilien
Der Atomvertrag ...oder die Jahrhundertpleite 26

Schacht Konrad 32

Gronau – Urananreicherungsanlage 33

Rund um Gorleben
Countdown um's Zwischenlager 34
Pfingsttreffen 36
Endlagerhearing: Wasser im Salzstock 38

Kosten-Nutzen-Analysen oder Was kostet ein Menschenleben? 40

Ein Kapitel Bürgerdialog 42

Krötenmonster im Steinbruchsee 44

Bundesweite Energiebroschüre kommt! 45

Sommercamp in Kalkar 46

Impressum:

Der Atom Express wird herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Der Atom Express erscheint meistens alle acht Wochen und kostet 1.50 DM.

Wegen des großen Umfangs kostet er diesmal vielleicht mehr (weiß ich aber noch nicht, d.S.)

Atom Express Abo:
Kostet 10.-DM für fünf Nummern incl. Porto; für BIs, Buchläden oder sonstige Verkaufsstellen ab 5 Expl. je 1.-DM.

Konto:
Ulrich Blömer -Sonderkonto-
PSchA Hannover: 344264-304

Anschrift der Redaktionsgruppe:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
-Redaktion-
Postfach 45
3400 Göttingen
Tel.: 0551-7700158

An dieser Nummer haben mitgemacht:
Bernd, Christine, Dieter, Erich, Jörg, Jürgen, Kirsten, Lutz, Ortrud, Reimar, Gabi, Wilhelm, Henry und Kristin, Renate, Uli, Claudia, Hans-Christian, Bernd B., Herbert und weitere Freunde aus Nordhessen, Jens, und alle, die ich jetzt noch vergessen habe.

V.i.S.d.P.: Jörg Rade, Wilhelm Bethlehem, Dieter Stark, Kirsten Hellwig, Christine Riese, Bernd Weidmann, Erich Schünemann, Reimar Paul.

Wiederaufbereitungsanlage

„Da geht hier doch alles kaputt“

Seit dem 9. Juni weiß es die nordhessische Bevölkerung: Die Plutoniumfabrik soll direkt vor ihrer Nase entstehen. Wenn es nach dem Willen von DWK und hessischer Landesregierung geht, wird die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) spätestens 1985 gebaut. Und zwar nach neuesten Informationen 2½mal so teuer und vielleicht mehr als doppelt so groß wie bisher vorgesehen.
Doch es gibt noch einen anderen Willen: In Nordhessens Gemeinden formiert sich erbitterter Widerstand vom Bürgermeister bis zum Landwirt. Ein hessischer Bezirks- bzw. Kreis-SPD-Tag nach dem anderen stimmt gegen die einsamen Atompläne des hessischen Ministerpräsidenten Börner. Wie lange kann dieser noch gegen die erklärte Meinung seines Parteivolks und gegen die lauten Proteste aus der Bevölkerung entscheiden – für Startbahn West, für Biblis Block C, für die WAA in Wethen oder sonstwo? Geht sein Konzept auf mit Rücktrittsdrohung und Vertrauensfrage Partei und Bürgern sein menschenverachtendes Programm aufzuzwingen?
Ein Abgrund von Zorn und Unwillen tut sich auf.
Lassen wir die Atommafia samt den Wachstumstechnokraten darin versinken.
Was in Gorleben verhindert wurde, muß in Wethen erst recht unmöglich werden.

DWK entscheidet sich für Standort Wethen

Wethen, ein Ortsteil von Diemelstadt im Landkreis Waldeck-Frankenberg, liegt direkt an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen, nur wenige Kilometer vom bisher favorisierten Standort bei Volkmarsen entfernt. Hier soll, nach dem Vorschlag der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) vom 9.6.81, die erste nukleare Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente in der BRD gebaut werden. (Zur Technik einer WAA siehe Artikel im AE 24.)

Die Kosten für das Milliarden-Schandwerk sind in den letzten Tagen auf geheimnisvolle Weise von 4 auf 8 Mrd. plus 2 Mrd. Planungskosten gestiegen, auf das 2½fache!! Soll etwa von diesem Finanzzuwachs die angekündigte Lehrlingsausbildung in Diemelstadt, als Köder für die Bevölkerung gedacht, finanziert werden?

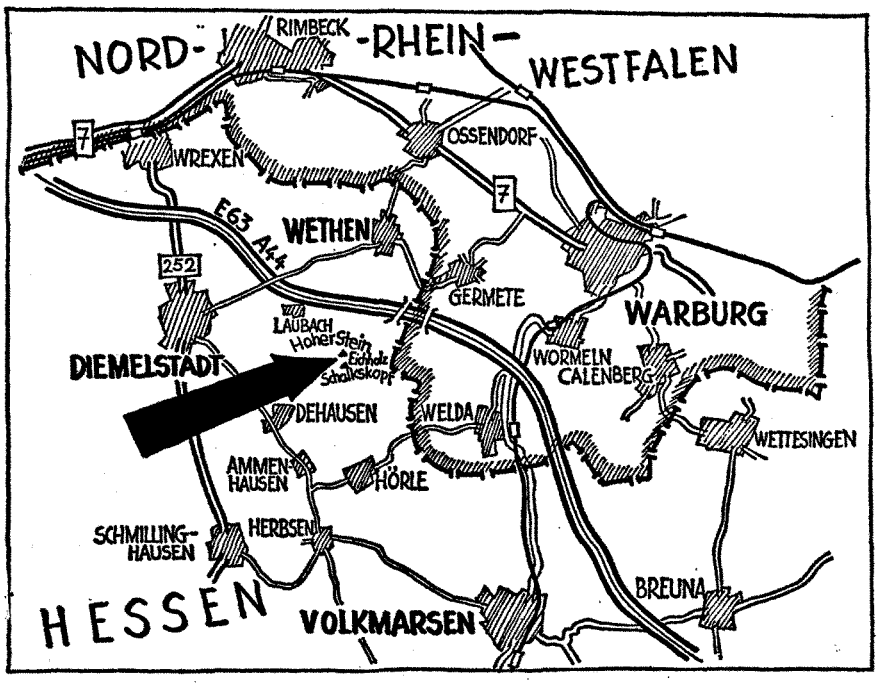
Daß aus der offiziell beantragten 350-Tonnen-Versuchanlage auch schnell mehr werden kann, ist aus einem Gutachten für das Bundesforschungsministerium zu erfahren (erstellt von KFA-Jülich-Chef Häfele, nach FR 26.5.81). Darin wird für die zu bauende WAA eine Kapazität von bis zu 700-800 t empfohlen (entspricht ⅔ des verhinderten Gorleben-Mammut-Parks).
Pläne, die sicher längst in den Schubladen der Betreiber liegen, bekommen die betroffenen Menschen so nur kleckerweise, wenn überhaupt, zu Gesicht. Eine unverschämte Hintergehungstaktik!

Warum gerade Wethen?

Für die Pläne der DWK erscheint der Flecken Land ideal:
– Langwierige Enteignungsverfahren könnten entfallen: Über das ins Auge gefaßte über 120 ha große Mischwald-Areal mit den romantischen Flurbezeichnungen 'Hoher Stein', 'Schalkskopf','Eichholz', das zu 85 % zu Diemelstadt und zu 15 % zur Kommune Volkmarsen gehört, verfügt nämlich der Landkreis Waldeck-Frankenberg mit dem WAA-freundlichen Landrat Reccius an der Spitze.
– Verkehrstechnisch günstige Lage: Für die zahlreichen Atommülltransporte sind ein Autobahnanschluß über einen eigenen Zubringer zur nahen A 44, sowie ein Schienenanschluß über die Bahnhöfe Warburg, Scherfede oder Wrexen an die DB-Hauptstrecke Kassel-Dortmund geplant, eine für die DWK „problemlose“ Sache.
– Für Abwasser und Kühlung sollen die jeweils drei Kilometer entfernt fließende Diemel oder Tviste (ein mittlerer Bach!) herhalten. Frohe Botschaft für das Erholungs- und Freizeitgebiet am Diemelsee!

(Weiteres über die Gegend siehe auch unseren Bericht im letzten AE unter „Warum Volkmarsen?“)

„So ideal muß der DWK der Diemelstädter Wald erscheinen, daß auch weder der nahe Übungsplatz der Bundeswehr noch die Natobasis im Ortsteil Qualst die DWK groß stören.“ (Nach FR)
Während in der Presse gerade über die vollständige Ausradierung eines irakischen AKWs durch israelische Bomber berichtet wird, scheint eine Gefährdung der geplanten Atommüllfabrik durch diese militärische Massierung um Wethen die Betreiber völlig kalt zu lassen – eine potentielle Zerstörung mit Freisetzung der gesamten Radioaktivität hätte als Katastrophengebiet ganz Mitteleuropa! –
Nicht kalt lassen kann das die Bevölkerung – uns alle, die wir diese perfekten Atombomben in Form von AKWs, WAAs, Brütern etc. ins eigene Land gesetzt bekommen!



Der Standort-Vorschlag der DWK im Ortsteil Wethen der Gemeinde Diemelstadt: Das Waldgebiet mit dem Flurnamen „Eichholz“ (Pfeil) ist im Eigentum des Landkreises.

in Nordhessen

Rund um Wethen wächst der Widerstand

Die weitere Planung

Bis Oktober soll das Land Hessen wie der Bund anhand des „Kriterienkatalogs" über den Standort Wethen entscheiden. Doch kann man davon ausgehen, daß von dort grünes Licht gegeben wird. Mit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung rechnet die DWK dann frühestens 1985, mit der Inbetriebnahme 1992. In dieser Planung seien (laut Munz, Leiter der DWK-Außenstelle Kassel) allerdings nur die Dauer der Genehmigungsverfahren und die Bauzeit berücksichtigt. Verzögerungen, unter anderem durch Blockaden oder Gerichtsentscheide, seien durchaus denkbar. Kluges Köpfchen!
Nicht nur verzögert, sondern verhindert wird die WAA hoffentlich in Wethen und anderswo.

Dieses Anderswo sollte beim Widerstand im Hinterkopf bleiben. Denn die DWK steht sicher nicht mit leeren Händen da, falls sie in Wethen gestoppt wird. Nach Auskunft von DWK-Munz liegen in den Schubladen Pläne für mehr als zehn weitere Standorte in Nordhessen, (auch Orte in anderen Bundesländern sind als mögliche Standorte im Gespräch) und „von denen steht keiner auf wackligen Beinen".

Ein stark hinkender Pferdefuß des Atomprogramms ist die „Entsorgung", die vor Inbetriebnahme der WAA „gesichert" sein muß. Auch die deutlich an die hessische SPD gerichtete Polemik „Bundesregierung hält an Gorleben fest, keine begründeten Zweifel an Eignung..." (FR 6.6.81) kann Tatsachen nicht ändern: Die derzeit im Salzstock von Gorleben geplante Endlagerung der hochaktiven Abfälle aus AKWs und WAA ist nach den Bohrungsergebnissen nicht weniger unsicher geworden. Sicher wird sie nie!!

Die Zeichen stehen auf Protest

Schon am Abend nach der Bekanntgabe des Ortes nahm ein Großteil der Bevölkerung an einem Protestfackelzug teil. Die Empörung in Wethen ist groß. Davon zeugen auch die ungezählten Plakate mit dem abschreckenden Totenkopf, die an 80 Häusern und zahlreichen Scheunen die Blicke auf sich ziehen.Wethens Ortsvorsteher Adolf Graf hat vor allem Bedenken im Hinblick auf eine intakte Gemeinschaft, wie sie sich bis heute im Alltag der Gemeinde bewährt hat. Selbst der evangelische Ortspfarrer rüstet moralisch auf: Gegen unseren Willen , gegen den gemeinsamen Widerstand der Nordhessen und Ostwestfalen wird hier nichts gebaut".(Nach FR).

In Diemelstadt fand als Reaktion auf die Standort-Bekanntgabe noch am Abend des 9.6. „die erste Kundgebung unter freiem Himmel überhaupt" statt (Bürgermeister Hartmut Weißhaupt,SPD). Dabei griff der Breunaer Bürgermeister Hartmann, ebenfalls SPD, den Landrat von Waldeck-Frankenberg Reccius scharf an: Jener sei auf dem besten Weg, „sein Ferienland Waldeck kaputt zu machen".

Fackelzug in Wethen am 6.Juni 1981

Reihenweise waren und sind Protestveranstaltungen angesagt:
– Die hessischen Jusos organisierten am 11.6. einen Protestmarsch zum Eichholz, wobei längere Zeit Straßen blockiert wurden. Vom Eichholz aus wurden dann Ballons mit Antwort-Karten gestartet mit der Bitte an die Finder, den Fundort der Ballons genau anzugeben. So soll grob ermittelt werden, wie weit sich die Abluft einer WAA schonim Normalbetrieb auswirken könnte.
– Am 13.6. trafen sich die Hessen-Bis in Bad Nauheim (s. Konferenz-Bericht).
– Am 14.6. fand auf dem Volkmarser Iberg ein Umwelt-Volksfest statt. es gab einen ökumenischen Gottesdienst, Würstchen, Bier und viel Anti-Atom-Stimmung unter dem Volk, das mit Kind und Kegel angerückt war.
– Am 16.6. lief eine Kundgebung der Bürgergruppe in der Diemelstädter Stadthalle. Dabei wurden Staffelläufer verabschiedet, die sich mit Protestschreiben auf den langen Weg nach Wiesbaden machten.
– 19.6.: Volksfest der Grünen in der Fußgängerzone von Korbach. Außerdem regionale Trecker-Demo in Wethen.
– Für den 21.6. ist parallel zum SPD-Parteitag eine Fahrrad-Sternfahrt nach Wethen angekündigt.
Inzwischen ist sicher noch vieles mehr gelaufen, worüber wir erst nächstesmal berichten können.
Die bundesweite Demo gegen die WAA, ursprünglich für den 27.6. in Wethen geplant, ist wegen Überschneidung mit der Demo in Hanau und anderen Aktionen, zum anderen wegen der von den Bauern befürchteten Ernteschäden verschoben worden auf September. Dann, wenn die Ernte eingefahren ist, will so mancher Bauer seinen Trecker zum Symbol des Widerstandes umfunktionieren.

Weg durch die Instanzen

Zu diesen vielfältigen Demonstrationen des Unwillens kündigen sich auf parlamentarischem wie gerichtlichem Weg reihenweise Auseinandersetzungen um die WAA an.
Der Magistrat von Diemelstadt lehnt einstimmig die WAA im Ortsteil Wethen ab (FR,13.6.). Begründung: Eine solche Anlage sei wegen der widersprüchlichen Aussagen der Wissenschaftler zur Gesundheitsgefährdung und wegen des noch ungeklärten Problems der Endlagerung für die Gemeinde „unzumutbar". In seinem Beschluß wendet sich der Magistrat auch dagegen, daß durch die Nuklearfabrik Teile eines insgesamt 690 ha großen Laubwaldgebietes abgeholzt und damit zerstört würden.
Die Gemeinde Breuna erwägt nach den Worten ihres Bürgermeisters Hartmann zusammen mit anderen Orten Klage gegen das Projekt.
Volkmarsen mit seiner Bürgerliste gegen die WAA als stärkster Fraktion dürfte auch nicht klein beigeben.
Im nahen, aber in Nordrhein-Westfalen liegenden Warburg ist die Aufregung ebenfalls groß. Die 22.000-Einwohner-Stadt ist schon heute massiv von Manövern und Tiefliegern heimgesucht und fällt nach Auskunft des Stadtdirektors Walter Säulen auch noch in den Gefahrenbereich des AKWs Würgassen. Die WAA in 3 km Entfernung würde die Gemeinde um so stärker treffen, als der betroffene Ortsteil Germete eben erst mit über 14 Mio. DM zum Kurort aufpoliert wird. Folgerichtig hat sich die ostwestfälische SPD auch gegen die WAA entschieden und energische Proteste an Wiesbaden gerichtet.

Kundgebung in Wethen am 9.Juni 1981

SPD in der Klemme

Bei soviel Widerspruch erhebt sich die Frage, wo SPD-Landesregent Börner den Rückhalt für seine Pläne zu finden gedenkt. Das wachsende Bewußtsein in der Bevölkerung über die Gefahren der Atomtechnologie schlägt sich zunehmend auch in der SPD-Basis nieder: Ein Kreis- bzw. Bezirksparteitag nach dem anderen stimmen mit überwältigender Mehrheit, wenn nicht einstimmig gegen eine WAA in Hessen, gegen den Bau des Blocks C beim AKW Biblis, gegen Startbahn West – alles Pläne, die Börner auf jeden Fall durchziehen will. Der ungewohnte Widerstand aus den eigenen Reihen treibt ihn dazu, sich auf einem außerordentlichen SPD-Landesparteitag am 21.6. in Wiesbaden die Gefolgschaft seiner Partei bescheinigen zu lassen. Die Vertrauensfrage, die er dort stellen will, gekoppelt an eine Rücktrittsdrohung, dürfte ihre Wirkung nicht verfehlen. Zu Börner gibt es für die SPD-Führung in Hessen keine personelle Alternative, und CDU-Dregger wartet nur darauf, die Macht geschenkt zu bekommen. Zudem ist die SPD bundesweit durch die Entwicklungen in Berlin, und Hamburg stark gebeutelt, die innerparteiliche Diskussion um den Nato-Doppelbeschluß zehrt an der Substanz. Bei einem Scheitern der letzten sozialliberalen Koalition auf Landesebene in Hessen droht langfristig ein Erdrutsch in Richtung Regierungswechsel auch in Bonn.
Davor werden letztlich am 21.6. genug SPDler zurückschrecken. Zumal ihnen das zähneknirschende Ja für Börner und seine Atompläne in letzter Zeit durch Meldungen schmackhaft gemacht wird, die für Biblis C „bei Normalbetrieb keine Strahlengefahr" behaupten (FR 13.6.,- Bericht über die Modellstudie Radioökologie Biblis) und die „keine begründeten Zweifel" an der Eignung des Gorlebener Salzstocks weismachen wollen.

Das erzwungene Ja für Börner wird das Nein für seine Politik kaum ändern.
Der Frankfurter SPD-Stadtverband hat dies nach Bekanntwerden des Sonderparteitag – Termins vorexerziert: Natürlich würden ihre Delegierten die SPD-geführte Regierung in Hessen nicht fallen lassen. Nur dürfe diese Regierung nicht tun, was sie seit längerem tue: nämlich eine neue Startbahn auf Rhein-Main bauen, eine WAA errichten, Frankfurts Stadtautobahnnetze vergrößern, das AKW Biblis erweitern und so fort. (FR 12.6.81).

Wie und ob sich die SPD aus dieser Klemme herausmanövrieren wird und wie sie die immer tiefer werdende Kluft zwischen Parteispitze und Basis überbrücken kann, bleibt abzuwarten.
Bei der Aussicht auf tiefschwarz-Dregger in Wiesbaden und mittelschwarz-Kohl oder Albrecht oder Wer in Bonn, und dem dann folgenden noch rücksichtsloseren Durchpeitschen von Atomkraft und Rüstung, durch keinerlei parteiinterne Kritik mehr gebremst – bei diesem Gedanken läuft sicher auch manchem von uns ein kalter Schauer über den Rücken.
Die Anti-AKW-Bewegung sollte weiterhin versuchen, auch über die SPD-Basis, auf Orts- und Bezirksebene, die Entscheidungen in luftiger Höhe zu beeinflussen. Gegen Halbherzigkeiten, wie sie die SPD immer wieder in Sachen Atom und zum Teil auch jetzt in Nordhessen zeigt, sollten wir aber immun sein. Zum kompromißlosen Nein zu Atomkraft- und Rüstungswahnsinn kann es keine Alternative geben.

Und schließlich sollten wir nicht ganz mutlos werden, falls Schmidt und Börner abtreten. Denn schließlich haben wir die CDU-Fürsten Filbinger, Albrecht, Stoltenberg in Wyhl, Gorleben und Brokdorf ganz schön das Fürchten gelehrt.

Kontakt:
Anti-Atom-Büro c/o Franz Jakob
Auf dem Ort 10

3549 DIEMELSTADT

Tel. 05694/737

SPENDENKONTO:
KSK Waldeck,Kontonr. 01018084
BLZ 5002350005

Landeskonferenz der hessischen Bürgerinitiativen in Bad Nauheim

Am Samstag waren etwa 50 Vertreter der verschiedenen hessischen BIs in Bad Nauheim. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte waren:
1. Biblis C
2. WAA Wethen (Kreis Waldeck Frankenberg)
3. Plutoniumfabrik Hanau
4. Startbahn West

Zu 1. Biblis C

Am 22. 6. 81 werden in Biblis zum 2. Mal die Pläne für das geplante 3. AKW erörtert (Erörterungstermin). Grundlage und Hintergrund dafür ist ein raffiniert eingefädeltes Täuschungsmanöver von hessischer Landesregierung und Atomkraftwerksbetreibern.

am 11.9.80 erklärte das hessische Wirtschaftsministerium, daß die Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätsgesellschaft (RWE) ihren 1975 gestellten Antrag auf Errichtung eines dritten AKWs in Biblis zurückgezogen hätte. Allerdings hatte die RWE gleichzeitig einen neuen Antrag gestellt. Dieser neue Antrag entspricht angeblich einer neuen Reaktorkonzeption, der sog. 'sicheren Baulinie 80',die nach Karry alle derzeit möglichen technischen und der Sicherheit dienenden Verbesserungen unter eine Kuppel bringt.

Das im Zuge des neuen Antragsverfahrens für das dritte AKW in Biblis alle alten Einsprüche gegen die Errichtung des Block C ungültig wurden, war ein willkommener Nebeneffekt. *„Es ist nicht zweckmäßig, den Gegnern der Anlage Zeit zu lassen, sich zu organisieren".* (Karry)

Daß auch die Prüfung der Einsprüche zum Block C diesmal innerhalb von 2 Monaten erfolgen konnte, während z.B. die im Vergleich wesentlich weniger komplizierten Einsprüche zum Kompaktlager in Block A und B über ein halbes Jahr bearbeitet wurden, spricht eine deutliche Sprache.

In Wirklichkeit geht es den AKW-Betreibern nicht in erster Linie um größtmögliche Sicherheit von AKWs, sondern sie wollen mit dem neuen Genehmigungsverfahren zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Karry erklärte in einer internen Aktennotiz des Wirtschaftsministeriums, die im Stern Nr, 17/81 zitiert wurde, folgendes:

„Es soll der Anschein in der Öffentlichkeit vermieden werden, daß hier ein grundsätzlich neues Projekt geplant sein könnte."

Mit Projekt ist hier keineswegs das AKW selbst gemeint, sondern das Genehmigungsverfahren. Denn genau dieser Teil, die Straffung des Erörterungstermins, bzw. dessen gänzliche Abschaffung, ist ein realer Hintergrund dieser neuen Antragstellung.

Nicht nur beim Genehmigungsverfahren soll ein neuer Präzedenzfall geschaffen werden, auch die Tatsache, drei 1300 MW-Reaktoren auf so engem Raum Aufstellen zu wollen, ist in Europa *einmalig*! Nicht zu vergessen ist, daß diese gigantische Anlage direkt vor den Toren von Worms liegt.

Die AGU-Darmstadt stellt nach den miesen Erfahrungen beim letzten Erörterungstermin - z.B. wurden Hunde auf Leute gehetzt,die während des Verfahrens Einsprüche geltend machen wollten - folgende Bedingungen an die Veranstalter (Landesregierung und Betreiber):

- Keine Personenkontrolle und Durchsuchung beim Einlaß
- Keine Behinderung derjenigen, die Einwände vorbringen
- Diskussion um Energie- und Entsorgungspolitik darf nicht ausgeklammert werden
- Um möglichst vielen Leuten die Teilnahme zu ermöglichen, soll der Termin nach 17 Uhr oder an werkfreien Tagen liegen.

Wie stets wird auch dieser Erörterungstermin zur Farce werden; bis Ende des Jahres ist mit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung zu rechnen. Trotzdem oder gerade deshalb wollen die dortigen BIs aufgrund der gesteigerten Aufmerksamkeit der Presse den Erörterungstermin nutzen, um ihre Positionen vor einer möglichst großen Öffentlichkeit zu vertreten.

Punkt 2 und 3 wurden weitgehend parallel diskutiert, nachdem ein Vertreter des Anti-Atom-Büro Diemelstadt kurz über den dortigen Stand und Lauf der Dinge und die zahlreichen Aktionen berichtet hatte. Die am 27.6.81 geplante Großdemo am Standort der WAA wurde verschoben, da zum gleichen Zeitpunkt in vielen Orten der BRD Demonstrationen gegen Atomanlagen stattfinden (gegen das Plutoniumlager in Hanau, in Salzgitter-Lebenstedt gegen Zwischen- und Endlager Asse II und Erzbergwerk Konrad und gegen das AKW-Fessenheim und Krümmel).

Besonders betroffen fühlten sich die Hanauer, da sie befürchten, daß eine gleichzeitig laufende Großdemo gegen die WAA von den Vorgängen in Hanau ablenken würde und die erreichte Aufmerksamkeit der Medien aufgrund fehlender Aktualität nicht mehr weiter gewährleistet sei. Die Diemelstädter stellten heraus, daß es sich bei der Terminverschiebung nicht um eine Abwehr einer Demo - die auch von Auswärtigen mitgetragen wird - in ihrem Raum handele, sondern zugunsten der anderen Aktionen und einer längerfristigen Mobilisierung der Termin auf Ende August/Anfang September verschoben wird, da dann auch die Ernte eingebracht sein wird.

Auf jeden Fall aber soll auf die Benennung des Standorts durch eine Reihe regionaler Aktionen direkt reagiert werden. Auftakt war am 9.6. ein spontaner Fackelzug mit über 3000 Leuten. Am 14.6. fand bei Volkmarsen das Iberg-Fest statt; ferner wird eine Läuferstaffette zum außerordentlichen Landesparteitag der SPD in Wiesbaden eine Resolution der betroffenen Bevölkerung aus dem Landkreis überbringen. Die Diemelstädter betonten, daß sie sich über Besucher und Urlauber aus der Anti-AKW-Bewegung freuten, damit die Hemmschwellen zwischen Auswärtigen und Einheimischen abgebaut werden, bevor der Kampf richtig losgeht.

Nach der Benennung des Standorts haben schon einige Stammgäste ihren Urlaub in der Region abgesagt. Nach noch nicht bestätigten Informationen fordert die DWK ihre Mitarbeiter auf, ihren Urlaub zwecks Hochhalten der Übernachtungszahlen dort zu verbringen.

Wethen am 9.Juni 1981

Stafettenläufer auf dem Weg zum SPD-Sonderparteitag in Wiesbaden

Fotos rechts u. unten: Kundgebung und Treckerdemonstration der Landwirte am 19.6.1981 bei Wethen.

Hessen — der Widerstand wächst

Bauerndemonstration gegen die WAA

Warburg (Eig. Ber.). Über 3000 Landwirte und Bürger aus Ostwestfalen und Nordhessen demonstrierten am gestrigen Abend auf dem Gelände am Eichholz bei Wethen gegen die dort geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennstäbe. Die Landwirte waren mit über 500 Schleppern aus verschiedenen Orten der näheren Umgebung zur Kundgebung am Eichholz gekommen. Organisiert war die Demonstration von nordhessischen Bauern.

aus NW vom 20.6.

An alle Fotografen!

Diese Fotos hat uns ein Pressefotograf aus Hessen netterweise zur Verfügung gestellt. (Vielen Dank!) Wer auch Lust hat, seine Fotos zu Anti-AKW-Themen, Aktionen usw. zu veröffentlichen, sollte das tun – im Atomexpress.

Bitte schickt uns nur schwarz-weiß Abzüge, keine Negative. Die Kosten für die Bilder können auf Wunsch erstattet werden.

Redaktion des Atomexpress
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 45 34 Göttingen

Tsuruga — Die Spitze des Eisberges

Am 8.März 1981 ereignete sich in dem 357 Megawatt Atomkraftwerke TSURUGA, an der Westküste der japanischen Hauptinsel Hondo gelegen, der nach den Ereignissen von Harrisburg wohl bisher schwerste bekanntgewordene Reaktorunfall: über 40 Tonnen hochradioaktives Wasser liefen ins Meer, der Verkauf von Fischen aus der Region wurde eingestellt,nach offiziellen Angaben wurden 56 Arbeiter radioaktiv verseucht, anderen Meldungen zufolge sind sogar 278 Arbeiter betroffen.
Das Ereignis zieht seine Kreise: ständig werden neue Störfälle bekannt.

Vertuscht wird, wo es geht

Bekannt wurde dieser Unfall in dem von der, sich größtenteils in Staatsbesitz befindlichen Japan Atomic Power Company (JAPC) betriebenen Meiler erst sechs Wochen nachdem er sich ereignet hatte, Mitte April.
Nach einer anonymen Information eines AKW-Angestellten stellte das Gesundheitsamt der zuständigen Präfäktur Fukui am 8.April eine Verseuchung sowohl der kleineren, direkt vor Tsuruga gelegenen Urasoko- wie auch der ihr vorgelagerten größeren Wakasa-Bucht fest.
Eine Meldung des Unfalls an die Genehigungs- und Überwachungsbehörde, das Ministerium für internationalen Handel und Industrie (MITI), erfolgte erst am 18.April, als die Verseuchung kaum noch zu verheimlichen war.

Der Unfall vom 8.März

Nach Darstellung einer daraufhin vom MITI eingesetzten 10 köpfigen Untersuchungskommission lief das Unglück folgendermaßen ab:
Ein Tank mit radioaktiven Abwässern in einem Lager für radioaktive Abfälle floß über, weil ein Zulaufventil für Frischwasser nach Reinigungsarbeiten fälschlicherweise offen gelassen wurde. Als Gründe für das Nachaußengelangen des Wassers und die Strahlenbelastung der Arbeiter werden genannt: die mangelhafte Konstruktion der Abwassertanks, sowie die falsche Handhabung des radioaktiven Abwassers. Verschlimmert worden sei der Unfall noch durch menschliches Versagen (es war wieder einmal nicht die Technik, die versagt hat, sondern der Mensch - wann wird endlich der AKW-taugliche Arbeiter entwickelt?).
Das radioaktive Wasser, das die zulässigen Werte um das millionenfache überschritt, gelangte teilweise über im Boden befindliche Abflüsse ins Meer und wurde zum anderen teil von mindestens 56 Arbeitern, afp meldete sogar 278, **mit Plastikeimern und Putzlappen**, ohne die vorgeschriebenen Schutzanzüge und Masken und vermutlich auch ohne die ebenfalls vorgeschriebenen Geigerzähler, dafür aber mit Gaze-Mundschutz ausgerüstet, über einen normalen Abwasserkanal in die Bucht befördert.
Die Untersuchung des MITI ergab, daß die Arbeiter dabei einer Strahlung von **3600 Millirem pro Stunde** ausgesetzt waren - die behördlicherseits als ungefährlich deklarierte Menge liegt bei **3000 Millirem in drei Monaten**. Das hinderte die JAPC jedoch nicht daran, zu behaupten, daß die Gesundheit der Arbeiter nicht gefährdet sei.
Bei dem zu diesem Anlaß eingesetzten "Reinigungspersonal" handelte es sich wie auch in der Bundesrepublik üblich größtenteils um von Fremdfirmen gemietete Tagelöhner - nur 8 der 56 zugegebenen Opfer waren Angestellte der Betreiberfirma.
Obwohl auch Erdproben aus der Umgebung einen wie die Behörden bekanntgaben "ungewöhnlich hohen Gehalt an Kobalt" aufwiesen, ist der größte Teils des Drecks wohl ins Meer geflossen: Auf dem Meeresboden und an meheren Stränden wurden Schlamm-, Sand- und Steingebiete entdeckt, die eine um mehr als das tausendfach angestiegene Radioaktivität aufwiesen.

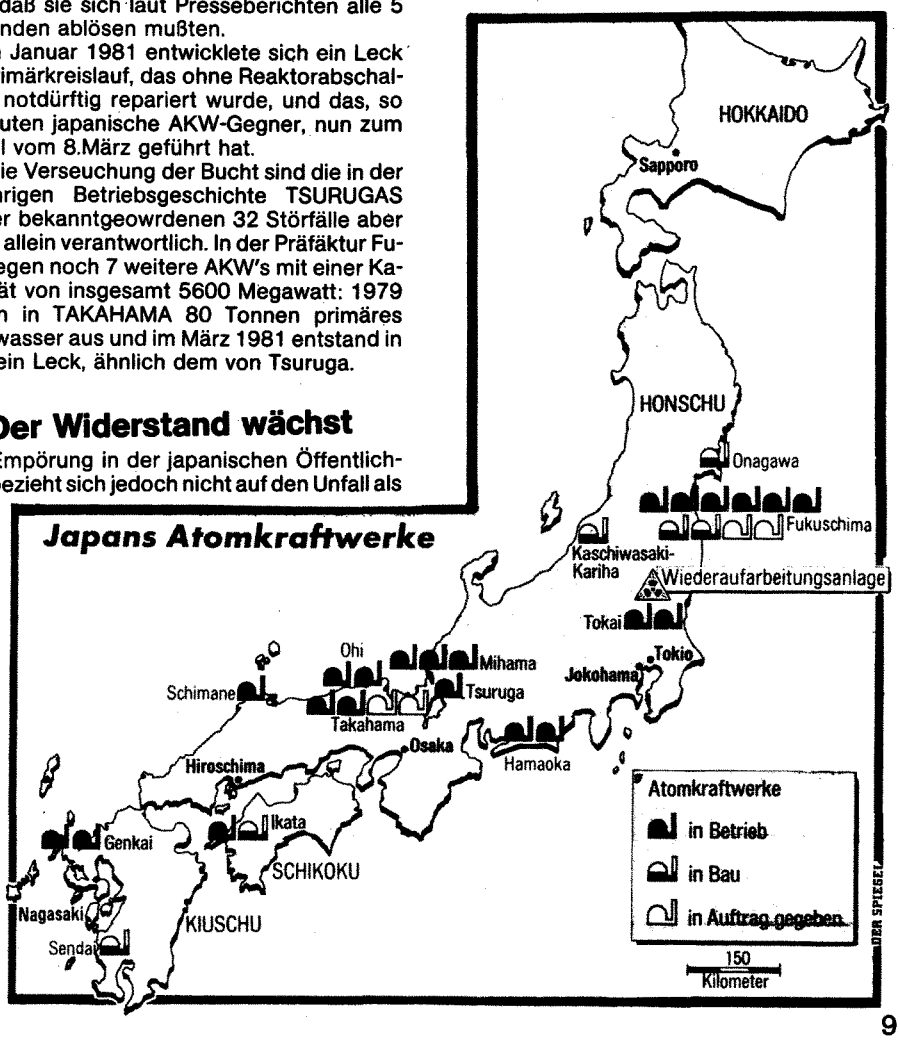
Auch Meeresfrüchte, ein wichtiges Nahrungsmittel in Japan, sind verseucht: Seetang weist starke Spuren von Kobalt 60 und Magnesium 54 auf und Fische haben eine Konzentration von Radioaktivität, die die Grenzwerte um das 50 - 60 fache übersteigt.

..nur die Spitze des Eisbergs

Das Ausmaß der Umweltvergiftung deutete ebenso wie verschlüsselte Eintragungen in den Büchern und Ungereimtheiten über die Leistung des Reaktors daraufhin, daß der Störfall vom 8.März nicht der einzige gewesen sein konnte. So kamen im Zuge der Untersuchungen immer mehr verheimlichte Unfälle zum Vorschein:
- am 10.1.1975 sollen, Betreiberangaben zufolge, 13 Tonnen hochradioaktives Abwasser über den Überlauf zum Meer geleitet worden sein.
Damals sei en 37 Hilfskräfte bei der "Beseitigung" des Kühlwassers einer Strahlenbelastung ausgesetzt gewesen, die viermal höher war, als zugelassen.
- im Dezember 1980 sind nach Angaben der Untersuchungskommission 45 Arbeiter beim Austritt einer unbekannten Menge radioaktiven Abwassers aus drei Lecks in der Filteranlage einer so hohen Strahlung ausgesetzt gewesen, daß sie sich laut Presseberichten alle 5 Sekunden ablösen mußten.
- im Januar 1981 entwickelte sich ein Leck im Primärkreislauf, das ohne Reaktorabschaltung notdürftig repariert wurde, und das, so vermuten japanische AKW-Gegner, nun zum Unfall vom 8.März geführt hat.
Für die Verseuchung der Bucht sind die in der elfjährigen Betriebsgeschichte TSURUGAS bisher bekanntgeowrdenen 32 Störfälle aber nicht allein verantwortlich. In der Präfäktur Fukui liegen noch 7 weitere AKW's mit einer Kapazität von insgesamt 5600 Megawatt: 1979 traten in TAKAHAMA 80 Tonnen primäres Kühlwasser aus und im März 1981 entstand in OHI ein Leck, ähnlich dem von Tsuruga.

Der Widerstand wächst

Die Empörung in der japanischen Öffentlichkeit bezieht sich jedoch nicht auf den Unfall als solchen, sondern vielmehr auf die Tatsache, daß er von den Betreibern verheimlicht wurde. Das Problem wurde dann auch von der Regierung dadurch "gelöst", daß der Direktor und 5 leitende Angestellte entlassen wurden und der Reaktor "zur Strafe" für 6 Monate stillgelegt wurde - ein Zeitraum, den man vermutlich dringend zur Reparatur der entstandenen Schäden benötigen wird.
Angesichts aber der ungeheueren Meeresverseuchung wurde auf den Fischgroßmärkten von Osaka, Kobe und Nagoya der Verkauf von Fischen aus der Präfektur Fukui untersagt. Die Fischer um die Wakasa-Bucht forderten daraufhin staatliche Unterstützung für den Ausfall ihrere Haupteinnahmequelle und die Sicherung ihrer Existenz. (Erfahrungsgemäß wird die Regierung sich auch diesmal einer Sozialisierung der durch Umweltverschmutzung verursachten Kosten nicht entgegenstellen). Auch im Fremdenverkehr der Region wird mit schweren Einbußen gerechnet.
So wundert es nicht, daß von den 60 000 Einwohnern Tsurugas, das rund 12 km vom AKW entfernt liegt, ca. 40 000 an einer Versammlung teilnahmen, auf der eine Klage gegen den Betreiber, die staatliche JAPC, beschlossen wurde.
Die Ereignisse von Tsuruga haben an den zukünftigen Standorten, an denen schon Auseinandersetzungen stattfinden, eine starke Reaktion ausgelöst. Zumal die AKW-Gegner jetzt auch von der Sozialistischen Partei und dem linken Gewerkschaftverband Sohyo unterstützt werden, wird es für die Regierung immer schwerer werden, die in ihrem Atomprogramm bis 1990 ursprünglich geplanten zusätzlichen 34 AKW's durchzusetzen. Derzeit sind zu den laufenden (oder stillgelegten) 22 japanischen Reaktoren nur 5 weitere im Bau und 4 konkret geplant. Die Regierung war nun unter dem Eindruck des Unfalls gezwungen, das Genehmigungsverfahren für einen dieser Reaktoren - in der Präfäktur Niigata - zu unterbrechen.



Michael immer noch in Haft

Markus, Axel und Frank überraschend frei

Michael Duffke, der am 31.3.81 verhaftet worden ist unter der Beschuldigung des Mordversuchs an einem Polizeibeamten bei der Demo am 28.2.81 in Brokdorf ist immer noch im Knast in Itzehoe. Über den Vorwurf des Mordversuchs haben wir im letzten AE ausführlich berichtet.

Die Staatsanwaltschaft räumte inzwischen ein, daß es für einen Mordvorsatz keine objektiven Anhaltspunkte gibt. Die geänderte Anklage lautet jetzt: Schwerer Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung.

Nach über einem Monat Haft (vom 27.3.-29.4.) wurde Markus Moor, der andere wegen "Mordversuch" eingeknastete AKW-Gegner aufgrund der veränderten Anklage ziemlich überraschend freigelassen. Sein Haftbefehl wurde unter folgenden Auflagen außer Vollzug gesetzt:

1. Er muß bei seiner Mutter wohnen
2. Er muß sich zweimal in der Woche auf der Polizeiwache melden
3. Er mußte seinen Personalausweis und seinen Reisepaß abgeben
4. Er darf den Landkreis Dithmarschen nur verlassen, wenn er zwei Tage vorher schriftlich bei der Staatsanwaltschaft um Genehmigung gebeten hat.

Das heißt, auch für einen Termin bei seinem Rechtsanwalt aus Hamburg muß er eine Erlaubnis einholen!

Michael dagegen wurde, obwohl die veränderte Anklage ja auch für ihn gilt, nicht freigelassen.

Der Haftrichter versuchte das bei dem Haftprüfungstermin am 11. 5. folgendermaßen zu begründen: Michael hätte den SEK-Beamten mit einer Waffe in Todesgefahr gebracht. Es sei zu befürchten, daß er bei einer Aussetzung des Haftbefehls Zeugen zu Falschaussagen bewegen würde.

Ferner hätte er sich in seiner U-Haft-Zeit bisher noch nicht einsichtig gezeigt. So würde er immernoch davon ausgehen, daß er hauptsächlich wegen seiner AKW-Gegnerschaft inhaftiert sei, und nicht aufgrund seiner kriminellen Handlung. (Der Richter geht offenbar schon vor dem Prozeß von der Schuld Michaels aus. Wozu dann noch einen Prozeß?)

Er sei staatsfeindlich eingestellt, habe für den Staat und seine Diener nur Schimpfworte übrig und berichte entstellend über die Zustände in der Anstalt, außerdem fühle er sich als Märtyrer.

Briefe an Michael oder von ihm nach draußen werden verzögert und sind teilweise beschlagnahmt worden.

Besuchsanträge werden mit unglaublichen Auflagen belegt, die, wenn sie verweigert werden, zu einer Ablehnung des Antrags führen (siehe unten den Originaltext einer Ablehnung!). Gibt der/die potentielle Besucher(in) zu, am 28.2. in der Wesermarsch gewesen zu sein, kann er/sie zusätzlich mit einem Bußgeldbescheid wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration rechnen! Gegen diese Sondermaßnahmen trat Michael im Mai einige Tage in den Hungerstreik. Daraufhin wurde er nach Neumünster verlegt und unerträglichen Haftbedingungen ausgesetzt. Seine Zelle hatte kein Tageslicht, sondern wurde Tag und Nacht mit Neon ausgeleuchtet, seine gesamten Habseligkeiten wurden ihm fortgenommen. Inzwischen ist Michael jedoch wieder im Itzehoer Knast.

Schreibt Michael:
Michael Duffke
JVA Itzehoe
Bergstraße 5
221 Itzehoe
Spendenkonto:
G. Rodewald, Sparkasse in Bremen,
Kontonummer: 11024858

Unterschriftenliste

Kriminell sind die, die AKWs bauen, nicht die, die sie verhindern!
Deshalb werden wir keine Ruhe geben bis Michael frei ist!

Seit dem 31. März sitzt Michael Duffke aus Bremen in Untersuchungshaft in Itzehoe! Nach der Demonstration am 28.2.81 in Brokdorf wurde außer Michael auch Markus Moor aus Diethmarschen am 27.3.81 wegen eines ungeheuerlichen Vorwurfs verhaftet: M o r d -Versuch!

Vorausgegangen war die Veröffentlichung eines Fotos im Stern am 4. März, das drei Demonstranten zeigt, die einen in einen Graben gerutschten Polizisten verprügeln. Dieses Foto wurde zum zentralen Punkt der Nach-Brokdorf-Hetze.

Presse, Rundfunk und Fernsehen verschweigen, daß dieser Polizist einem Sonderkommando angehört, das bekannt dafür ist, besonders rücksichtslos und mit organisierter Brutalität gegen Demonstranten vorzugehen.

Es ist berechtigt und verständlich, wenn angegriffene Demonstranten sich wehren, um sich und andere vor Verhaftung und Verletzungen zu schützen.

Die Schlagzeile 'Mordversuch' sollte die bundesweite Fahndung und Medienhetze rechtfertigen und ist ein weiterer Versuch zur Kriminalisierung und Spaltung der AKW-Bewegung.

So mußte inzwischen die Anklage des Mordversuchs fallengelassen werden. Sie lautet jetzt: Verdacht auf schweren Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung.

Auch diese Anklagen müssen zurückgenommen werden!

Markus Moor mußte inzwischen freigelassen werden. Auch Michael darf nicht länger im Knast sitzen!!

Wir fordern:
- Sofortige Freilassung von Michael Duffke!
- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!

Name	Adresse	Unterschrift

Unterschriftenlisten zurück an K. Witte , Wehrfeld 10, 28 Bremen 1

Der Ablehnungsbrief

Amtsgericht Itzehoe 4. Mai 1981

Sehr geehrter Herr ...
Zur Verminderung der Verdunklungsgefahr ist es zur Zeit erforderlich, daß grundsätzlich jeder, der Herrn Duffke besuchen will, vorher eine schriftliche Äußerung darüber abgibt, wo er zur Tatzeit am Nachmittag des 28.2.81 gewesen ist – es genügt eine allgemeine Ortsangabe, z.B. Hamburg, Itzehoe Raum Wilstermarsch usw. – und ob er mit Herrn Duffke am Nachmittag des 28.2.81 zusammengewesen ist oder ihn gesehen hat.
Bei Abgabe der entsprechenden Erklärung wird, wenn eine Verdunklungsgefahr ausscheidet, in aller Regel eine Besuchserlaubnis erteilt.
Weil Sie zur Zeit nicht bereit sind, die geforderten Erklärungen abzugeben, muß Ihr Antrag auf Erteilung einer Besuchserlaubnis abgelehnt werden.
Die Anordnung beruht auf §119 III StPO.
Ein Beschwerderecht steht Ihnen nur dann zu, wenn Herr Duffke sein Einverständnis mit Ihrem Besuch zum Ausdruck gebracht hat.

Hochachtungsvoll
gez. Penzlin
Richter am Amtsgericht

Bundesverdienstkreuze für Brokdorf-Einsatz

Kiel (dpa)

Der Bundespräsident hat elf Wochen nach der Demonstration gegen das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf (Kreis Steinburg) zehn Polizeibeamten, dem Bürgermeister der Gemeinde und dem Landrat des Kreises Bundesverdienstkreuze verliehen. Landrat Helmut Brümmer erhielt die Auszeichnung unter anderem „in Anerkennung seines entschlossenen und mutigen Einsatzes für die Sicherheit und Ordnung vor allem in der Wilstermarsch" und Bürgermeister Eggert Block „in Anerkennung seines engagierten Einsatzes zum Wohle der Gemeinde". Die zehn ausgezeichneten Polizisten, darunter der leitende Polizeidirektor Jürgen Fleischfresser aus Itzehoe, wurden für ihre „über das normale Maß der Pflichterfüllung hinausgehende, aufopferungsvolle Einsatzbereitschaft, besondere Umsicht und besonnenes Verhalten" ausgezeichnet.

Brokdorf: Bußgelder

Während Polizisten die höchsten Auszeichnungen unseres Staates erhalten, bekamen bereits über 70 Teilnehmer der Großdemonstration vom 28.2. Bußgeldbescheide von bis zu 1000 DM.
Als Delikte werden ihnen die Teilnahme an der Demo am 28.2. vorgeworfen, geahndet werden aber auch Aufrufe zur Demo und Flugblattverteilen. Wegen der Verbreitung von Flugblättern hat der Kreis Steinburg einige Verfahren bereits an zuständige Stellen in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen weitergeleitet.
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Brokdorf-Demo steht weiterhin aus.
Die Auswahlkriterien, nach denen die Bußgeldbescheide verschickt wurden, sind folgende:
Ein Teil der Demonstranten ist bei Polizeikontrollen erfaßt worden, ein Teil der Bescheide geht auf Selbstanzeigen zurück. Der Leiter des Ordnungsamts im Kreis Steinburg meinte, daß jede Person, von der bekannt sei, daß sie an der verbotenen Demonstration teilgenommen habe, mit einem Bußgeldbescheid rechnen müsse.
Die Ermittlungsausschüsse empfahlen allen Betroffenen, Widerspruch einzulegen, da zumindest der Spruch des BVG abgewartet werden müsse. Außerdem äußerte oben erwähnter Amtsschimmel, er rechne gleichwohl damit, daß ein Großteil der Verfahren wieder eingestellt werde.
In den Verfahren könne jeder mit dem sog. "Verbotsirrtum" argumentieren, meint der BBU, weil die Demo bei Abfahrtstermin der meisten Teilnehmer noch genehmigt war. Einige prominentere "Grüne" wollen im Fall des Falles ihre Strafe lieber "absitzen" als bezahlen!
Adresse für Bußgeldbescheide:
BUU Ermittlungsausschuß
Bartelstr. 26
2000 Hamburg 6
Tel. 040/432171 oder 4398671
werktags 17-19 Uhr

Foto: «Freiheit für Michael Duffke» dieses Transparent trugen die Leute auf einer Spontandemonstration am 2. Mai durch Itzehoe

Solidaritätsveranstaltung am 2.Mai in Itzehoe

An die 500 Leute nahmen an einer Solidaritätsveranstaltung für die gefangenen AKW-Gegner in Itzehoe teil.
Dort zeigte die Hamburger Gewaltfreie Aktion eine Ton-Dia-Schau über ihre Sitzblockaden am AKW-Bauplatz in Brokdorf. Die Hamburger Öko-Gruppe zeigte Dias über die Demo am 28.2. und erzählte über die Verhaftungen von Michael D.,Markus M., Axel Sch.und Frank B.

Die drei letzten waren einige Tage vorher freigelassen worden und berichteten über ihre Erlebnisse im Knast. Auf der Veranstaltung wurde die Freilassung von Michael zur Hauptforderung, die in einer spontanen Demonstration zum Gefängnis und der Polizeiwache bekräftigt wurde.

Klage eingereicht

Zwölf Einwohner aus der Wilstermarsch haben beim Verwaltungsgericht Schleswig Klage gegen die 2. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für das AKW Brokdorf erhoben. Gleichzeitig kündigten sie an, einen Antrag auf vorläufigen Baustop zu stellen. Die 2. TEG gestattet den Betreibern den Rohbau des Reaktorgebäudes und die Errichtung eines Sicherheitsbehälters. In der Begründung der Klage heißt es:
Die Reaktorsicherheit ist nicht gewährleistet. Das AKW Brokdorf entspricht nicht einmal dem technischen Standard, den selbst die Erbauer der Anlage, die KWU, nach den Ereignissen in Harrisburg für notwendig halten. Die KWU hat nämlich in Konsequenz aus den Ereignissen in Harrisburg einen abgeänderten Druckwasserreaktor entwickelt, die „Baulinie 80". Für das AKW Brokdorf ist die „Baulinie 80" nicht angewendet worden, obwohl das neue - wenn auch immer noch nicht sichere - Reaktorkonzept der KWU bereits vorliegt.
Die Entsorgung ist nicht gesichert. Das OVG Lüneburg hat in seiner Baustop-Entscheidung vom Oktober 77 verlangt, daß parallel zum Baufortschritt die Entsorgungsfrage schrittweise gelöst werden muß. Seit 1977 aber hat es keinen Fortschritt in der Entsorgung gegeben.
Für das AKW Brokdorf besteht kein Bedarf. Im Zusammenhang mit dem Konjunkturabschwung und hohen Energiepreisen zeigt sich in den letzten Jahren, daß der Stromverbrauch nur noch gering ansteigt. Es werden keinesfalls „die Lichter ausgehen".
Wir wissen, daß die Klage allein das AKW Brokdorf nicht verhindern wird. Die Stärke der Anti-AKW-Bewegung liegt in der Vielfältigkeit der Formen des politischen Widerstandes.
Informationen:
Kläger gegen das AKW Brokdorf, Heinrich Voß, Roßkopp 5, 2211 Wewelsfleth, Tel. 04829/356.

Unterelbetreffen am 10.5.

Auf dem Treffen wurde festgelegt, daß eine Pressekonferenz vor dem Itzehoer Polizeihochhaus (dem einzigen Hochhaus der Stadt!) abgehalten werden sollte anläßlich des Haftprüfungstermins für Michael Duffke. Danach diskutierte man die vielen praktischen Aktionen der vergangenen Zeit, und einige bedauerten dabei die mangelnden Reaktionen der Anti-AKW-Bewegung auf solche Aktionen. Eine Erklärung dazu wurde verabschiedet (siehe unten).
Als drittes bestand der Vorschlag, im Rahmen der bundesweiten Aktionstage (Ende August) den Bau des AKW Brokdorf zwei Tage lang stillzulegen. Daran sollten sich vorwiegend örtliche BIs beteiligen und Vorschläge bis zum nächsten Treffen einreichen. Das fand am 14.6. in Elmshorn statt; wir haben aber darüber noch nichts erfahren.
Die Pressekonferenz fand dann am folgenden Tag wie geplant statt. Dort wurde die Forderung auf Freilassung von Michael bekräftigt. Sein Rechtsanwalt, Markus Mohr und dessen Rechtsanwalt und der Ermittlungsausschuß der BIs legten noch einmal die Sachverhalte um den angeblichen Mordversuch klar.Erstaunlicherweise konnte man dies am nächsten Tag in der Presse lesen!

Erklärung des Unterelbe – Treffens

Am Montag nach der Großdemonstration am 28.2. in Brokdorf hatten die NWK und HEW unter tatkräftiger Beihilfe von Stoltenberg und der Bundesregierung nichts Eiligeres zu tun, als den Weiterbau zu betreiben .
Verschiedene Bürgerinitiativen haben in der letzten Zeit Maßnahmen ergriffen, um sich gegen den Weiterbau in Brokdorf zu wehren.
Nachdem am 24.3. ein Bagger der am Bau beteiligten Firma Matthiesen gegenüber des Bauplatzes beschädigt und mit Parolen besprüht aufgefunden wurde, gehen die Sabotageaktionen bei den am Bau beteiligten Firmen weiter.
In der „Norddeutschen Rundschau" vom 9.4. wird berichtet, daß bei Alsen/Breitenburg, Lägerdorf (Alsen liefert den Zement für die Baustelle Brokdorf) ein 2,25 km langes Transportband, das täglich rund 12.000 t Kreide (gemeint ist wohl das Rohmaterial zur Zementerzeugung, d.S.) ins Zementwerk fördert, angesägt und mit Parolen gegen Brokdorf versehen worden ist, und das Band mehrere Tage nicht funktionsfäig war. Bei Nord-Beton in Itzehoe, die täglich Beton auf die Baustelle Brokdorf fahren, sind alle 14 auf dem Werksgelände abgestellten Transportmischfahrzeuge mit Parolen wie „AKW Brokdorf stop" beschriftet, Reifen zerstochen und Bremsleitungen zerschnitten worden. Es soll mit Leitern oder Gerüsten gearbeitet worden sein, um an die vier m hohen Mischtrommeln heranzukommen. In den „Elmshorner Nachrichten" vom 13.4. war zu lesen, daß in der vorherigen Nacht das Führerhaus eines Mischfahrzeugs der Firma Nord-Beton Elmshorn in hellen Flammen stand. Ende April wurden zwei Masten vom AKW Esensham von AKW-Gegnern gesprengt. Mit dieser Aktion sollte erreicht werden, das AKW Esensham abzuschalten.

Wie soll man nun diese praktischen Maßnahmen sehen?

In den beiden Fällen aus Itzehoe werfen die Alsen - und Nord-Beton - Vorstandssprecher den AKW-Gegnern vor, Menschenleben gefährdet zu haben. Sie behaupten, daß nur durch die Umsicht der LKW-Fahrer, die die defekten Bremsleitungen bemerkt haben sollen, nichts passiert ist. Dabei wissen sie, daß LKWs mit Luftdruckbremsen arbeiten. Ist kein Druck in der Bremsanlage aufgebaut, zeigt eine Leuchte auf dem Armaturenbrett das an, außerdem blockieren die Bremsen automatisch.
Sie unterstellen uns, daß wir Menschenleben gefährden, obwohl sie wissen, daß es nicht stimmt. Kann eine Gefährdung von Menschenleben in dem einen oder anderen Fall nicht untergebracht werden (in der Argumentation der Betreiber, Anm. d.S.), sind zumindest die „Arbeitsplätze" und die „demokratische Freiheit" in Gefahr, so ein Alsen-Sprecher. Sie sagen es, die gerade alles tun, um unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen ihren wirtschaftlichen Interessen zu unterwerfen. Es ist selbstverständlich und bedarf kaum einer weiteren Erklärung, daß sich unser Widerstand nie gegen die Bevölkerung, die Arbeiter und auch nicht gegen die Bauern, deren Wohnungen, Höfe und Vieh richtet, wie es Stoltenberg vor der Demonstration am 28.2. glauben machen wollte. (siehe Interview v. 21.2.81 mit der BILD-Zeitung ...„wir zünden eure Häuser an!") .
Wir kennen die Verantwortlichen.
Wir sehen diese Aktionen als einen notwendigen und berechtigten Teil des Widerstandes gegen Atomanlagen an. Durch Demonstrationen und Aufklärung alleine läßt sich Brokdorf nicht verhindern. Am 28.2. waren wir 100.000 in Brokdorf. Am 2.3. wurde weitergebaut.
Wir haben ein starkes Interesse daran, daß die BIs dieses Papier diskutieren, weil diese breite Auseinandersetzung und Stellungnahme Grundlage für weitere Widerstandsformen sein kann. Nehmt Stellung!
Schickt eure Meinungen u.a. an folgende Kontakte:
BUU und Bewegung Weiße Rose Itzehoe
Postfach 1253
2210 Itzehoe
BUU Hamburg (autonomes Plenum)
c/o AK Politische Ökologie
Postfach 202
2000 Hamburg 6
Arbeitskreis gegen Kernenergie Elmshorn
„Die Bude"
Flamweg (Hinterhaus)
2200 Elmshorn
BI Umweltschutz Neumünster
Autonomes Jugendzentrum (gegenüber der Post)
Friedrichstraße
2350 Neumünster.

Bekennerbriefe

Obwohl in der Erklärung des Unterelbe-Treffens schon einige Aktionen gegen das AKW Brokdorf / bzw. Zulieferfirmen angesprochen wurden, veröffentlichen wir hier einige Bekennerbriefe im Originalwortlaut:

"In der nacht vom 10. zum 11.5. 81 um punkt 1.30 Uhr wurden an 5 stellen gleichzeitig schwerste sabotageakte ausgeführt:
1. nordbeton itzehoe, 30 betonmischer in brand, 2 explosionen, alle lkw beschädigt, mehrere totalschaden
2. nordbeton elmshorn, 12 lkw beschädigt
3. readimix, hohenlockstedt, 9 lkw
4. rea dimix, elmshorn, 10 lkw
5. alsen breitenburg, auf dem 2,25 km langen transportband wurde ein benzinkanister in brand gesetzt und beschädigt
kripo und presse schweigen dies tot.
schaden: mehrere millionen
bei innerer unruhe kein versicherungsschutz.
an allen 5 stellen hinterließen wir hunderte von gelben zetteln mit der aufschrift:
kein weiterbau in brokdorf - der bauzaun muß weg

mit flammenden grüßen
aktionseinheit michael duffke"

«während und nach der Itzehoer Woche wurden drei Fahrzeuge der Firma Matthiesen zerstört.
– sämtliche Reifen wurden entlüftet
– sämtliche Schlösser zerstört
– Scheibenwischer abgebrochen
– sämtliche Flächen der Fahrzeuge wurden mit folgenden Parolen besprüht:
Sabotage tut not!
Kein AKW in Brokdorf!
Freiheit für Michael Duffke!
Weg mit dem Atomprogramm!

verantwortlich
Gruppe 'Faust aus der Tasche'»

Dachten wir erst, Michael und Markus wären die einzigen, die mit massiven Anklagen nach der Brokdorfdemo zu rechnen hätten, werden wir jetzt des Besseren belehrt – oder vielmehr des Schlechteren.
Staat, Justiz und Vollzugsbüttel lassen sich immer wieder was Neues einfallen – daß es meistens nichts Gutes ist, wissen wir seit langem. Zunächst die Masche mit den Bußgeldern und die wochenlange Hetze „Mordversuchs durch AKW-Gegner" wider längst bekanntem besseren Wissen – aber Tageszeitungen und Illustrierte veröffentlichen ja bekanntermaßen alles, von dem sie sich lüsterne Leser erwarten. Ob sie damit Schaden anrichten, ist ihnen weitestgehend gleichgültig.
Jetzt werden von oben weitere schwere Kaliber aufgefahren.
Zwei Arbeitskreis Leben (AKL) Gewerkschafter, die auf der Demo den großen Lautsprecherwagen des AKL gefahren hatten, bekamen vor kurzem Einsicht in ihre Akten. Danach haben sie vermutlich mit folgenden Anklagen zu rechnen. Zum einen sollen sie eine „verbotene Demonstration geleitet" haben, sie saßen schließlich in einem der Lautsprecherwagen! Beiden wird weiterhin wahrscheinlich schwere Körperverletzung und Widerstand gegen Vollzugsbeamte vorgeworfen werden. Kurz zur

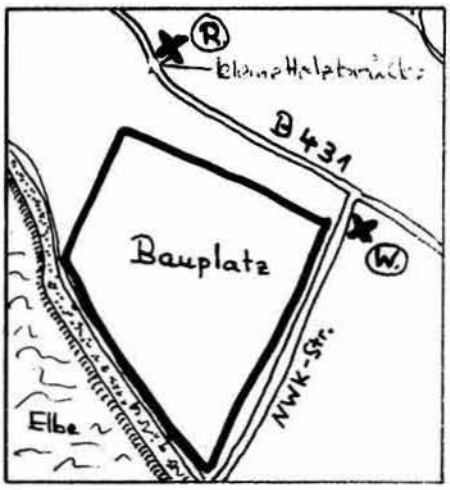
Foto:*Sanitäter im Einsatz (Brokdorf 28.2.81)*

Weitere schwere Vorwürfe gegen AKW-Gegner

Erinnerung, der Lautsprecherwagen ist bei der Sperre in Dammfleth von der Polizei gründlichst durchsucht worden, ohne daß dort der geringste Widerstand dagegen geleistet wurde. Kurz vor Einbruch der Dunkelheit, als die Bundesgrenzschutz-Hubschrauber ihr gefährliches Manöver-Spektakel über und neben zurückströmenden Demonstranten abzogen, wurde ersichtlich, daß sie es auch wieder auf den Lautsprecherwagen abgesehen hatten. Daß sie diesmal nicht mehr nur durchsuchen wollten, sondern Interesse daran hatten, Gefangene zu machen, das war allen klar. Unglaublich brutal wurde damals die Menge, die den Wagen zu schützen versuchte, von schwerbewaffneten «Staatsdienern» von seitlich und hinten angegriffen. Einmal konnte sich erfolgreich gewehrt werden, indem die Leute vorne schnell eine Schneise freimachten, in die der Wagen mit Tempo gefahren werden konnte. Der zweite Angriff der Knüppelgarde endete mit der grotesken Kaperung des Wagens (s. dazu auch den letzten AE). Zwölf Leute wurden festgenommen, die Fahrer und zehn fußlahme Demonstranten, die sich auf der Ladefläche ausruhten.
Zurück zu den Akten. Weiterhin haben die beiden Fahrer ebenso wie alle anderen „bekannt gewordenen" Teilnehmer der Demo mit den Bußgeldern wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" zu rechnen. Die Leute von der Ladefläche natürlich auch. Eine Frau von ihnen soll wegen angeblichem Waffenbesitz angeklagt werden. Warum, wieso, weshalb ist völlig unklar.
Ein anderes schweres Geschütz wird gegen zwei Mitarbeiter der Osnabrücker Sanitätsgruppe aufgefahren.
Ralfs und Wilfrieds Anwälte bekamen vor kurzem Einsicht in die Akten.
Wilfried war dabei, als die Polizei gerade in ihrer üblichen Schlägermanier mehrere Demonstranten einsackte. Er wollte den Verletzten helfen und wurde dabei ebenfalls angegriffen, schwer zusammengeschlagen und nach Verfrachtung auf den Bauplatz erkennungsdienstlich behandelt. Danach waren den Beamten Wilfrieds Verletzungen wohl selber nicht mehr geheuer und nach Untersuchungen durch Polizeiärzte wurde er mit Verdacht auf Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert. Dies hat sich dann Gottseidank doch nicht bestätigt.
Seine Anklage wird wohl – neben dem üblichen Bußgeld – auf schweren Landfriedensbruch lauten. Er soll bei seiner Festnahme laut einem sich widersprechenden Polizeizeugen einen Stein geworfen haben.Wilfried hat für seine Festnahme einen Zeugen, der Gegenteiliges behauptet.Weiterhin soll an
ihm ein Exempel statuiert werden wegen „Mißbrauchs von Amtsabzeichen", der Armbinde mit dem roten Kreuz, hat er ebenfalls mit Anklage zu rechnen.
Ralfs Festnahme erfolgte nach dem berüchtigten Hubschrauberangriff auf die letzten Demonstranten, die über die Felder gingen. Dabei wurde einer von dem Luftdruck zu Boden geschleudert und anschließend von 7 (sieben!) „Beamten" angegriffen. In dieser Situation mischte sich Ralf ein und brüllte sie an, daß es wohl eine Sauerei wäre, zu siebt auf einen einzelnen Unbewaffneten loszugehen. Die Folge war, daß auch er unglaublich mißhandelt wurde: Auf Kopf und Körper geprügelt, in einen Wassergraben gestoßen, wieder rausgezogen, weitergeschlagen und schließlich auf den Bauplatz geschleift. Dort wurde er erkennungsdienstlich behandelt und nach einer Vernehmung in der Nacht rausgelassen.
Seine Anklagepunkte werden wohl nach Akteneinsicht lauten: Versuchte gefährliche Körperverletzung, da ihm drei Polizeizeugen eine Eisenstange/bzw. eine Weidezaunlatte unterschieben wollen.Damit in Verbindung steht der Vorwurf auf versuchte Gefangenenbefreiung (des Verletzten). Außerdem soll ein Foto vorliegen, auf dem Ralf angeblich zu sehen sein soll wie er einen Stein wirft, deswegen: schwerer Landfriedensbruch!

Zeugen gesucht!!!

Ralf und Wilfried haben bisher keinen bzw. zu wenig Zeugen für ihre Festnahmen.
Wir machen hier eine kleine Zeichnung, die zeigt, wo Ralf (R) und Wilfried (W) ungefähr festgenommen wurden.
Wenn ihr die Festnahmen beobachtet habt, wenn ihr Fotos habt o.ä., wendet euch bitte an folgende Adresse:
Rechtsanwalt Klaus Rüther,An der Petersburg 17, 4500 Osnabrück, Tel Tel.:0541/57 16 93.



Hier noch einmal zur Erinnerung die Personenbeschreibung und die Orte der Festnahmen:

Wilfried: Zeit der Festnahme: gegen 16.30
Ort der Festnahme: Kreuzung B 431/NWK-Straße
Personenbeschreibung: Springerstiefel, hochgebundene lila BW-Hose, Parka, darüber leuchtend rote Windjacke, Rot-Kreuz-Binde am linken Oberarm, BW-Brotbeutel an der linken Hüfte, dunkelbraune, runde Strickmütze, darüber die Kapuze der Windjacke, ABC-Schutzmaske.

Ralf: Zeit der Festnahme: gegen 17 Uhr
Ort der Festnahme: B 431 Richtung Brokdorf, am Ende des Bauplatzes auf einer kleinen Holzbrücke über den Wassergraben neben der B 431
Personenbeschreibung: grüner Regenmantel, Jeans, braune Boots, „Kopfbedeckung", Schutzbrille.
„...der Nachweis dieser Mißhandlungen usw. (ist) natürlich sehr schwer. Bei Wilfried wird z.B. behauptet, er sei gestolpert (!) und seine Verletzungen rührten von Steinwürfen der „gewalttätigen" Demonstranten her!!! Um ihn vor weiteren Steinwürfen zu schützen, sei er von den „Beamten" hinter die „schützenden Reihen der Kollegen" gezogen worden!!! In Wirklichkeit ist er von einer Meute gewaltgeiler Polizisten krankenhausreif geschlagen worden und hatte noch wochenlang die Folgeschäden auszukurieren.
Der Punkt dabei ist nun, daß – trotz der haarsträubenden Anschuldigungen und der sich widersprechenden Polizei„zeugen" – in der Regel die angeklagten AKW-Gegner verurteilt wurden und damit massiv in ihrer Existenz bedroht werden. Wir sollten trotzdem oder erst recht alles versuchen, die konstruierten Vorwürfe der Polizisten als solche zu enttarnen und klarstellen, daß das was wir in Brokdorf getan haben nicht die Spur kriminell war, sondern völlig berechtigter Widerstand gegen die lebensbedrohende Atomenergie und ihre Helfershelfer, und daß von daher sämtliche Verfahren gegen AKW-Gegner sofort und ohne Bedingungen eingestellt werden!!!" (Aus einem Brief der Osnabrücker)
Abschließend noch eine Bitte: Die Prozesse können sehr teuer werden! Wir benötigen noch dringend Spenden auf unser Rechtshilfekonto: **„Spendenkonto für verfolgte AKW-Gegner", Kontonr. 12275, Raiffeisen-Bank Osnabrück**

Wir sind empört, daß hier Leute mit Anklagen zu rechnen haben, in denen ihnen grobe Gewalttätigkeiten vorgeworfen werden. Leute, die sich als Sanitäter **im Gegenteil** dazu verpflichtet haben, brutal von Polizeiknüppeln, Wasserwerfern und ähnlichem verletzten Demonstranten zu helfen. Leute, die bewußt das Risiko eingehen, auch in vordersten Reihen (diesmal in den hintersten!) ärztliche Hilfe zu leisten. Die Sanitätsgruppen, die wir alle nach unseren Erfahrungen bitter nötig haben, sind auf dieser Brokdorf-Demo auf das Übelste verdächtigt, beschimpft und – diesmal ganz besonders – körperlich angegriffen worden.
Die Anklagen gegen die Fahrer des Lautsprecherwagens und die Sanitäter scheinen nicht zufällig. Hier sollen von und für uns selbst geschaffene Strukturen angegriffen und zerschlagen werden.
Lassen wir das nicht zu !!

...Osnabrück...Osnabrück...Os

Fest...Fest...Fest...Fest...Fest...Fest...-

Die Osnabrücker veranstalten am Montag,d.6.Juli 1981 ab 19.19 Uhr in der Aula der Universität Osnabrück (Schloß)
eine **Solidaritätsfete**
mit den drei Tornados aus Berlin, der Osnabrücker „Flexible Wave" – Band «Sonderangebot», mit Markus Mohr, dem aus der U-Haft entlassenen weiteren Angeklagten, einem Video-Film über die Demo vom 28.2. usw.
Mit dieser Fete soll ein Teil der Kosten gedeckt werden.

Brokdorf: Presserat protestiert

Der Deutsche Presserat will sich mit den bisherigen Erklärungen des Bundesinnenministeriums zur Zurückweisung eines dänischen Journalisten an der deutsch-dänischen Grenze am Tag der Brokdorf-Demonstration nicht zufriedengeben. Dort war dem dänischen Journalisten Torgny Müller, der für die Zeitung „Information" über die Demonstration gegen das AKW Brokdorf berichten wollte, am 28.2. die Einreise verweigert worden. Der Deutsche Presserat erklärte, daß er dem Vorgang grundsätzliche Bedeutung beimesse, da er in ihm die Einschränkung der Informationsmöglichkeiten eines Journalisten eines befreundeten Landes sehe. Darüberhinaus stelle die Eintragung des Stempels „Zurückgewiesen" in Möllers Paß „eine schwere Diskriminierung des Redakteurs einer angesehenen dänischen Zeitung" dar. Der Presserat will sich mit dem Fall am 24./25. Juni erneut befassen. (dpa)

Staatsterror gegen BUU Itzehoe

Die Kriminalisierung von AKW-, namentlich Brokdorf-Gegnern in Norddeutschland wird weiter verschärft! Vorläufig letzter Höhepunkt: Hausdurchsuchungen und erkennungsdienstliche Behandlung bei sieben Mitgliedern der BUU Itzehoe, bzw. Bewegung Weiße Rose wegen „Verdacht auf Bildung einer kriminellen, bzw. terroristischen Vereinigung".
Seit mehreren Monaten geben die Itzehoer den Rundbrief „1984" heraus, in dem umfassend vor allem über den Kampf gegen das AKW Brokdorf und die sich daraus ergebende Kriminalisierung von AKW-Gegnern berichtet wird. In der letzten Ausgabe des Rundbriefes waren u.a. anonyme 'Bekennerbriefe' zu Sabotageanschlägen gegen Brokdorf-Zulieferfirmen abgedruckt.
Neben „Erkenntnissen des Landeskriminalamtes Kiel" war diese Tatsache Grund für den „Verdacht ..., daß die Brandanschläge ... von Mitgliedern der Bewegung Weiße Rose, bzw. der mit ihr verwobenen BUU Itzehoe begangen worden sind." (aus dem Durchsuchungsbeschluß des OLG Flensburg; zit. nach TAZ v. 18.6.81)
Neben verschiedenen Wohnungen durchsuchte die Polizei am 16. Juni auch den Laden der BI, wo 14 Aktenordner mit Flugblättern, Adressenkarteien, die Kontoführung sowie über 500 Expl. eben dieser letzten Nummer von „1984" eingesackt wurden.
Alle Festgenommenen verweigerten beim Verhör auf der Polizeiwache die Aussage.
Noch am selben Abend fand ein erstes Treffen von ca. 40 Leuten aus mehreren BIs statt, auf dem die ungeheuerliche Polizeiaktion und mögliche Protestmaßnahmen diskutiert wurden. Näheres war uns bei Lay-Out-Schluß noch nicht bekannt.
Solidarität mit der BUU Itzehoe!

1984 – ZEITUNG DER BUU ITZEHOE UND BEWEGUNG WEIßE ROSE.
EINZELPREIS: 1.50 DM, AB 5 STK. 1.-DM.
BESTELLADRESSE:
BUU ITZEHOE
POSTFACH 1253
2210 ITZEHOE

Energiepolitik Teil 2

»Weg vom Nahostöl«

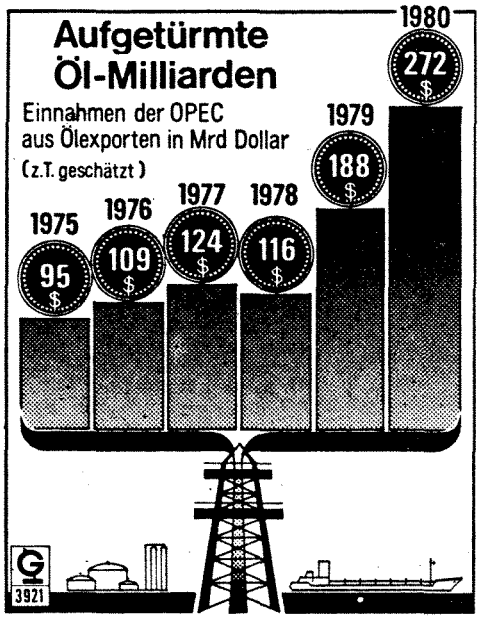
Im ersten Teil des Artikels im letzten *Atom Express* (''Öl contra Kohle'') wurde dargestellt, welche Faktoren zu der heute bestehenden hohen Ölabhängigkeit der Bundesrepublik geführt haben.Das billige Nahost-Öl von den internationalen Ölkonzernen kolonialmachtmäßig ausgebeutet, verdrängte innerhalb weniger Jahre die einheimische Kohle aus dem Energiemarkt der Bundesrepublik. Öl hatte bessere stoffliche Eigenschaften, war deshalb vielseitiger verwendbar, und es war sehr billig, nicht zuletzt durch eine gezielte Dumping-Politik auf dem westeuropäischen Markt, um diesen zu puschen, ihn zu erobern. Das billige Öl wurde so der Wachstumsmotor der Industrienationen in den 60er Jahren. Die Ölkonzerne konnten gewaltige Gewinne erwirtschaften, und der Staat über die Mineralölsteuer erhebliche Summen in den Staatshaushalt stecken, und dennoch war das Öl des Nahen Ostens billiger zu haben, als die subventionierte heimische Kohle.

Im zweiten Teil des Artikels geht es um die Versuche der OPEC, einen größeren Teil der Wertmassen aus dem Ölgeschäft in die Erzeugerländer zu lenken, es geht um die Reaktion der Ölkonzerne und der Regierungen der Industrienationen auf diese OPEC-Politik und es geht um die Strategie für die Struktur der zukünftigen Energieversorgung, wie sie zur Zeit von Energiemultis und Regierungen ausgeheckt werden und an ihren Energieprogrammen bzw. Investitionen abzulesen sind.

Bis 1973 war der Ölpreis eine ''rein koloniale Größe. Er wurde von den Ölgesellschaften gesetzt und durch die Macht ihrer Heimatländer politisch abgesichert'' (1) Das krasse Mißverhältnis bei der Aufteilung des Ölwertes war nur möglich, weil die gesellschaftlichen Zustände in den Nah-Ost-Staaten feudaler Natur waren und sich die jeweiligen Potentaten mit dem zufrieden gaben, was ihnen die Ölmultis gnädig ließen. In den 50er Jahren begann eine Phase nationaler Revolutionen die Lage zu ändern. Die Revolution 1952 in Ägypten, 1955 in Syrien und 1958 im Irak ließen den Widerstand gegen die Ausbeutungspraxis der Ölkonzerne wachsen.

Die OPEC gibt contra

Als dann die Ölkonzerne Ende der 50er Jahre die Öllistenpreise drastisch senken, ''versammelten sich im September 1960 die Delegierten der Öleigentümerstaaten Venezuelas, des Iran, Saudi-Arabiens, Kuwaits und des Iraks in Bagdad.'' (2) Auf dieser Konferenz wurde die OPEC gegründet, mit dem Ziel, eine Gegenmacht zu den Ölkonzernen zu schaffen. In den folgenden Jahren schlossen sich eine Reihe weiterer ölproduzierender Länder der OPEC an. So kam es Ende der 60er Jahre erstmals zu ernsthaften Verhandlungen zwischen OPEC und den Ölkonzernen, und ab den Beschlüssen von Kuwait (16.10.73) und Teheran (23.12.73) setzten die OPEC-Staaten die Erdölpreise ohne vorherige Verhandlungen mit den Ölkonzernen fest.
Der Ölpreis stieg dann im Laufe der 70er Jahre von 3$ über 5 und 11,65 auf heute 32-41$ pro barrel. (3) Die Einnahmen der OPEC-Länder aus Ölexporten erreichten 1975 fast 100 Mrd. Dollar und stiegen über 124 Mrd. 1977 und 188 Mrd. 1979 auf 272 Mrd. im Jahre 1980. Diese Einnahmesteigerung wurde allein über den Preis erzielt, die Ölmenge, die exportiert wurde, sank sogar in diesem Zeitraum etwas (Göttinger Tageblatt, 16.6.81).



"Ein großes Wehklagen brach aus"

Diese Umverteilung bewirkte natürlich eine Belastung der Außenhandelsbilanzen der Ölverbraucherstaaten und eine Schmälerung der Extraprofite bei den Ölkonzernen. Ein großes Wehklagen brach an.
''Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit ist ähnlicher Reichtum in wenigen Jahren gewaltlos umverteilt worden.'' (4) Oder wie es der Top-Manager des Exxon-Konzerns Garvin 1974 ausdrückte: ''Früher hatten wir die Spanne zwischen den Produktionskosten und dem Marktpreis für Rohöl. Die Araber beanspruchen einen immer größeren Anteil davon und wollen möglichst 100%'' (5).

Fazit: das billige Öl, welches die Wachstumskräfte von Wirtschaft und Gesellschaft gewaltig in Schwung brachte, ist heute nicht mehr so billig. Die Plünderung der Ölfelder im Nahen und Mittleren Osten ist durch das relativ geschlossene und einheitliche Auftreten der Eigentümerstaaten eingeschränkt worden. Der Sturz des Schah-Regimes hat die Position der Ölkonzerne weiter geschwächt. Doch die Profite der Ölkonzerne wurden durch die OPEC nicht existenziell gefährdet. Im Gegenteil. Die Ölkonzerne nutzen die psychologische Stimmung in den Ölverbraucher-Staaten — sprich Ölkrise — aus, um ihrerseits kräftig an der Preisschraube zu drehen. Die Ölkonzerne machten und machen zur Zeit Gewinne wie nie zuvor. Diese Riesengewinne setzen die Multis ein, um die Energiegewinnung zurück in die Industrienationen zu verlagern.

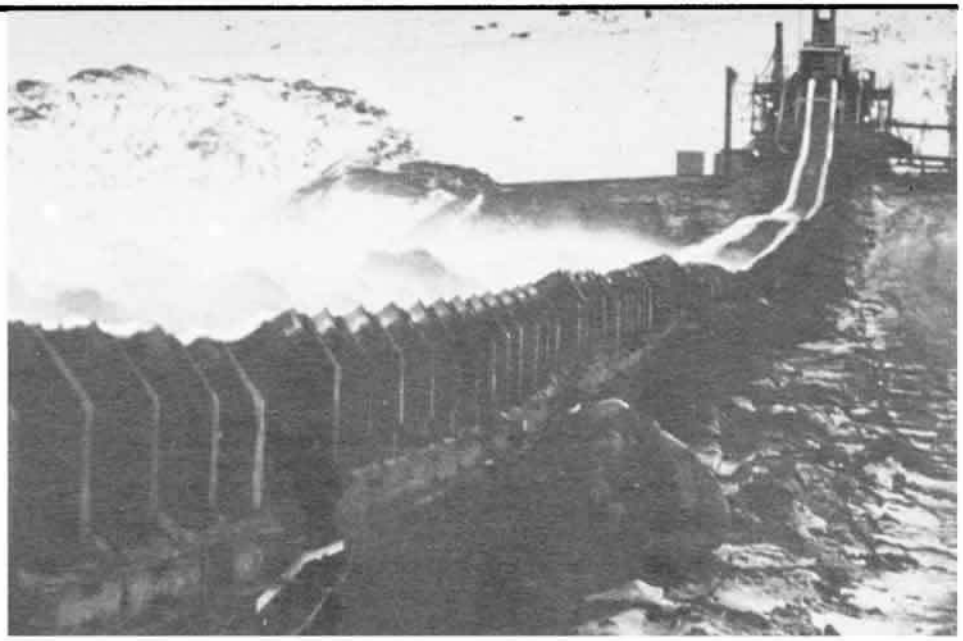
»Die Rückverlagerung

Der Großteil der bekannten Energiereserven der Welt liegen in den entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens, vor allem in den USA. Diese Erkenntnis ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt.
Allein aus den Teersänden und Ölschiefervorkommen in Kanada und den USA lassen sich etwa 340 Mrd. Tonnen Öl gewinnen. Mehr als das sechsfache der bekannten Vorräte des Nahostraumes. In Alaska und der Nordsee gibt es ebenfalls gewaltige Vorkommen. Allein das vor wenigen Wochen entdeckte Feld vor der norwegischen Küste ist so groß, wie die gesamten Reserven Saudi-Arabiens, eines der größten Ölexporteure der Welt. Die derzeit wirtschaftlich gewinnbaren Steinkohlevorräte betragen in den USA 192,5Mrd. Tonnen und in Westeuropa noch mal stattliche 90Mrd. Tonnen. Die Weltvorräte an Öl und Kohle reichen noch für Jahrhunderte, selbst bei steigendem Verbrauch. Das ist eine Tatsache. Ob man diese gewaltigen Vorräte auch ausbeutet, und wie man dies tut, ist eine andere, eine politische Frage.
Dieser gewaltige in den westlichen Industrieländern lagernde Anteil an Energierohstoffen soll nun in Zukunft in größerem Maße zur Versorgung der westlichen Industrienationen mit Energie beitragen.
Doch die Erschließung der Quellen erfordert enorme Investitionskosten. Denn die Produktionskosten für Nordsee- und Alaskaöl, für Öl aus Schiefer und Teersand, liegt um ein Vielfaches über den Produktionskosten von Nahost-Öl, das man für rund einen Dollar pro barrel zu Tage fördern kann.
Die Gesamtinvestitionen für die Ausbeutung der Nordseefelder sollen 17Mrd. DM betragen (6). Eine einzige Anlage zur Ölgewinnung aus Schiefer oder Sanden erfordert mehr als 3Mrd. Dollar bei einer Kapazität von 2,5Mio. Tonnen jährlich (7).
Bis zum Jahr 2000 wird auf dem Energiesektor mit einem Investitionsbedarf von mehr als 700Mrd. DM gerechnet. ''Dieses gigantische Unternehmen sei auch nur dann zu finanzieren, wenn die betroffenen Unternehmen eine 'anständige Rentabilität' erreichten'' (8).
Die Chase Manhattan Bank empfahl dann Anfang der 70er Jahre den Ölgeschaften, daß diese zur Beschaffung fung des erforderlichen Kapitals ''ihre Gewinnspanne verdoppeln'' müßten. (9)
In diesem Sinne haben die Ölgesellschaften kräftig an der Preisschraube gedreht und das ganz große Geschäft gemacht. Mit den Riesenprofiten machten sie zweierlei: Zum einen sich in praktisch alle bedeutenden Energiesparten einzukaufen und somit nicht nur das Öl, sondern den gesamten Weltenergiemarkt zu beherrschen. Dies ist ihnen bereits weitgehend gelungen. Und zum anderen, sich aus der Abhängigkeit der zunehmend selbstbewußter werdenden Ölförderländer der Dritten Welt zu befreien und die Ölförderung in die eigenen Hoheitsgebiete der Industrienationen zu verlegen.
Durch diese Doppelstrategie wirrd die Macht der Ölmultis oder besser, der Energiemultis nahezu gigantisch groß, ihre Politik noch unkontrollierbarer und undurchschaubarer.
Das Anheben des Energiepreisniveaus, bringt den Energiekonzernen nicht nur gewaltige Profite, sondern eröffnet ihnen eine Reihe interessanter Möglichkeiten. Denn erst durch das hohe Preisniveau für Energie wird die Umstellung auf Alternativen zum Öl ermöglicht und rentabel. Die Bundesrepublik,

die kaum über eigene Ölvorräte in irgendeiner Form verfügt, setzt auf folgende Alternativen :

— Kohleveredelung
— Erdgas
— verstärkter Einsatz von Atomenergie

Allerdings gibt es da noch ein Problem. Der Energiepreis ist noch zu niedrig, um eine ausreichende Umrüstung auf neue Energieträger zu ermöglichen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schrieb in seinem Jahresgutachten 77-78, daß die ''Marktsituation durch Überkapazitäten bestimmt ist, was wiederum zu niedrige Energiepreise zur Folge hatte''. So müsen dann vom Markt ''Zwänge'' ausgehen, die ''zwar schmerzhaft, aber geeignet sind, die notwendige Umstrukturierung des Energiemarktes herbeizuführen . . .'' (10)



Ölsandförderung in den USA

der Energiegewinnung«

Marktzwang heißt in diesem Fall die Erhöhung der Energiepreise. Die Bevölkerung soll gezwungen werden, über die hohen Energiepreise die Investitionspläne der Energiemultis zu finanzieren. Sie wird allerdings nicht gefragt, ob sie mit einer solchen Energiepolitik einverstanden ist. Sie wird im Unklaren gelassen, darüber, was die Energiekonzerne eigentlich vorhaben. Dafür werden Angst-und Märchenparolen ausgegeben. Das Öl werde knapp, oder gar ''man müsse mit einem Krieg ums Öl rechnen''. Solch eine ideologische Schaumschlägerei dient in erster Linie dazu, die Bevölkerung ruhig zu halten, wenn sie immer wieder zur Kasse gebeten wird. An den Tankstellen, mit der Strom- oder Gasrechnung, oder wenn der Heizölwagen vorfährt.
Und diese Preise steigen in atemberaubendem Tempo:

— der Benzinpreis stieg von 58,5 Pfg. 1972 auf mittlerweile 1,50 DM.
— der Heizölpreis lag Mitte 1978 noch bei 30 Pfg., heute liegt er bei 60 Pfg.
— das Niveau der Preise für die wichtigsten Mineralölerzeugnisse lag Ende 79 im Durchschnitt um 79% höher als am 31. Dezember 78 (11)
— der Erdgaspreis steigt fast alle viertel Jahr, er wird dem allgemeinen Energiepreisniveau, sprich dem Ölpreis, angepaßt.
— die Strompreise steigen ebenfalls beständig. Im März 1981 lagen sie um 12% höher als im März 1980.

Diese hohen Energiepreise erfüllen nun verschiedene Funktionen,
— den Konzernen und dem Staat das Kapital zur Verfügung zu stellen, um die Umstrukturierung reibungslos abwickeln zu können
— Energie, speziell Öl einzusparen
— und der Industrie den Anreiz zu geben, alternative Technologien zu entwickeln, die ''zwar zur Zeit noch nicht marktwirtschaftlich rentabel sind, es aber mit steigenden Energiepreisen mit Sicherheit werden'' (12).

Das Energie- oder besser "Ölsparprogramm"

''Dem Steuermechanismus der Energiepreise als Instrument der Energieeinsparung''rechnet die Bundesregierung nach wie vor ''erste Priorität'' zu (13). Finanzminister Matthöfer erhöhte dann auch im Frühsommer die Mineralölsteuer gleich um acht Pfennig. Das dieses ''Instrument'' in erster Linie die schlechter verdienenden Bevölkerungsteile trifft, scheint die SPD-Bonzen nicht zu interessieren. Der Spareffekt tritt zwar ein - so wurde 1980 bereits weniger Mineralöl verbraucht als 1979 und 1981 mit ziemlicher Sicherheit wiederum weniger als 1980 - aber eben auf Kosten derjenigen, die sich dieses ''sparen'' eigentlich am wenigsten leisten können. Während die gut Verdienenden eben ein paar Mark mehr aus ihren gut gefüllten Geldbeutel ziehen müssen, muß sich Otto der Normalverbraucher überlegen, ob er nun auf den nächsten Wochenendausflug verzichtet oder ob er nur noch ein Zimmer in seiner 3-Zimmer-Luxuswohnung beheizt.
Speziell bei den Haushalten macht der Energiebedarf für Heizung und Warmwasser etwa 93% des gesamten Energieverbrauchs aus (14). Das Öl deckt hierbei zwei Drittel des gesamten Raumwärmebedarfs ab (15). Dieser Bereich bot sich also als nächstes an, den Sparhebel anzusetzen, zumal hier auch schon kurzfristig Veränderungen erzielt werden können. Um den Anreiz energiesparender Baumaßnahmen zu vergrößern, trat dann, 1978, das von der Bundesregierung verabschiedete Energiesparprogramm in Kraft. Mit einem Förderetat von 4,35 Mrd. DM sollen nun Bauherren unterstützt werden, die ''die Heizungstechnik und den Wärmeschutz in Altbauten verbessern, sowie Solaranlagen, Wärmepumpen und Anschlüsse für Fernwärme einbauen wollen'' (16).
Durch dieses Öleinsparungsprogramm bekam die Branche der Wärmepumpenhersteller enormen Auftrieb. Die Siemens-Tochter Kulmbacher Klima Werk GmbH erwartet bis Ende dieses Jahrzehnts einen Bestand von 500000 Wärmepumpen in der BRD. Die Stromversorgungsunternehmen sehen in den elektrisch betriebenen Wärmepumpen einen riesigen Zukunfts-Absatzmarkt. So bietet die HEW in Hamburg bei Inbetriebnahme einer Wärmepumpe einen um 7% günstigeren Strompreis an.
Eine weitere Maßnahme zur Einsparung von Heizöl ist der Einsatz von Elektroheizungen, Elektrodurchlauferhitzern und Boilern. So will Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht ''zusammen mit der Industrie eine Werbekampagne mit dem Ziel starten, beim Hausbrand eine Umstellung von der Ölfeuerung auf Strom zu erreichen.''
Die Verstromung des Heizungs- und Warmwassersektors bedeutet aber eine riesige Energieverschwendung. Das beweist allein die Tatsache, daß eine Elektroheizung (Nachtspeicher) maximal einen Wirkungsgrad von 25% hat, während es ein konventioneller Heizkessel bis auf 80% bringt (17).

An diesem Bereich sieht man auch sehr deutlich, worum es der Bundesregierung geht. Nicht um energiesparen, sondern um ölsparen um jeden Preis, auch wenn dabei eine Riesen-Verschwendung betrieben wird, wie bei der Elektroheizung. Stromkonzerne, Kraftwerkehersteller, Atom- und Elektroindustrie sehen dieser Entwicklung erwartungsvoll entgegen. Ihnen winkt nach Jahren der Flaute ein neuer großer Absatzmarkt, steigender Umsatz und Gewinn. Bezahlen muß die Rechnung mal wieder der Kleinverbraucher, wobei es die Mieter mehr trifft als die Hausbesitzer, denn als Mieter kann man sich die Heizungsart nicht aussuchen, und gerade die großen Baulöwen verwenden immer stärker Elektroheizungen, die bei den Investitionen sehr günstig liegen.

Öl aus Kohle

In einer Vielzahl von Bereichen, insbesondere im Verkehr, im Baugewerbe oder in der Landwirtschaft ist das Öl als Treibstoff jedoch nur in sehr begrenztem Rahmen zu ersetzen. Benzin oder Diesel kann aber nicht nur aus Erdöl, sondern auch aus Kohle gewonnen werden. Die Möglichkeit, über Kohleveredelungsanlagen Gas und Benzin in großen Mengen aus einheimischen Energieträgern zu erzeugen, ist für die Energietechnokraten vor allem deswegen interessant, weil man dadurch in einem der wichtigsten Energiesektoren autark, das heißt vom Ausland unabhängig werden könnte. Diese Politik betrieb bereits der Hitlerfaschismus mit dem Ziel der Autarkie zur Kriegsvorbereitung. ''Kohle wurde noch nie verflüssigt, weil dies wirtschaftlicher als die Raffinierung von Erdöl war, sondern immer auf Grund von Autarkieüberlegungen'' (18).

Bereits 1974 begann die Bundesregierung, die Kohleveredelung zu subventionieren. Bis 1980 machte allein das Bundesforschungsministerium BMFT 650 Mio DM locker. Heute sind in der BRD sieben Pilotanlagen zur Kohlevergasung in Betrieb, eine weitere ist im Bau (19). Am 30.1.1980 verabschiedete die Bundesregierung dann ein Mammutprogramm zur großtechnischen Erzeugung von Gas, Benzin und Öl aus Kohle. Bis 1993 sollen ca. 13 Mrd DM in vierzehn geplante Projekte investiert werden (20). Darunter sind auch schon Kohleverflüssigungsanlagen mit einem jährlichen Durchsatz von mehreren Millionen Tonnen Kohle. Eine Anlage im Ruhrgebiet soll ab 1986 zwei Mio Tonnen Flüssigprodukte wie Kraftstoffe und Benzol produzieren (21). Das sind immerhin sieben Prozent des 1977 für den Verkehrssektor verbrauchten Mineralöls.

Wie bei der Einführung der friedlichen Nutzung der Atomenergie, werden hier von Seiten der Regierung und der Industrie durch Zuschüsse und Investitionen in Milliardenhöhe faktisch vollendete Tatsachen geschaffen, bevor sich Kritik und Protest an diesem Vorhaben artikulieren können. Und die Kohlevergasung bzw. Verflüssigung hat es weiß Gott faustdick hinter den Ohren. Eine riesige Energieverschwendung wird dabei betrieben. Der Umwandlungsgrad, das heißt der Anteil der Energie aus dem Rohprodukt Kohle, der im Endprodukt Benzin, Öl oder Gas wiedererscheint, beträgt bei der Vergasung 54% und bei der Verflüssigung nur noch 40% (22). Die übrigen 50-60% werden bei den unter hohen Temperaturen und Drücken stattfindenden Umwandlungsprozessen verbraucht. Außerdem sind gravierende Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten. Denn bei der Kohleverflüssigung werden erhebliche Mengen an krebserregenden Stoffen und noch nicht abzuschätzende Mengen an Staub freigesetzt. Die Planungen, die Kohleveredelung zusammen mit dem Hochtemperaturreaktor zu betreiben, würden das Gefahrenpotential solcher Anlagen vervielfachen.

Und nicht zuletzt kann eine Kohleveredelung im großtechnischen Maßstab der Antrieb zu einem verstärkten Ausbau der Atomenergie sein. Denn mit einem weiteren Ausbau der Kohleveredelung kann nur gerechnet werden, ''wenn durch Kernkraftwerke weitere Kohle aus der Stromerzeugung freigesetzt wird.'' (23). Doch auch der Weltmarkt für Kohle soll angezapft werden. ''Mit Kohlegutachten im Koffer reisen gegenwärtig fast alle Spitzenmanager des Energiegeschäfts um den Globus. Helmut Buddenberg von der Deutschen BP besuchte rasch nacheinander die Sowjetunion, Australien und Polen, Hand-Georg Pohl, Vizechef der Deutschen Shell, läßt sich gelegentlich in Südafrika sehen, wo er als Statthalter der Shell-Gruppe schon in den 70er Jahren Kohleclaims für die Shell abgesteckt hatte.'' (24) Mit der billigen Importkohle (ca. 30-40% billiger am Markt als die deutsche) sollen dann die direkt an den Umschlagshäfen geplanten Kohleverflüssigungsanlagen (wie in Brunsbüttel) betrieben werden.

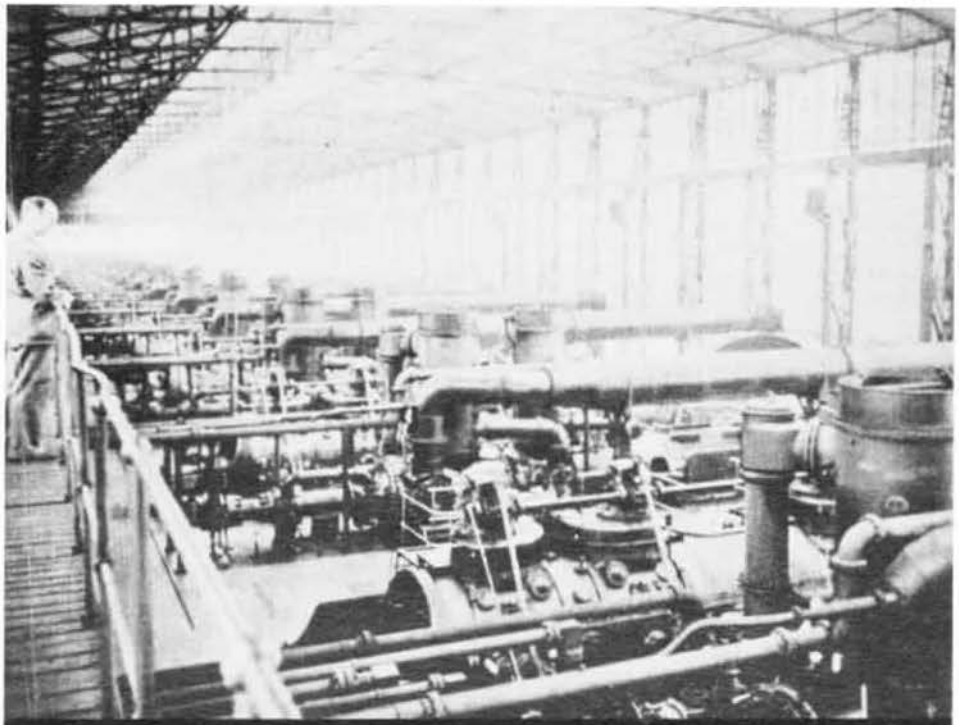
Um nun den Firmen wie Krupp und Gelsenberg den Einstieg in die neuen Kohletechnologien leichter zu machen, berät das BMFT zur Zeit über ''flankierende Maßnahmen'', wie z.B.

a. Einführung eines Gaspfennigs
b. Steuerverzicht der öffentlichen Hand bei synthetischen Treibstoffen
c. garantierte Mindestpreise
d. Investitionszulagen beim Bau der Anlagen
e. Deckung der Differenz zwischen Herstellerkosten und Mineralölpreis durch den Steuerzahler. (25)

Für den Strom das Atom

Nach wie vor laufen die Planungen darauf hinaus, daß Atomenergie in der Stromerzeugung massiv eingesetzt werden soll. Während Schmidt auf SPD-Parteitagen noch vom Vorang der Kohle schwafelt, laufen die Pläne zur Verdrängung der Kohle aus der Stromerzeugung längst an. Wen wunderts da, wenn sich RWE und andere Stromversorgungsunternehmen weigern, bereits genehmigte Kohlekraftwerke zu bauen.

Leunawerk bei Merseburg (1936): Kohle-Benzin in ungeahnten Mengen

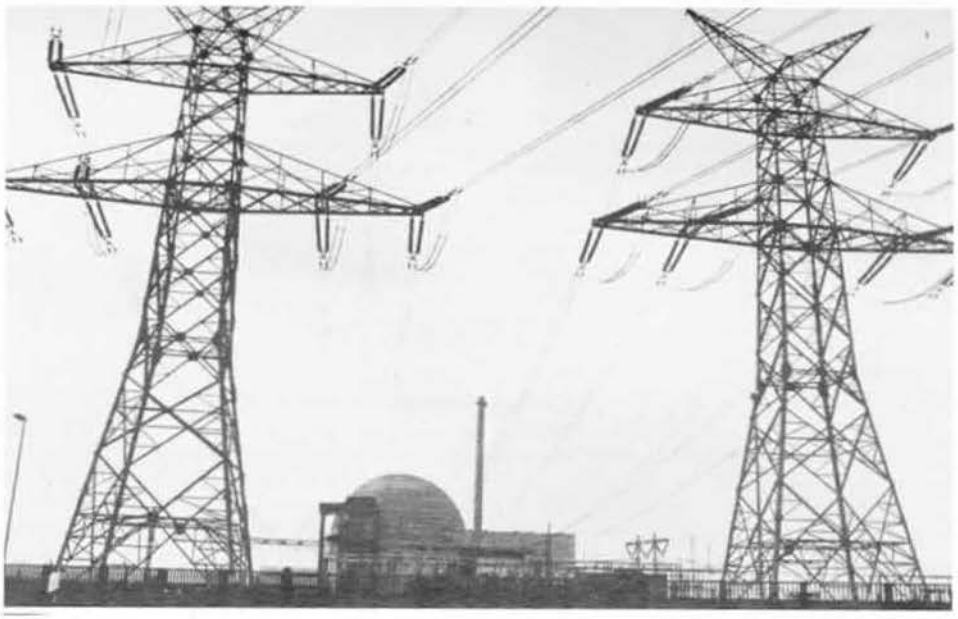


Kohleveredelung

Die langfristigen Planungen laufen auf Kernenergie und da derzeit die Kapazitäten in der Stromerzeugung bald doppelt so hoch sind, wie der Verbrauch, wären Kohlekraftwerke nur eine zusätzliche Belastung. So muß denn endlich das Jahr 1981 den ''Durchbruch'' der Kernenergie bringen. Selbst die Gewerkschaften hätten inzwischen ''klar Farbe bekannt'' und wenn sich ''der Rauch der Wahlkämpfe dieses Jahres (1980) verzogen hat'', sei mit dem Bau neuer Atomkraftwerke keine Zeit zu verlieren, so VEBA-Chef Bennigsen-Foerder. (26)

Nach Plänen der Bundesregierung sollen bis 1985 18.600 MW Kernkraftwerksleistung installiert sein (27) und bis zum Jahre 2000 ganze 50.000 MW (28). Im Innenministerium als oberste Genehmigungsbehörde laufen die Planungen für 53 Atomkraftwerke bis zum Jahr 2000 (29).

Atomkraftwerk Esensham



Zusammenfassung und mögliche Auswirkungen

Die Struktur der Energieversorgung in der Bundesrepublik soll sich nach dem Willen von Konzernen und Regierung in den nächsten Jahren grundlegend ändern. Die Öffentlichkeit wird jedoch über die Ziele im Unklaren gelassen. Während Spitzenpolitiker einen Sparappell nach dem anderen loslassen, vom Vorrang der Kohle erzählen und die Atomenergie als Restbedarfdecker darstellen, werden Pläne in ganz anderer Richtung verfolgt:

— Um die Ölabhängigkeit zu verringern und die Außenhandelsbilanz zu stabilisieren, soll schnellstmöglich der Mineralölverbrauch gesenkt werden. Und zwar Heizöl durch den Einsatz von mehr Strom und durch Wärmeisolierungsmaßnahmen. Der Benzinverbrauch soll vornehmlich über den Preis gesenkt werden.

— Langfristig sollen Benzin und auch Gas aus Kohle gewonnen werden.

— In der Stromerzeugung soll die Atomenergie verstärkt eingesetzt werden und langfristig die Kohle verdrängen.

— Regenerativen Energien, wie der Sonnenenergie, wird kein ernstzunehmender Platz eingeräumt

Die Konzernkassen werden sich bei diesen Plänen wie nie zuvor füllen. Dafür wird die Bevölkerung den Gürtel enger schnallen müssen. Für Kohlebenzin muß Otto der Normalverbraucher dann noch 'ne Mark pro Liter dazulegen. Die Strompreise werden in die Höhe schnellen. Nicht zufällig hat Hamburg den höchsten Atomstromanteil und die höchsten Stromtarife. Überhaupt für Energie wird der Bundesbürger ganz tief in die Tasche greifen müssen.

Diese geplante Umstrukturierung der Energieversorgung wird gewaltige Investitionen erfordern, deren Kosten und Risiko die Konzerne nicht alleine tragen wollen. Ihre - altbewährte - Taktik besteht darin, den Staat zur Finanzierung solcher ''Zukunftsprojekte'' heranzuziehen und ihn so an den Erfolg der Investition zu ketten. Ist der Staat mit von der Partie, so ist die politische Zukunft des Unternehmens gesichert. Ein Ausstieg wäre nur unter großem 'Gesichtsverlust' möglich, denn die Milliardensubventionen wären dann für jedermann sichtbar zum Fenster hinausgeworfen. Allerdings geht dem Bund so langsam die Puste aus. Die miese Konjunktur und die Steigerung im Rüstungshaushalt reißen immer größere Löcher im Haushalt auf. Es muß an anderer Stelle gestrichen werden und auch manches Lieblingskind der Energietechnokraten ist vom Rotstift bedroht. Ob das Geld für den Schnellen Brüter und den Hochtemperaturreaktor reicht, ist fraglich. Und einge Mammutprojekte in Sachen Kohleverflüssigung sind schon auf die lange Bank geschoben worden. Die Reaktion der Industrie blieb nicht aus. VEBA-Chef Bennigsen-Foerder sagte die Beteiligung an einem Großprojekt an der Elbe vorläufig ab, denn ''alleine tragen wir das Risiko nicht''. So könnte es durchaus sein, daß man mit der geplanten Umstrukturierung doch nicht so schnell vorankommt wie geplant.

Die Anti-AKW-Bewegung, wie die gesamte Umweltschutzbewegung, hat bisher immer nur Teilaspekte des Energieprogramms betrachtet und in die öffentliche Diskussion gebracht. Über die Bedeutung und das Ausmaß dessen, was auf dem Energiemarkt für die nächsten Jahrzehnte geplant ist, gibt es eine große Informationslücke.

Wenn wir uns darauf beschränken, der Regierung bei einem Teil ihres Programms, dem Öleinsparungsprogramm, behilflich zu sein und gute Ratschläge zu machen, werden wir auf viel wichtigeren Ebenen zur gleichen Zeit überbalbiert, ohne daß wir es richtig merken. Unsere Kritik muß weiter fassen, das Energieprogramm insgesamt muß durchschaut, die Interessen, die dahinter stecken, erkannt werden. Auf dieser Grundlage müssen wir dann versuchen, den Kampf dagegen zu organisieren und Alternativen für eine selbstbestimmte Energiepolitik zu entwickeln.

Zu der Frage, was überhaupt geplant ist und wer da seine Finger im Spiel hat, dazu sollten diese beiden Artikel ein Beitrag sein. Es wäre schön, wenn sich auf dieser Grundlage eine fruchtbare Diskussion - gerade auch im Atom Express - ergeben würde.

H.C. Winter & B.W. aus Red.

Quellenangabe:

(1) Spiegel 31/79, S.98
(2) s. Massarat in Prokla II/12
(3) s. Prokla II/12 u. VDI 6.2.81
(4) G.Brunner, s. 1.Teil des Artikels
(5) Zeit vom 21.4.74 in Massarat
(6) Erdölnachrichten dt. SHELL 1979
(7) VDI, 6.2.81
(8) VWD, 7.5.80
(9) Stern, 26.2.73
(10) FR, 3.7.79
(11) VWD, 27.3.80
(12) G.Brunner FR, 5.3.80
(13) VWD, 9.4.80
(14) IFEU, Heidelberg, Febr.80
(15) VDEW-Studie
(16) FAZ, 19.6.77
(17) IFEU-Studie
(18) Bild der Wissenschaft 1/81
(19) Energiediskussion 1.2.80
(20) ebenda
(21) ebenda
(22) IFEU-Studie
(23) Energiediskussion 1.2.80
(24) Spiegel 22/80
(25) SZ 10.10.79
(26) VWD, 22.4.80
(27) KWU-Chef Barthelt VWD, 20.3.80
(28) Hardkopf, Energie 12/79
(29) SZ, 1.3.80

Lüchow Prozess

oder den Letzten beißen die Hunde

Am Morgen des 10. Juni 1979 - es war ein Montag Morgen - versuchten ca. 70 AKW-Gegner mit einer Auto- und Sitzblockade die Ausfahrt der Baufahrzeuge der Celler Brunnenbau zu blockieren. Im Verlauf der Blockade kam es dann zur denkwürdigen Wasserschlacht von Lüchow. Bei der Blockade kam es zu keinen Verletzungen und zu keinen Festnahmen.
Anhand der Autokennzeichen der Fahrzeuge, die die Ausfahrt aus dem Firmengelände blokkierten, ermittelte die Polizei gegen insgesamt 5 Leute wegen Nötigung. Gegen 4 davon, allesamt aus Göttingen - wurde das Verfahren noch vor Eröffnung der Hauptverhandlung gegen ein Bußgeld von 100 DM eingestellt. Das Verfahren gegen den fünften, Eberhard aus Köln, wurde zunächst auch eingestellt,dann jedoch auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Köln wieder aufgenommen. Der Grund: Die Kölner Staatsschützer wollten Eberhard mit einer Verurteilung im Lüchow-Prozeß in den Knast bringen, denn Eberhard hatte noch eine Bewährungsstrafe von einem Jahr Haft am Hals. Diese Strafe hatte er wegen Teilname an einer Vietnam-Demo 1972 gekriegt. Die Bewährung lief zunächst über 5 Jahre und wurde dann noch einmal um 2 Jahre verlängert. Allein das ist schon eine Unverschämtheit. Bei der ersten Verhandlung im Oktober 80 in Uelzen vor dem Schöffengericht wurde Eberhard dann auch zu 2 Monaten, ersatzweise 30 Tagessätzen Geldstrafe, verurteilt. Dieses Urteil lag noch im Bewährungszeitraum.
Staatsanwaltschaft und Verteidigung gingen in Berufung. Die Berufungsverhandlung fand am 9. und 11. Juni vor dem Landgericht Lüneburg statt. Da inzwischen die Bewährungsfrist wegen der alten Sache abgelaufen war, brauchte er wenigstens nicht mehr den Knast zu fürchten.
Dennoch war die Verhandlung vom Ablauf und vom Urteil her eine unglaubliche Provokation und ein Beispiel dafür, wie es Gerichten immer wieder gelingt, einzelne, gerade wenn sie nicht unter dem "Schutz" einer breiten Öffentlichkeit stehen, ihre Machtlosigkeit und Ausgeliefertheit gegenüber diesem Rechtssystem praktisch vor Augen zu führen.
Das begann bei Eberhard bereits mit der Ansetzung des Verhandlungstermins. Eberhard hatte bereits vor Monaten für den Zeitraum der Hauptverhandlung einen Bildungsurlaub gebucht (Sprachkursus) und diesen bereits angezahlt. Sein Anwalt beantragte deshalb eine Verlegung des Termins auf einen späteren Zeitpunkt. Das Gericht lehnte jedoch ab, mit der Begründung, die Behauptung des Angeklagten sei unglaubwürdig. Auch eine Kopy der Buchung des Sprachkurses und der Anzahlung vermochte das Gericht nicht zu überzeugen. Der Rechtsanwalt stellte wegen dieses Vorfalls einen Befangenheitsantrag gegen den vorsitzenden Richter Wolters. Dieser wrude abgelehnt und bei dieser Gelegenheit die Ablehnung der Terminverschiebung durch den Richter noch einmal begründet: Eberhard lebe lediglich von einer Rente von ca. 600 DM im Monat (E. 65 Jahre alt, ist zu 50% kriegsversehrt) und könnte sich nach Ansicht des Gerichts einen Bildungsurlaub garnicht leisten. Dreister gehts wohl nimmer!
Dann begann die eigentliche Verhandlung mit der Vernehmung zur Sache. Der konkrete Tatvorwurf gegen Eberhard: Nötigung, weil sein Auto vor dem Ausfahrtstor der Celler Brunnenbau in einer Blockadereihe stand und Nötigung durch seine Person selbst, weil er auf einem Photo in den Akten in einer Kette von Demonstranten eingeharkt zu sehen sei, wobei aus dem Photo allerdings nicht klar hervorgeht, ob zu diesem Zeitpunkt das Tor schon wieder frei war oder nicht.
Eberhard war an dem Wochenende vor dem Montag der Blockade mehr oder weniger zufällig im Landkreis. Die Blockade war von Göttingen aus vorbereitet worden und wurde fast ausschließlich von Göttingern getragen. Am Abend vor der Blockade ergab sich das Problem, daß nur sehr wenig Autos für den nächsten Morgen da waren. Eberhard stellte daraufhin sein Fahrzeug zur Verfügung, ohne allerdings zu wissen,daß es für die Blockade selbst eingesetzt werden sollte (nur ein Teil der Autos nahmen an der Blockade teil). Am Morgen um ca. 7 Uhr kam er per Anhalter nach Lüchow (er hatte woanders übernachtet als die Blockadegruppe). Eberhard hat also sein Fahrzeug nicht selbst gefahren. Dies hat er dem Gericht auch ausführlich und überzeugend erklärt.
Nach der zweiten Aufforderung durch die Polizei wurden übrigens die Fahrzeuge von den Demonstranten selbst weggeschoben.
Als Zeugen des ganzen hatte die Staatsanwaltschaft, die von einem besonders üblen Exemplar vertreten wurde, den Einsatzleiter, sowie drei Beamte geladen, die ausschließlich mit Beweissicherungsaufgaben - sprich Fotografieren - beschäftigt waren. Bei der Vernehmung kam die besondere Bedeutung der Beweissicherung der Blockadeaktion zum Ausdruck. Auf Fragen der Verteidigung mußte der Einsatzleiter einräumen, daß es drei Beweissicherungsschwerpunkte gabEinzelfotos durch mehrere Beamte von Dokumentationstrupps von Polizei und BGS, einen Ton-Videofilm und Ton-16 mm Film. Der Einsatz von 16 mm-Kameras ist jedoch völlig unüblich. Kinofilme werden in diesem Format gedreht. Keine der Polizeizeugen konnte Auskunft darüber geben, wer in wessen Auftrag da gedreht hat. Es liegt der Verdacht nahe, daß die Lüchow-Blokkade zum Anlaß genommen wurde, einen aufwendigen Schulungsfilm für die Ausbildung zu drehen.
Die Verteidigung stellte daraufhin einen Beweishilfsantrag zur Klärung dieser Frage und zur Vorführung des Films mit dessen Hilfe auch die Frage der Nötigung, wann und durch wen, exakt hätte geklärt werden können. Einsatzleiter, Staatsanwaltschaft und Gericht wurden nervös.
Die Staatsanwaltschaft beantragte daraufhin die Einstellung des Vorwurfs der Nötigung wegen Stehen in der Demonstrantenkette. Das Gericht schloß sich an und lehnte dann den Beweisantrag als für die Sache nicht mehr relevant ab. Damit war die Filmgeschichte vom Tisch. Wer allerdings glaubte, daß mit der Einstellung des einen Nötigungsvorwurfs gegen Eberhard das Verfahren bereits halb gekippt sei, sah sich schwer getäuscht. Im Plädoyer forderte der Staatsanwalt 90 Tagessätze, also dreimal so viel wie im ersten Urteil. Die Verteidigung plädierte auf Freispruch. Das Urteil des Gerichts: 60 Tagessätzea 20 DM, also 1200 DM Geldstrafe in 20 Monatsraten a 60 DM.
Diese Bande sollte man ..., ach Gründe gäbs genug!

Freche Begründung des Gerichts: Es sei unerheblich, ob Eberhard den Wagen nun selbst gefahren habe oder nicht. Denn seine Behauptung, er habe nicht gewußt, daß das Auto für eine Blockade verwendet werde, sei lebensfremd. Das Gericht glaube es nicht.
Gemessen an dem, was damals wirklich vorgefallen war und gemessen daran, daß bei den anderen 4 Leuten, die wegen derselben Sache mit dem Gericht zu tun hatten und mit 100 DM Geldstrafe davonkamen, ist dieses, nun rechtskräftige Urteil gegen Eberhard einfach eine Sauerei. Nun geht es darum, die Lasten dieser Sache, also Geldstrafe und Gerichtskosten nicht an Eberhard hängen zu lassen. Wir bitten deshalb alle AKW-Gegner, Eberhard zu unterstützen. Bitte schickt uns Geld auf folgendes Konto: **Sonderkonto "Grüne Hilfe"**

B.Weidmann, Stegemühlenweg 31, 34 Göttingen, Pschk. Hannover, Nr. 329099-302

Übrigens fand der zweite Verhandlungstag in Abwesenheit von Angeklagten und Zuschauern statt.Das Gericht hatte nämlich Leibesvisitation, Taschendurchsuchung und Ausweiskopierung angeordnet, weil am ersten Prozeßtag von Zuschauern ein "Propagandaplakat" im Gerichtssaal aufgehängt worden sei. Außerdem sei ein Fahndungsplakat im Eingang des Gerichts abgerissen worden. Daraufhin weigerten sich die Zuschauer, diese Sonderbehandlung ala Terroristenprozesse über sich ergehen zu lassen. Allein wollte Eberhard dann auch nicht in die Verhandlung und blieb mit den anderen draußen.

Atombremser Mitterand?

Atomarer Amoklauf unter Giscard

Frankreich konnte bislang konkurrenzlos für sich den Anspruch erheben, als das Land mit dem am konsequentesten vorangetriebenen Atomprogramm gelten zu können.
Die 25 derzeit in Betrieb befindlichen Reaktoren, die zügig vorangehenden Arbeiten an der Entwicklung und am Bau der Schnellen-Brüter-Reaktorgeneration, der expandierende Betrieb der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague stellen nur den Grundstock des Atomprogramms dar, wie es in der Ära des Monarchen Giscard d'Estaing konzipiert wurde. Nach diesem Programm soll bis 1986 die Zahl der ans Netz gegangenen AKWs auf 32 erhöht werden. Nach den Wahlen wollte Giscard bei entsprechendem Wahlausgang folgerichtig den Bau von 7 oder 8 weiteren Atomkraftwerken bekannt geben. - Bis zum Ende des Jahrzehnts, so war beabsichtigt, sollten 73% des gesamten Elektrizitätsbedarfs von AKWs produziert werden.
Unbeeindruckt von einer gegenläufigen Entwicklung im Mutterland der sog. friedlichen Atomnutzung, den USA, wo in den vergangenen 4 Jahren 40 Aufträge für AKWs rückgängig gemacht wurden und im Jahre 1978 gerade noch zwei Aufträge erteilt wurden und danach kein einziger mehr, bezog Giscard einen Teil seiner widerlichen Überheblichkeit aus seinem Stolz auf das Atomprogramm. Originalton: „Viele Nationen überwinden ihre Furcht nicht. Die Franzosen tun es."
„Noch schneller können wir das Programm nicht vorantreiben, wir sind an der Grenze angekommen." (SPIEGEL Nr. 17, 1981)
Bundesschmidt äußerte sich, wer hätte es anders erwartet, sehr anerkennend:
„Ich finde, das (Atomprogramm) ist eine große Leistung."
„Wenn wir davon ein Stück inunserem Land hätten, dann wäre mir in Bezug auf unsere zukünftige Elektrizitätsversorgung etwas sicherer zumute." (ebenda)

Auswirkungen auf die BRD

Für die Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik unterscheidet sich der atomare Amoklauf der französischen Verantwortlichen in zwei Bereiche. Einmal wird in Diskussionen von den Befürwortern ganz gezielt das bundesrepublikanische Atomprogrmm zu verkaufen versucht mit dem Hinweis, im Ausland rundherum und eben besonders in Frankreich würden AKWs gebaut; selbst wenn hier auf den Bau von AKWs verzichtet würde, sei die Bundesrepublik nicht unberührt von dieser Technologie, also könne man auch hier AKWs bauen und müsse das auf jeden Fall schon aus Konkurrenzgründen tun.
Dieser Bereich der, von La Hague abgesehen erst einmal mittelbaren, mehr psychologischen Auswirkungen der Atompolitik der Franzosen ist gepaart mit der unmittelbaren Betroffenheit der Nachbarregionen von den grenznahen AKWs. Das gilt für die Region am Oberrhein mit dem Fessenheimer Schrotthaufen vor der Tür und für Rheinland-Pfalz und das Saarland mit Cattenom in der Nachbarschaft.

Besonderes Beispiel Cattenom

In Cattenom sind 4 Reaktorblöcke mit je 1300 MW Leistung geplant, d.h. die größte Nuklearanlage der Welt soll hier gebaut werden.
Im Bau befinden sich z.Zt. 2 Reaktorblöcke, die nach Betreiberplänen schon 1985 Strom erzeugen sollen.
Die Nuklearanlage, in deren annähernder Hauptwindrichtung in 50 km Nähe Trier liegt, wird beim Betrieb die Mosel als Kühlwasserpotential nutzen. Nicht zuletzt diese absehbaren zusätzlichen Belastungen der Mosel, die schon jetzt in einem Ausmaß belastet ist, daß der Fluß z.B. im trockenen Sommer 1976 zu einer stinkenden Kloake umzukippen begann und zehntausende verendeter Fische an der Oberfläche trieben, sind Anlaß für eine spürbare Unruhe eines Teils der Kommunalpolitiker der betroffenen Region. So fand z.B. Mitte Mai eine Expertenanhörung zum Thema "Auswirkungen des AKW Cattenom auf Stadt und Region Trier"statt. Gemeinsame Veranstalter waren die Städte Trier, Konz, Saarburg und die BI gegen das AKW Cattenom.

Detailliertere Informationen sind zu bekommen bei der BI gegen das AKW Cattenom, c.o. Birgit Schönecker, Weidegasse 9, 55 Trier.

Auf die Problematik des AKW Cattenom wird in dem Buch „Atomkraft - Risiko ohne Grenzen" eingegangen. Für 6 DM zu beziehen bei Josef Kilimke, Walramsneustr. 1a, 55 Trier

Wird nun alles anders?

Nachdem Mitterrand Brillianten-Giscard als Präsidenten abgelöst hat und auch wohl eine stabile Mehrheit im Parlament bekommen wird, gab es schon in dessen ersten Amtstagen Anlaß, daß sich unsereiner auch einmal über eine energiepolitische Entscheidung in Frankreich freuen konnte. Unter der Überschrift „Mitterrand stoppt Nuclearprojekt" stand am 30.5.81 in der SZ:
„Das große Atomkraftwerk, das nach den Plänen der früheren französischen Regierung in dem bretonischen Ort Plogoff gebaut werden sollte, wird unter dem Präsidenten Mitterrand voraussichtlich nicht mehr errichtet." (Zu den Auseinandersetzungen dort siehe AE Nr.19/April 80)
Weiter wird Mitterrand zitiert:
„Ich habe vor, die im Bau befindlichen Atomkraftwerke fertigzustelen, nicht aber neue in Angriff zu nehmen."
Auch der Ausbau von La Hague , der die Jahreskapazität von 400 auf 1600 Tonnen erhöhen sollte, findet wohl nicht mehr statt.
Mitterrand - *„Ich lehne die Kernkraft nicht ab, ich beabsichtige aber, sie zu kontrollieren"* -hat eine Volksbefragung zum Kernenergeiprogramm angekündigt.

Es liegt nun an uns, daß zumindest in den unmittelbar betroffenen Regionen diesseits der Grenze Druck gemacht und versucht wird, auf die (hoffentlich neue) Politik in Frankreich, die nun erst formuliert wird, Einfluß zu nehmen.

Fessenheim

Foto:*Die Fahrrad-Demonstration auf dem Weg nach Colmar*

Wieder einmal sorgte das AKW Fessenheim in letzter Zeit durch mehrere kurz hintereinander auftretende Störfälle für Schlagzeilen. Der Reaktor ist den meisten durch seine nachgewiesenen und amtlich bestätigten Haarrisse und durch verschiedenste Pannen in schlechter Erinnerung. Die BIs im Freiburger Raum sammelten inzwischen 30.000 Unterschriften und fordern die sofortige Abschaltung des AKWs.

Pfingstaktionen im Dreyeckland

Schweizer, badische und elsässische Umweltschützer planten eine Fahraddemo in Colmar (Elsaß), wo zum 2. Mal versucht werden sollte, dem Präfekten 30 000 Unterschriften zu übergeben, die für die Stillegung des AKW Fessenheim gesammelt worden waren.
Wir Markgräfler wollten zusammen mit den Schweizern bei Neuenburg über die Grenze radeln, die Leute aus dem Raum Freiburg bei Breisach.Als wir und die Schweizer, etwa 200 Radfahrer, am Samstag morgen gegen 11 Uhr die Grenze erreichten, fanden wir die Brücke von in schwarzen Kampfanzügen mit schwarzen Schildern und Helmen bewehrten CRS versperrt (CRS entspricht dem deutschen SEK,dem Sondereinsatzkommando).Sie bedrohten uns mit Gewehren, auf denen Gasgranaten aufgepflanzt waren und mit Stökken.Unsere Verhandlungsdelegation wurde erst einmal gefilzt und registriert; anschließend erklärte man uns, daß die Grenze für Demonstranten gesperrt sei.
Da standen wir nun mit unseren fahnengeschmückten Fahrrädern vor dieser schwarzen Brigade.
Wir zogen uns auf die badische Hälfte der Brücke zurück und beschlossen darauf sitzen zu bleiben, bis die Grenze frei wird. Wir nahmen Kontakt mit den Leuten in Breisach auf, denen das gleiche Schicksal widerfuhr. Auf der Breisacher Brücke beschlossen die etwa 800-1000 Radfahrer ebenfalls sitzen zu bleiben, bis die Grenze frei würde. Ein Teil fuhr noch nach Sasbach am Kaiserstuhl, um dort die Grenze zu prüfen - auch dort dasselbe Bild, deshalb wurde auch dort der Sitzstreik begonnen.
Unsere Elsässischen Freunde mußten nun die Kundgebung in Colmar ohne uns machen; sie kamen anschließend zur Verstärkung an die Grenze.
Um 19 Uhr, nach 8-stündiger Grenzblockade, gaben die CRS die Grenze frei.
Am Pfingstsonntag fuhren wir von unserem Zeltplatz im Elsaß über die Breisacher Grenze zum Nato-Flugplatz Bremgarten. Zusammen mit verschiedenen Friedensinitiativen, die einen Friedensmarsch dorthin durchführten, wurde eine Kundgebung gegen die atomare Aufrüstung und für den Krefelder Appell veranstaltet.

Schwierigkeiten an der Grenze gab es auch für ca 150 AKW-Gegner aus Luxemburg, dem Saarland und Rheinland-Pfalz. Als sie am Pfingstmontag die Grenze bei Apach passieren wollten, um an einer Veranstaltung in Apach gegen den Bau des AKW Cattenom teilzunehmen, wurde auch ihnen der Grenzübertritt durch die CRS verwehrt.

Fotos:*An der französischen Grenze:Einerseits...* *...andererseits*

Die letzten Störfälle

18.Mai:
Ein Leck wird im Primärkreislauf im Dampferzeuger des Reaktorblocks II entdeckt. Radioaktives Wasser tritt vom Primärkreislauf in den Sekundärkreislauf. Nach Angaben der Überwachungskommision treten 10 l pro Stunde aus; die Entwicklung wird genau verfolgt, um den Reaktor abschalten und das Leck abdichten zu können, wenn eine zu hohe Radioaktivität erreicht wird (nach dem französischen Sicherheitsbericht sind 50 l pro Stunde erlaubt).
AGUS (Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Markgräflerland) nimmt Stellung:
Wir sind der Ansicht, daß die Größe des Lecks nur geschätzt werden kann, und zwar an Hand der erhöhten Radioaktivität.
IFEU-Stellungnahme (Institut für Energie-und Umweltforschung Heidelberg):
"Das Institut hat ermittelt, daß auch bei einem Abfluß von 10 l pro Stunde, umgerechnet auf deutsche Richtwerte, die durchschnittlich zulässige Abgabe von Jod 131 pro Tag an die Umwelt schon nach einer Stunde überschritten werde."(nach Badische Zeitung)

20.Mai:
"Kein radioaktives Wasser in den Rhein"(Badische Zeitung):
Nach Angaben des südbadischen Regierungspräsidiums in Freiburg und der Betriebsleitung des AKW Fessenheim wird die Radioaktivität mit einem "Ionenaustauscher herausgefiltert". Was davon zu halten ist, zeigt der Leserbrief eines Chemikers aus der Badischen Zeitung:
Kernkraftwerk Fessenheim
Ein physikalisches Wunder
Die Meldung zu Beginn der Woche hatte es in sich. Auf der ersten Seite der BZ war zu lesen, daß es den Betreibern des Kernkraftwerkes Fessenheim gelungen sei, "Radioaktivität aus dem Wasser zu filtern". Ein physikalisches Wunder! Es stimmt mich bedenklich und zornig zugleich, daß in der Informationskette Fessenheim-Regierungspräsidium-Badische Zeitung kein Mensch in der Lage zu sein scheint, diese "Meldung" so zu kommentieren, wie sie dem (der) Nichtfachmann/-frau erläutert werden muß.
Man kann zwar radioaktive, elektrisch geladene Teilchen (Ionen), wie sie im Primärkreislauf eines Reaktors zur Moderierung verwendet werden, mit Hilfe von Ionenaustauschern herausfiltern. Radioaktive und elektrisch neutrale Teilchen hingegen (z.B. tritiiertes Wasser) können mit keinem praktisch verwendbarem Verfahren, auch nicht mit Ionenaustauschern, beseitigt werden.
Tritium ist ein beta-aktives Wasserstoffisotop und wird im Normalbetrieb zur Gänze in der Größenordnung von 1000-6000 Curie pro Reaktorbetriebsjahr in die Oberflächengewässer eingeleitet. Der Fessenheimer Wert dürfte da derzeit um ein vielfaches höher liegen.
Und dann muß man da lesen, daß stündlich 10-18 l radioaktives Wasser in den Sekundärkreislauf gelangt, wo es nicht mehr restlos "entseucht" werden kann. Da werden etliche Curie radioaktives Wasser in die badisch-elsässische Luft geblasen - ersteres vorzugsweise.
Da Wasser von allen lebenden Organismen sofort aufgenommen wird, gelangt es ohne Barrieren in Pflanzen, Tiere und Menschen. Diese Tatsache macht tritiiertes Wasser so gefährlich. Und mehr noch, es kann, biochemisch modifiziert, sogar in die Erbsubstanz gelangen: Ein verseuchtes Lebenselement.Aber was schert das das Stuttgarter Sozialministerium; die trinken das Wasser ja nicht....Und wenn das Heidelberger IFEU ermittelt, daß der Jodabgabewert schon nach einer Stunde überschritten ist, und das Regierungspräsidium eine "nukleare Gefährdung der Umwelt ausschließt", so sei denn die Frage erlaubt, was in den Augen der Landesbehörde eine nukleare Gefährdung ist? Etwa erst wenn ein Kraftwerk sichtbar demoliert ist (das Fessenheimer ist derzeit unsichtbar demoliert) ?
Freiburg 6.6.81

28.Mai:
Block I abgeschaltet.

29.Mai:
Block II abgeschaltet: Grund : Verstopfung beim Schmutzfilter der Kühlwasserzufuhr aus dem Rhein.
Die BZ schreibt weiter am 3o./31.5.:"Nach Angaben des südbadischen Regierungspräsidiums sollen nach der Reinigung der Gitter beide Reaktoren am Sonntag wieder ihren Betrieb aufnehmen. Radioaktivität werde während der Abschaltung nicht an die Umwelt abgegeben, auch nicht aus Block II, in dem seit einigen Tagen aus einem noch nicht gefundenen Leck im Primärkreislauf radioaktives Wasser in den Sekundärkreislauf fließt."

30./31.Mai:
Es werden Informationen aus der offiziellen Fessenheim-Kontrollkommission im Elsaß bekannt, nach denen mittlerweile nicht mehr "nur" 10 l, sondern 18 l radioaktives Wasser pro Stunde in den Sekundärkreislauf fließen sollen.Damit verdoppelt sich nach IFEU die radioaktive Belastung.

1.Juni:
Erst jetzt wird bekannt, daß 2 Arbeiter am vergangenen Dienstag (26.5.) in einem sogenannten Hilfsanlagengebäude beim Umgang mit radioaktivem Material verseucht wurden."-Die Arbeiter hätten gegen Strahlenschutzbestimmungen verstoßen."
6.Juni:
Block I für 8 Wochen abgeschaltet, nachdem er vor 5 Tagen wieder angestellt worden war. Der Betriebsstopp dient "dem Wechsel der Brennelemente und einer Revision."

Fortsetzung folgt!
Leider!!

Die Praxis der

am Beispiel des Geheimvertrages zwischen

1. Einleitung

Am 13.9.1980 wurde dem Sprecher der Arbeitsstelle Hannover des Öko-Instituts die Kopie eines Vertrages zwischen COGEMA (Compagnie Générale des Matières Nucléaires, der Betreiber der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague) und SKBF (Svensk Kärnbränseleförsörjning AB, die schwedische Kernbrennstoff-Gesellschaft) übergeben.Der Vertrag betrifft die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente, die im Jahre 1979 aus dem Kernkraftwerk Ringhals III entladen wurden. An der Echtheit dieses streng geheim gehaltenen Papieres kann kein Zweifel bestehen; es trägt den Eingangsstempel und Vertraulichkeitsvermerk des schwedischen Innenministeriums vom 7.Dezember 1977 (Aktenzahl II 2835/77 – H 136/77). Unterzeichnet wurde der Vertrag am 19. April 77 durch Dr. Erik Svenke (SKBF) und Claude Ayçoberry (COGEMA).

Es kann davon ausgegangen werden, daß der Inhalt dieses Vertrages dem der von COGEMA mit deutschen Kernkraftwerksbetreibern abgeschlossenen entspricht: Der Vertrag enthält eine Meistbegünstigungsklausel, COGEMA kann also anderen Kunden keine günstigeren Bedingungen einräumen als SKBF.

Dieser Vertrag zeigt zweierlei sehr deutlich: Zum Einen, daß der Kunde den Wiederaufbereitungsunternehmen nahezu völlig ausgeliefert ist und mit schweren wirtschaftlichen und Sicherheitsproblemen rechnen muß; zum Anderen, daß COGEMA selbst in das ordnungsgemäße Funktionieren der Anlage wenig Vertrauen setzt und sehr effektiv auch für den Fall eines völligen Scheiterns der Wiederaufbereitungsversuche vorbaut. Beides zeigt deutlich den Unterschied zwischen einer auf dem Papier entworfenen Anlage, wie sie heute in der BRD der Öffentlichkeit vorgestellt wird: Eine solche ist billig, sicher und arbeitet präzise; und einer real existierenden Anlage mit schweren ungelösten Problemen und Sicherheitsrisiken. Ehe dies nun anhand des Vertragsinhaltes näher belegt werden soll, sei noch auf eine für die BRD besonders wichtige Tatsache hingewiesen: Die heute in Hessen und Niedersachsen geplanten „kleinen Wiederaufbereitungsanlagen" haben mit 350 Jahrestonnen Durchsatz fast die Nennkapazität der Anlage für Leichtwasserreaktorbrennstoff in La Hague (400 Jahrestonnen, die allerdings nie auch nur annähernd erreicht wurden).

2. Rücknahme radioaktiver Abfälle – Kosten:

Der Kunde verpflichtet sich, sämtliche Rückstände der Wiederaufarbeitung des Brennstoffs (es handelt sich um 45 Brennelemente mit insgesamt etwa 22 t Schwermetall) zu übernehmen.Das bezieht sich nicht nur auf die allgemein bekannten hochaktiven Glasblöcke, sondern auf sämtliche Sekundärabfälle, wie Brennelementhüllen, aktive Schlämme, kontaminierte Lösungsmittel usw. Laut Vertrag ist die Gesamtmenge dieser Stoffe pro Tonne Brennstoff etwa sieben Kubikmeter (neben 0,15 Kubikmeter Glas); mehr als das Doppelte dessen, was in offiziellen deutschen Publikationen angegeben wird (Kernforschungszentrum Karlsruhe, Bericht KfK 3000, September 1980: drei Kubikmeter pro Tonne).

Diese Abfälle werden wohl von COGEMA in eine für Transport und Lagerung geeignete Form gebracht, allerdings nach Maßgabe der französischen Vorschriften – entspricht dies nicht den im Land des Kunden gültigen Verordnungen und ist eine Einigung nicht möglich(wobei es nur dem Gutdünken von COGEMA überlassen ist,ob sie auf die Anforderungen des Kunden eingeht oder nicht),muß der

Wiederaufarbeitungs-Anlage für Kernbrennstoff in La Hague

Wiederaufarbeitung

COGEMA (La Hague) und SKBF (Stockholm)

Kunde sie dennoch übernehmen. Tut er dies nicht, hat er ab 1.Januar 1990 pro Tag eine Strafe von FF 100.000.– (Preisbasis 1977) zu bezahlen – das sind rund 36 Millionen Franc pro Jahr, etwa der Betrag, den SKBF bereits für die Wiederaufbereitung bezahlen muß (rund FF 1600.– pro kg Schwermetall). Alle Beträge sind durch Preisgleitklauseln inflationsgesichert. Sie können außerdem von COGEMA im eigenen Ermessen erhöht werden: Wenn sie es für erforderlich hält, technische Änderungen im Wiederaufarbeitungs- und Abfallbehandlungsprozeß durchzuführen, kann sie dadurch entstehende Mehrkosten ohne Einschränkungen an den Kunden weitergeben.

Damit sind die Verpflichtungen des Kunden nicht erschöpft: Neben den genannten Abfällen muß er auch unbrauchbar gewordene, radioaktiv kontaminierte Anlagenteile u.ä. übernehmen, wobei diese auf die verschiedenen Kunden proportional zu deren Anteil am Durchsatz der Anlage verteilt werden. Für die neuen Komponenten muß dann auch noch bezahlt werden. Diese Verpflichtung kann dazu führen, daß über längere Zeiträume immer neue Kosten und weitere zu übernehmende Abfälle anfallen, da z.B. die Edelstahl-Tanks zur Lagerung flüssiger hochradioaktiver Abfälle in regelmäßigen Abständen ersetzt werden müssen.

3. Rücktrittsmöglichkeiten des Wiederaufbereiters:

COGEMA wird durch den Vertrag das Recht zugesichert, im Falle größerer technischer Hindernisse („major technical hindrances", die nicht näher definiert werden) Brennelemente gar nicht anzunehmen oder sie ohne Wiederaufarbeitung zurückzusenden. (Diese letztere Möglichkeit wird im Vertrag nicht explizit erwähnt, steht aber dem Wiederverarbeiter offen, da der Kunde – ohne Einschränkung – alle Arten von radioaktiven Abfällen zurückknehmen muß; der Wiederaufarbeiter kann die Brennelemente also als Abfälle aus – eben nicht erfolgreich durchgeführter – Wiederaufarbeitung zurücksenden). Auch die Rücklieferung des aus dem Brennstoff gewonnenen Plutoniums und Urans kann beliebig verzögert werden; all dies ohne finanzielle oder sonstige Verpflichtungen der COGEMA („at no cost and obligation").

Bei alledem hat der Kunde kaum die Möglichkeit, sich zu vergewissern, daß tatsächlich „major technical hindrances" vorliegen: Die Technologie der Wiederaufarbeitung und Abfallbehandlung ist für ihn vertragsmäßig geheim.

4. Genauigkeit der Materialerfassung, Güte der Plutoniumabtrennung

Im Übrigen hat der Kunde nur noch bei der Messung des Uran- und Plutoniumgehaltes des Brennstoffes und der nach Wiederaufarbeitung angefallenen Menge an Uran- und Plutoniumprodukten eine Kontrollmöglichkeit, also in Bereichen, die seine unmittelbarsten wirtschaftlichen Interessen betreffen. Stichprobennahme und Analyse führt allerdings COGEMA durch; akzeptiert der Kunde die Ergebnisse nicht, folgt eine zweite Probenahme und -untersuchung (ebenfalls durch COGEMA), die auf Kosten des Kunden geht.

Die solcherart durchgeführte Bestimmung der Mengen ist sehr ungenau; im Vertrag wird z.B. davon ausgegangen, daß sich die Werte für den Plutoniumgehalt im Endprodukt, die aus den beiden Stichproben ermittelt werden, um 0,5 % oder mehr unterscheiden können. Auch in diesem Falle sind keine weiteren Messungen vorgesehen; es wird einfach das Ergebnis der 2. Messung als verbindlich erklärt. Angesichts dessen kann eine Meßungenauigkeit von rund einem Prozent angenommen werden; da 22 Tonnen Brennstoff bis zu 200 kg Plutonium enthalten, können ohne Weiteres allein aus dieser Jahresentladungsmenge von Ringhals 32 kg Plutonium rechnerisch „unter den Tisch fallen", d.h. sie könnten unbemerkt abgezweigt werden (das Dreifache dieser Menge reicht für den Bau eines Atomsprengkörpers).

Neben diesen, durch Meßungenauigkeit möglichen Plutoniumverlusten, gibt es außerdem die im Vertrag bereits eingeplanten Verluste in die verschiedenen Abfallströme: Im Vertrag wird davon ausgegangen, daß sie 3 % des Plutoniums (und 2 % des Urans) betragen. Falls COGEMA nicht in der Lage ist, diese Klausel e inzuhalten, schafft auch dies für sie kein besonderes Problem: Sie kann dem Kunden die Fehlmenge – d.h. die Differenz zu 97 % der Gesamtmenge – zum Weltmarktpreis ablösen. Damit hat sie grundsätzlich auch die Möglichkeit, ihren Vorrat dieses Bombenrohstoffs aus den Beständen ausländischer Kunden zu vergrößern.

Es ist interessant, diese Prozentsätze mit den Annahmen in Papierstudien der deutschen Atomforschung zu vergleichen: Bei der Berechnung der Langzeit-Gefährlichkeit von Wiederaufarbeitungsabfällen etwa gehen etablierte Forschungsinstitutionen (z.B. das Kernforschungszentrum Karlsruhe und das Hahn-Meitner-Institut Berlin) stets davon aus, daß nur je 0,5 % der Plutonium- und Uranmenge in den Abfall gelangt. Mit Hilfe dieser und anderer überoptimistischer Rechenannahmen gelingt es dann, zu zeigen, daß der hochaktive Abfall „nur" rund tausend Jahre gefährlich bleibt (realistischere Rechnungen führen zu Zeiträumen von bis zu einer Million Jahren).

Im Übrigen ist es nicht vorgesehen, das Plutoniumdioxid – eines der Endprodukte der Wiederaufarbeitung – in der Anlage der COGEMA weiter zu verarbeiten. Es wird als solches, nicht mit Urandioxid vermischt, dem Kunden zurückgestellt – also in einer Form, die für mißbräuchliche Verwendung besonders geeignet ist: Zur Herstellung eines Atomsprengkörpers sind keine chemischen Trennverfahren mehr erforderlich. Nicht nur die Gefahr des Diebstahls macht aber den Transport so gefährlich: Eine Freisetzung von Plutonium durch Unfall oder Sabotage kann tausende Menschenleben kosten.

5. Geheimhaltung

Im Vertrag ist festgelegt, daß sein Inhalt nur den jeweiligen nationalen Genehmigungsbehörden bekannt gemacht werden darf; Ausnahmen sind nur zulässig, soweit sie für die Durchführung des Vertrages erforderlich sind.

Diese Klausel führte bereits in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in den Niederlanden, Österreich und anderen Staaten zu heftigen Auseinandersetzungen: Durch sie sind grundsätzlich auch die Parlamente von einer Kontrolle der Wiederaufarbeitungsgeschäfte ausgeschaltet. Auch die Gerichte sind davon betroffen; damit wird ihnen die Möglichkeit genommen, die Verläßlichkeit eines Entsorgungsnachweises durch Abtransport der Brennelemente nach La Hague zu überprüfen.

Davon völlig abgesehen ist es ein Skandal, daß der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder die Anlage in La Hague als Musterbeispiel für das Funktionieren der Wiederaufarbeitungstechnologie und als Garant der gesicherten Entsorgung für die nächsten Jahre vorgestellt wird, ohne daß sie die Möglichkeit erhält, anhand des Vertragstextes die Aussagekraft dieser Behauptungen zu überprüfen.

Dem soll durch die Veröffentlichung des vorliegenden Berichtes abgeholfen werden. Kopien des gesamten Vertrages, der in englischer Sprache abgefaßt ist, sind in der Arbeitsstelle Hannover des Öko-Institutes erhältlich; die Übersetzung der wichtigsten Klauseln ins Deutsche sind im Gange.

Helmut Hirsch
Gruppe Ökologie (GÖK)
Institut für ökologische Forschung und Bildung
Immengarten 31
3 HANNOVER 1
Tel. o511/6963130

Erst langsam beginnt sich in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik der Mantel des Schweigens über Stand und Zukunft des deutsch-brasilianischen Atomvertrages zu lüften. Zum ersten Mal berichtete der Spiegel am 17.12.1978 unter der Überschrift «Atomvertrag – Milliardenpleite» Kritisches über das Jahrhundertgeschäft. Doch flugs wußten deutsche Politiker und Wirtschaftsmanager darauf zu reagieren: „Der Vertrag wird mit Heller und Pfennig erfüllt". Gleichlautende Beteuerungen der brasilianischen Regierung wurden in die bundesdeutsche Presse lanciert und bald war der sensationelle Spiegelartikel vergessen. Was es nicht geben darf, das gibt es eben nicht.
Während in Brasilien die Regierung wechselte und eine grundlegende Umorientierung in der Wirtschaftspolitik, vor allem in der Energiepolitik vonstatten ging, gilt der Atomvertrag mit Brasilien in der Bundesrepublik heute noch als Vorzeigegeschäft in Sachen AKW-Export und Technologietransfer in die „3.Welt".

Der Atomvertrag

... oder die Jahrhundertpleite

Etwas über zwei Jahre nach dem Spiegel-Report-Anfang 1981-konnte man in deutschen Zeitungen eine seltsame Kurzmeldung finden, die bei Nicht-Eingeweihten auf Unverständnis und Achselzucken stieß. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Wirtschaftsausschusses Lemmert hatte anläßlich seines soeben beendeten Brasilienbesuches zu einer Pressekonferenz gebeten und dort folgendes den staunenden Journalisten verkündet: Er habe in Brasilien mit allen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft über den Atomvertrag gesprochen. Er habe niemanden gefunden, der an eine Realisierung des Atomvertrages glaubt. Offensichtlich sei der deutsche Wirtschaftsminister Graf Lambsdorf der einzige, der noch davon ausgehe, daß der Vertrag wie geplant realisiert werde.
Die Öffentlichkeit war irritiert, jedoch nur kurz. Denn Regierung und Opposition waren sich schnell einig, diese Geschichte nicht an die große Glocke zu hängen. Lemmert, der mit einer Anfrage im Bundestag die Regierung weiter löchern wollte, wurde von den eigenen Parteikollegen zurückgepfiffen. Auch die CDU hatte kein Interesse an einer Diskussion über den Atomvertrag, zumal nicht in einer Zeit, wo die Wogen um das AKW Brokdorf hochschlugen. Das ohnehin angekratzte Image der Atomindustrie hätte darunter nur zusätzlich leiden können.

So dauerte es bis Mitte Mai '81 bis anläßlich des Besuches des brasilianischen Präsidenten Figueredo in Bonn sich einige liberale Zeitungen mit dem Stand des Atomvertrages beschäftigten. Frankfurter Rundschau und Süddeutsche Zeitung behandelten ausführlich dieses Thema, und auch andere Tageszeitungen berichteten von *„Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Vertrages"*. Figueiredo und Schmidt klammerten bei ihren Gesprächen dieses heikle Thema so weit es ging aus, mit unterschiedlichen Motiven allerdings.

Der Vertrag

Am 27.Juni 1975 flatterten in Bonn an allen öffentlichen Gebäuden deutsche und brasilianische Flaggen: Es war der Tag des «Atomvertrages»!
Ernesto Geisel, leicht verkalkter, aber uneingeschränkter Chef der brasilianischen Militärdiktatur hatte seinen Außenminister nach Bonn geschickt, um dort das Geschäft des Jahrhunderts abzuschließen.
Für Brasilien sollte es der Einstieg sein, um zu einer der größten Nuklearmächte der Welt zu werden, für die Deutschen sollte der endgültige Durchbruch im nuklearen Exportgeschäft besiegelt werden.

Mit entsprechendem Glanz und Gloria unterschrieben an jenem Tag Hans-Didi Genscher und sein brasilianischer Kollege Franzisco Azeredo da Silveira ein umfangreiches deutsch-brasilianisches Kooperationsabkommen zur gemeinsamen Entwicklung der Atomenergie.
Das sich über 15 Jahre erstreckende Regierungsabkommen umfaßte folgende Punkte:
–die Lieferung von bis zu acht Leichtwasserreaktoren mit einer Leistung von 1.250 MW
– die Prospektion, den Abbau und die kommerzielle Nutzung brasilianischen Urans, wobei Brasilien sich verpflichtet, nach Deckung seines eigenen Bedarfs 20% der Uran-Produktion in die Bundesrepublik zu exportieren
– die Lieferung einer Fabrik zur Uranerzaufbereitung
- einer Urananreicherungsanlage, die nach dem von der Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe entwickelten Trenndüsenverfahren (jet nozzle) arbeiten soll.
– einer Fabrik zur Herstellung von Brennelementen
– eine Reaktorfabrik
– einer Pilotanlage für die Wiederaufbereitung bestrahlter Brennelemente.

Bei der Kraftwerk Union (Tochterfirma von Siemens in Erlangen, eine der Hauptauftragnehmerin) herrschte Aufbruchstimmung: Mit einem Schlag konnten sämtliche von der amerikanischen Atomindustrie erzielten Verkaufserfolge übertroffen werden.
In Brasilien selbst wähnte sich die Geisel-Regierung auf dem Weg zur Weltmacht. Mit sichtbarer Rührung kündigte Regierungssprecher Tavora das Abkommen im brasilianischen Fersehen an: *„Der heutige Tag, verzeiht mir den Gemeinplatz, ist ohne Zweifel einer der wichtigsten unserer Geschichte. Mit welchem Stolz, mit welchem Hochgefühl darf ich heute die ehrende Pflicht erfüllen, unserer Nation die Grundlagen eines wohl einzigartigen Abkommens bekannt zu geben. Noch ist es zu früh, seine diplomatische Bedeutung voll zu übersehen, es verbleibt aber kein Zweifel, daß es*

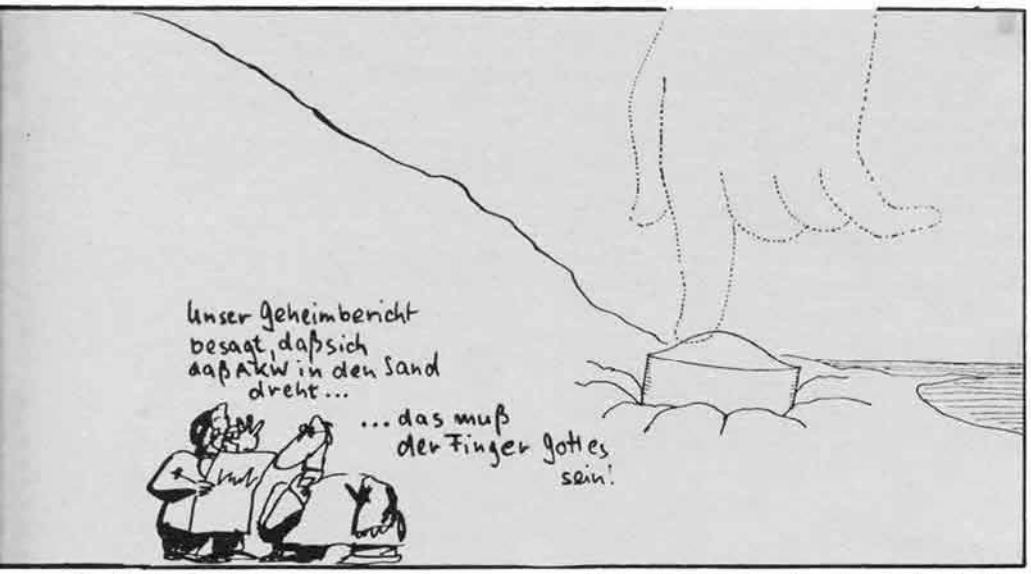
unsere gesamte Entwicklung entscheidend beeinflussen wird. Grundlage unserer Großmachtansprüche, bedeutete es einen mit großen Buchstaben geschriebenen Sieg!"
Sogar der Botschafter der Volksrepublik China konnte es sich nicht verkneifen, der Militärdiktatur *„seine volle Genugtuung"* über die Unterzeichnung des Abkommens auszudrükken.
Eine der großen Begeisterung angemessene Berücksichtigung in der Presse sorgte in Brasilien wie auch in der BRD für ein Klima, in dem kritische Fragen keinen Platz hatten.
Einzig Jimmy Carter hatte seine Probleme. Während in Rio und in Bonn gefeiert wurde, organisierte sich in den USA der Widerstand. Bereits am 13.Juni '75 bezeichnete die New York Times das Abkommen als Nuclear Madness – als atomaren Wahnsinn – und schrieb: *„Ein unverantwortlicher Schritt, er leitet nur einen lateinamerikanischen Rüstungswettlauf ein. Ein halbes dutzend Nationen wird sich jetzt Atomwaffen zulegen wollen. Die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Welt gerät in Gefahr."*

„Es ist pietätlos, einem Leichnahm noch Fußtritte zu versetzen."

bemerkten amerikanische Beobachter bissig: *„Es ist pietätlos, einem Leichnam noch Fußtritte zu versetzen."*

Was ist seit Abschluß des Vertrages geschehen?

Die Art und Weise, wie brasilianische Behörden und die Kraftwerk Union an die Umsetzung des Atomvertrages herangingen, kann man nur mit Vokabeln wie «exotisch, dilettantisch, unverantwortlich, naiv» oder schlichtweg unglaublich bezeichnen.
Der Einfachheit halber sollten die ersten beiden geplanten KWU-Atomkraftwerke in der



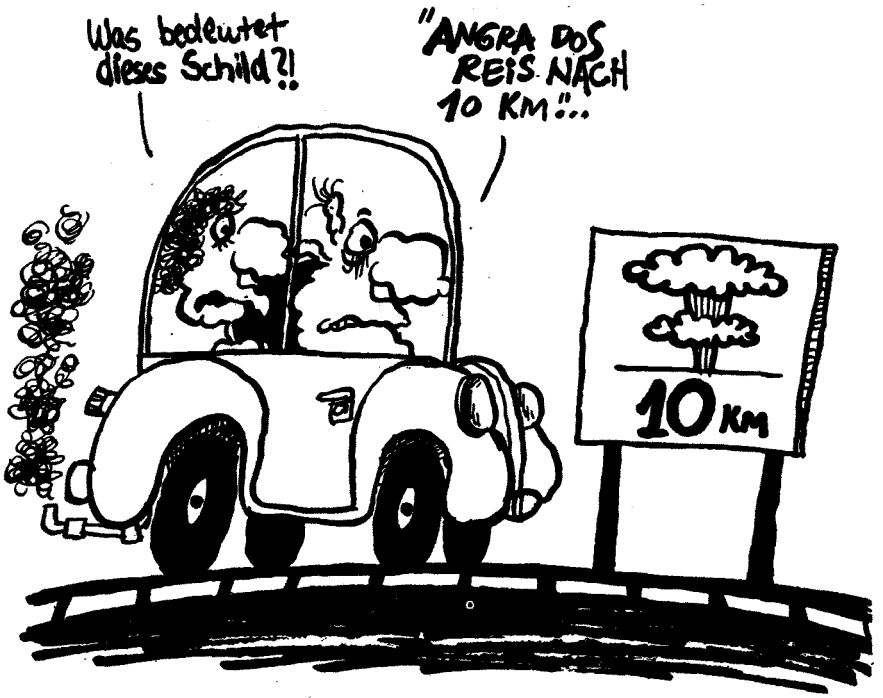
Der Vertrag belastete die deutsch-amerikanischen Beziehungen bis aufs Äußerste. Zeitweilig stellte die US-Regierung die Lieferung angereicherten Urans in die BRD ein.
Am 10.März 1978 unterschrieb Carter ein Gesetz, mit dem er die BRD massiv unter Druck setzte. Der „Nuclear Nonproliferation Act of 1978" beinhaltete einen Lieferboykott für angereichertes Uran für die Länder, die sich nicht an die „Nicht-Weitergabe von Now How zur Atombombenherstellung" halten. Für den gleichen Monat kündigte er alle Lieferkontrakte für angereichertes Uran und stellte ein Ultimatum von 30 Tagen für neue Verhandlungen. Völlig aufgelöst jettete Genscher im April '78 in die USA. Doch dort erwartete ihn eine Überraschung. Sein Amtskollege, Außenminister Vance, eröffnete ihm, daß der „Nuclear Nonproliferation Act of 1978" nicht für das umstrittene Brasilienabkommen gelte.
In den USA hatte sich ein Kurswechsel in Sachen Atomvertrag Brasilien/BRD vollzogen. Der Grund war jedoch nicht im „Verhandlungsgeschick" von Genscher zu suchen, wie jener selbstherrlich meinte, sondern in der Offensichtlichkeit der Undurchführbarkeit des Atomvertrages. Diese Undurchführbarkeit hatten die Lateinamerika-Berater des Präsidenten relativ schnell erkannt. Der Tip an Carter: *„Schweigen und das große deutsch-brasilianische Geschäft sich selbst überlassen".*
Während des Genscher-Besuchs in den USA gleichen Bucht gebaut werden, in der sich bereits der erste brasilianische Reaktor – errichtet von der Firma Westinghouse – in Bau befand. Die Bucht von Angra dos Reis. Die indianischen Ureinwohner nennen die Gegend „Itaorna" – oder übersetzt „Bucht des faulen Steins".
Was es damit auf sich hat, haben die Westinghouse-Leute schon zu spüren bekommen. Der weiße Strand von Itaorna birgt große Findlinge, Zeugen vergangener Abstürze ganzer Berghänge. Auf einem solchen Findling setzte Westinghouse das Fundament für Brasiliens Reaktor Nummer eins. Ein Fundament mit Tücken, wie sich zeigen sollte. Das Maschinenhaus begab sich bald auf Wanderschaft. Im Februar 1978 waren die Lager des Turbogenerators bereits um zehn Milimeter verrutscht. An eine Inbetriebnahme war gar nicht mehr zu denken. Die Vibrationen der außer Zentrierung geratenen Massen des 600 Tonnen schweren Rotors hätten die gesamte Anlage zerstört. Und während das Maschinenhaus wanderte, begann der Reaktor selber sich „wie ein Korkenzieher" langsam aber sicher in das Erdreich zu drehen. Deutsche und Amerikaner stritten sich über die Ursache. KWU-Ingenieure behaupteten, Westinghouse hätte wohl einen in Schlamm gebetteten Findling mit gewachsenem Fels verwechselt, während die Amerikaner meinten, die KWU hätte den Grundwasserspiegel zu weit abgepumpt.
Um dem Absinken des Reaktors Einhalt zu gebieten, begannen Westinghouses-Ingenieure mit dem Bau einer 250 Meter langen und 17 Meter tiefen Trennmauer, die ihren Reaktor vor negativen Einflüssen durch die KWU abschotten sollte. Um einem ähnlichen Schicksal wie dem Westinghouse-Reaktor zu entgehen, begann die KWU mit viel Lärm und noch mehr Geld mit der wohl teuersten Pfahlgründung der Welt. Der Kern des ersten KWU-Reaktors sollte fest auf 1600 Betonpfählen von zwei Meter Durchmesser und 45 Meter Länge stehen. Ein nahezu einmaliges Unterfangen. Bis Anfang 1979 wurden sage und schreibe 700 Mio DM nur für diese Pfähle ausgegeben. Immer wieder stieß man auf Findlinge, brachen die ca. 500.000 DM teuren Bohrköpfe ab. Das ganze Projekt mutet an wie ein Schildbürgerstreich.
Wie erklärte doch so schön der Präsident der brasilianischen Nuclebras, Paulo Bastista: *„Der Auswahl der Standorte der Kernkraftwerke wird besondere Sorgfalt gewidmet. Seismologische und geologische Aspekte wurden gesondert bei der Wahl des Platzes Itaorna berücksichtigt."* Die besondere Sorgfalt lag darin, daß man die geologischen Voraussetzungen gar nicht prüfte – nicht mal ein Baugrund-Bohrprogramm hielten die Standortsucher für nötig. Und in Bezug auf die seismologische Eignung, also der Erdbebengefahr, reichte der brasilianischen Atomkommission die allgemeine Erkenntnis, daß Brasilien ein anerkannt erdbebensicherer Subkontinent sei.

„Diese Erdbeben sind zweifelsohne gefährlich, da sie hohe Frequenzen bei niedriger bis mittlerer Stärke erreichen."

Ausnahmen bestätigen jedoch zuweilen die Regel – und Itaorna ist eine solche Ausnahme. Amerikanische Geologen stellten fest:
„In den letzten hundert Jahren wurde Angra do Reis von vier Erdbeben geschüttelt, deren Zentrum nur 25 Kilometer von Itaorna entfernt liegt. In der Serra da Bocaina, die Itaorna überragt, gibt es zwei aktive Grabenbrüche. Der brasilianische Kaiser Pedro II. berichtete, daß am 31.-Juli 1861 ein Erdbeben der Stärke 5 - 6 der Skala Mercalli die Gegend betroffen habe. Das Erdbeben vom 22.März 1967, das exakt gemessen werden konnte, erreichte die gleiche Stärke. Diese Erdbeben sind zweifellos gefährlich, da sie hohe Frequenzen bei niedriger bis mittlerer Stärke erreichen."
Experten sind sich einig, daß man in ganz Brasilien keinen ungeeigneteren Standort hätte finden können, wie die Bucht von Angra do Reis.
Doch der Standort ist nicht das einzige Problem, mit dem sich Westinghouse und KWU im fernen Brasilien auseinandersetzen müssen. Am 31.10.77 brach im Maschinen- und Ersatzteillager des Westinghouse-Reaktors ein Feuer aus. Der Schlüssel des Lagers befand sich in der Tasche des Aufsehers. Doch der machte gerade Siesta am Strand. Die Feuerwehr war zwar schnell da, hatte jedoch kein Wasser. Es gab zwar Hydranten, aber die Anschlußstutzen passten nicht. Der Schaden betrug über 10 Mio DM. Bei der Untersuchung des Vorfalls stellte sich heraus, daß dieser Brand bereits der 71. der letzten fünf Monate war. Sabotageverdacht kam auf, nicht zu Unrecht. Bob Sylvester, Ingenieur bei Westinghouse, berichtete, Transformatoren habe er noch abends persönlich mit Öl aufgefüllt,

Der Atomvertrag...

am nächsten Morgen aber nur noch Wasser vorgefunden und durchgebrannte Transformatoren.
Beim Bau des Reaktorgebäudes von Westinghouse löste sich ein schweres Gegengewicht des Baukrans und stürzte einmal auf das Oberteil des Druckgefäßes, ein anderes Mal auf die Betten der Brennstoffelemente.
Sabotage wäre, weiß Gott, nicht verwunderlich. Die Bedingungen der Arbeiter in Itaorna sind unglaublich schlecht, sie sind schlicht unmenschlich. Während Millionen in den Sand gesetzt werden, wird bei den Arbeitern an jedem Pfennig gespart. Im Februar 1978 legte



eine regierungsamtliche Untersuchungskommission über die Unfälle auf den Baustellen von Angra dos Reis ihren Bericht vor.Neben der unzureichenden ärztlichen Versorgung und dem Fehlen jeglicher Infrastruktur werden vor allem die sanitären Verhältnisse beanstandet: Auf der Baustelle gibt es für 4000 Arbeiter insgesamt acht Klosetts, zwei Pissoires und einen Waschraum. Die Folge: Die Bauarbeiter müssen ihre Notdurft am Arbeitsplatz verrichten. Angra muß wohl vor der Inbetriebnahme gewaschen werden. Die Arbeiter haben auf alle Ausrüstungen, insbesondere aber in die Schalt- und Kontrollschränke, gepinkelt.
Auch die Verpflegung ist unzureichend. Die Kantine, die für 2000 Essen ausgelegt ist, mußte zeitweise 15.000 Arbeiter versorgen. Dazu kommen überlange Arbeitsschichten. *„Sämtliche Vorschriften der Arbeitsgesetzgebung werden mißachtet"*, heißt es in dem Bericht. Kein Wunder, daß die Fluktuation groß ist. Kaum ein Arbeiter bleibt über einen längeren Zeitraum. Bereits mehrmals hat es Seuchen auf den Baustellen gegeben, vor allem Meningitis, Tuberkulose und auch Malariafälle häuften sich. Auch im Techniker-Ghetto, dessen Privilegien durch einen drei Meter hohen Stacheldrahtzaun und einen tiefen Graben geschützt werden, verlängert kaum einer seinen Arbeitsvertrag.
Diese katastrophalen Zustände auf den brasilianischen Atomkraftwerksbaustellen kamen Stück für Stück an die Öffentlichkeit. Immer mehr brasilianische Wissenschaftler, Ingenieure und auch Regierungsbeamte begannen an „dem Sinn" des Ganzen zu zweifeln. In Brasilien vollzog sich ein Stimmungsumschwung, und der hatte Folgen.
Im März '79 wurde die Regierung Geisel abgelöst. Im gleichen Monat geschah der Unfall in Harrisburg. Die neue Regierung unter Figueiredo – ohnehin kein großer Freund des Atomvertrages – meldete plötzlich Zweifel an der Sicherheit der Atomkraftwerke an. Ob die Betonpfeiler denn auch erdbebensicher seien, wollte sie wissen und gab sechs Gutachten in Auftrag. Die Gutachter konnten sich nicht einigen, ob nun 1600 Pfähle reichen, oder 1610, 1616 oder gar 1640 Pfeiler nötig seien. Außerdem stellten sie fest, daß die Stabilität einiger Pfeiler anzuzweifeln sei, weil in einigen Fällen nach Arbeitsunfällen die Leichen von verunglückten Bauarbeitern in der Betonmasse verbleiben mußten, d.h. mit einbetoniert wurden.
„Die Sicherheit hat für uns erste Priorität", ließ der brasilianische Autraggeber nunmehr verlauten. Solange diese Fragen nicht geklärt seien, könne auch nicht weitergebaut werden. Siemens war sprachlos. Im Mai '79 wurden sämtliche Bauarbeiten am ersten Siemens-Reaktor eingestellt, 5000 Arbeiter entlassen. Der Bau des zweiten Reaktors wurde gleich völlig gestrichen. Es war das Aus für die KWU in der Bucht von Angra dos Reis.

„Ich kann mir heute in Brasilien niemanden vorstellen, der den Mut hat, den Reaktor einzuschalten."

Auf die bohrenden Fragen der Deutschen, wann es denn weiter gehe, gaben die Brasilianer keine Antwort. Im Oktober orakelte Minister Cesar Cals: *„Vielleicht verzögert es sich um fünf Jahre, vielleicht aber auch länger."* Die Vertreter von KWU und Siemens sind seitdem sehr wortkarg. Sie lehnen jede Stellungnahme zum Stand der Bauarbeiten in Brasilien kategorisch ab. Ob der schon fast fertige Westinghouse-Reaktor ans Netz gehen wird, ist ebenfalls unklar. Der bekannte Atomforscher Prof. Jose Zatz von der Universität Sao Paulo in einem Interview dazu: *„Wenn schon bei dem Bau eines Atomkraftwerks soviel Unvollkommenheit und Nachlässigkeit zu beobachten sind, was ist dann erst zu erwarten, wenn der Reaktor installiert ist und die Arbeit aufnimmt. Ich kann mir heute in Brasilien niemanden vorstellen, der den Mut hat, den Reaktor einzuschalten!"*
Es gibt also berechtigte Hoffnung, daß sich in dem Sand des faulen Steins Itaorna die Hoffnungen der deutschen Atomindustrie auf das Jahrhundertgeschäft mit Brasilien, wie ein Korkenzieher in das Erdreich drehen.

NUCLEP: Die Reaktorfabrik

„Wir werden unsere Reaktoren selber bauen, schon Ende 78 wird unsere Reaktorfabrik in Taguai ihre Produktion aufnehmen. Ab 1980 werden Atommeiler in Brasilien gefertigt. Zwischen 75 und 80 werden acht Reaktoren bestellt, anschließend bauen wir weitere 25, die noch vor 1995 in Betrieb gehen." So Brasiliens Chef-Nukleokrat Paulo Batista im Oktober '75. Und später tönte er noch:*„Kernkraftwerke werden wir in Serie bauen, das geschieht nicht einmal in Europa oder den USA."*

Eine «Reaktorfabrik» mitten in Mangrovensümpfen...

Die Bezeichnung „Reaktorfabrik" war von Anfang an wohl ein wenig hochtrabend. Es handelt sich vielmehr um eine große Betonhalle, groß genug, um eben Reaktordruckgefäße samt einiger Installationen „am Fließband" zusammenzusetzen. Nicht mehr als 100 Mio DM sollten Halle und Maschinen ursprünglich kosten. Aber die allen Teilen des deutsch-brasilianischen Atomvertrages anhaftenden explosionsartigen Kostensteigerungen ließ auch die Baukosten der NUKLEP wachsen und wachsen. Am Ende waren es runde 750 Mio DM.
Auch bei der Standortsuche hatten offensichtlich wieder „brasilianische Verhältnisse" geherrscht. Ursprünglich sollte die Reaktorfabrik im fernen Südstaat Grande do Sul gebaut werden. Dieser Standort passte jedoch den Generälen nicht, weil *„die Argentinier das Werk erobern könnten"*. Auch ein Standort in „Espirito Santo" kam nicht in Frage. Wohl hätten die Hallen dort direkt auf einem Felsen und an tiefen Wassern gebaut werden können. Espirito Santo gilt jedoch als „Pommernstaat" und es bestand die Gefahr, daß das ergeizige brasilianische Projekt von den Nachfahren der deutschen Einwanderer überfremdet werden könnte.
Warum dann letztlich die NUKLEP in wenigen Jahren in Itaguai aus dem Boden gestampft wurde, weiß eigentlich niemand so recht. Das Gelände war zwar billig erworben worden, hatte aber den entscheidenden Nachteil, über keine ausreichenden Verkehrswege zu verfügen. 12 Kilometer war man von schiffbarem Wasser entfernt. Umgeben war die Reaktorfabrik von Mangrovensümpfen. Es galt nun das Problem des Transportes der 800 Tonnen

schweren Reaktordruckgefäße zu lösen. Man ging mit der dem Atomvertrag eigenen Gründlichkeit an diese Aufgabe.
Eine große Brücke über den Mangrovensumpf wurde gebaut. Sie trug jedoch ihr eigenes Gewicht nicht und versank binnen kurzer Zeit.
Die Ingenieure der KWU sahen als letzten Ausweg den Bau eines Kanals samt Hafen. Mindestens 120 Mio würde dieser Spaß noch einmal kosten, schätzte Ende '79 die Zeitung O Estado de Sao Paulo.
Doch scheint das Transportproblem nicht das dringlichste zu sein.
Denn die NUKLEP wurde zwar Ende '79 eingeweiht, sie hatte jedoch nichts zu tun. Sie besaß keinen einzigen Auftrag. Argentinien, Venezuela, Mexiko und der Irak hatten zwar anfangs Interesse gezeigt, vertragsreif wurden jedoch lediglich die Verhandlungen mit dem Irak. Der Vertrag blieb jedoch ein Fetzen Papier.
Auf dem Weltmarkt für AKWs ist heutzutage kaum etwas zu holen, diese bittere Erkenntnis mußten schon ganz andere Reaktorbauer machen. Die Atomprogramme stecken weltweit in einer ökonomischen und auch technischen Krise. Selbst hochspezialisierte Firmen mit jahrzehntelanger Erfahrung wie General Elektrik, Westinghouse, KWU, Framatom oder Mitsubishi sind ja kaum in der Lage, Reaktoren zu bauen, die über längere Zeiträume ohne schwerere Störfälle funktionieren. Wie sollte da gerade NUKLEP mithalten können? Was tun? Das mußten auch die KWU, die Gutehoffnungshütte und Vöst-Alpine überlegen, die mit zusammen 25% an NUKLEP beteiligt sind. Ihnen war jedoch das Schicksal der NUKLEP relativ egal, denn sie hatten ihr Geld bereits durch Überpreise der an die NUKLEP verkauften Werkzeugmaschinen wieder reingeholt. Einzig die Gutehoffnungshütte hatte Probleme, denn sie hatte die Hoffnung gehegt, den Brasilianern die auf ihrem Werksgelände nutzlos herumstehenden Reaktordruckgefäße aus nicht abgewickelten Iran- und Inlandsgeschäften zu verhökern.

Uranlagerstätte Brasilien

Brasilien spekulierte darauf, die immensen Kosten des Atomvertrages mit dem Uran zu bezahlen, das die Deutschen in Brasilien finden würden. Als der Atomvertrag abgeschlossen wurde, waren jedoch nur Lagerstätten in der Größe von 3.000 Tonnen nachgewiesen, noch nicht einmal genug, um die ersten eigenen Reaktoren mit Brennstoff zu versorgen. Aber beide Seiten vertrauten darauf, daß man auf diesem riesigen Subkontinent die erhofften Uranlager schon noch finden werde. Brasilianische Offiziere meinten 1975:
„Die Deutschen sind Ehrenmänner. Seit Humboldts Zeiten kennen sie unser Land besser als wir. Sie wissen, daß wir pleite sind. Sie hätten das Abkommen nicht unterzeichnet, wenn sie nicht wüßten, wo unser Uran zu finden ist."
Die Deutschen wußten zwar nicht, wo das Uran liegt, aber sie vermuteten, daß es existiert, und diese Vermutung reichte ihnen, um mit den aufwendigen Prospektionsarbeiten zu beginnen. Und man kam voran. Die nachgewiesenen Reserven stiegen 1976 auf 26.000 Tonnen bis auf 200.000 Tonnen im Jahre 1979. Die Vermutungen von deutscher Seite hatten sich also bestätigt. Brasilien verfügt

über stattliche Uranvorkommen.
Wie weit allerdings diese Vorkommen ausgebeutet werden können, das muß sich erst noch herausstellen. Zum großen Teil sind es nämlich Erze mit einem sehr geringen Urangehalt. Ihr Abbau hängt wesentlich von der Entwicklung des internationalen Uranpreises ab. Bis 1972 war Uran sehr billig, es herrschte Überangebot auf dem Weltmarkt. Das Kilo war für 10 $ zu haben. In den Jahren darauf bildete sich jedoch ein internationales Urankartell, der «Uranium Marketing Research Organization». Das Kartell griff und die Uranpreise kletterten bis 1976 auf 100 $ pro Kilogramm. Unter diesen Preisen wurde auch der Abbau weniger reichhaltiger Lagerstätten interessant, so auch in Deutschland. Welche Preisstrategie das Urankartell in den nächsten Jahren verfolgen wird, ist nur schwer einzuschätzen.
Die in Brasilien gefundenen Uranlager habe nach einer Schätzung von 1978 einen Wert von ca. 20 Mrd. DM. Die Ausbeutungskosten lassen sich jedoch nur schwer abschätzen. Ein Großteil der Lager befindet sich im Amazonasgebiet und anderen schwer zugänglichen Gebieten, wie etwa das Roraimagebiet, wo nicht nur nach Uran gesucht wurde, sondern das immer noch nach der verschwundenen sagenhaften Stadt Eldorado durchforscht wird.
Ob bzw. wie weit der Teil des deutsch-brasilianischen Atomvertrages realisiert wird, der sich auf die Suche und Ausbeutung des Rohstoffes Uran bezieht, wird die Zukunft zeigen. Mit dem Platzen der anderen Teile des Atomvertrages hat sich der finanzielle Druck für die Brasilianer, ihre Uranvorräte so schnell wie möglich zu Geld zu machen, abgeschwächt.

Urananreicherung

Im Atomvertrag ist auch der Bau einer großen Urananreicherungsanlage vorgesehen. Sie soll nach dem Trenndüsenverfahren konstruiert werden. Dieses Verfahren ist jedoch sehr teuer und energieintensiv und technisch noch nicht vollständig entwickelt. Professor Becker, Erfinder des Trenndüsenverfahrens, war einer der ganz wenigen Deutschen, die sich der brasilianischen Öffentlichkeit stellten. Er verteidigte am 23.10.79 seine Pläne vor dem brasilianischen Senat mit folgenden Worten:
„Sicher, es wird mehr Strom als das Gasdiffusionsverfahren der Amerikaner und Franzosen, und zehnmal mehr als das Ultrazentrifugenverfahren der URENCO in Almelo kosten. Diese Probleme lassen sich aber dank des großen Wasserkraftpotentials Brasiliens wirtschaftlich lösen. Der Bau einer Trenndüsenanlage neben einem großen Wasserkraftwerk würde es erlauben, relativ niedrige Anreicherungskosten zu erreichen."
Endgültige Werte konnte aber auch Becker nicht angeben, da sein Verfahren frühestens 1982 in die Praxis umgesetzt werden kann. Bis dahin müßten weitere 800 Mio DM in das Verfahren investiert werden.
1,5 Mrd. $ sollen allein die 23 Trenndüsen der brasilianischen Pilotanlage kosten. Für die kommerzielle Nutzung werden aber 575 Trenndüsen benötigt. Eine industrielle Anreicherungsanlage wird die Brasilianer ca. 15 Mrd. $ kosten. Der Stromverbrauch wird 2000 KW/h pro Anreicherungseinheit betragen, für die sich auf dem Weltmarkt ganze 30 $ erzielen läßt.

„Ein schöner Traum einer heißen Sommernacht."

An großen Plänen fehlt es jedoch nicht. Die Anlage soll, wenn überhaupt 200 Km von Rio entfernt in dem kleinen Städtchen Rezende entstehen. Der große Strombedarf kann dort allerdinds nicht gedeckt werden. Er soll über ein Fernleitungsnetz aus dem 2000 km entfernten Tucurui am Amazonas geholt werden. In der brasilianischen Öffentlichkeit wir der Realisierung solcher Pläne kaum Chancen eingeräumt. Der Anrecierungsfachmann Dirceu Coutinho meinte zu den deutsch/brasilianischen Anreicherungsplänen: *„Ein schöner Traum einer heißen Sommernacht."*

Brasiliens neue Energiepolitik

Die gigantischen Atompläne der Geisel-Regierung, deren Ausfluß der deutsch/brasilianische Atomvertrag war, gehören längst der Vergangenheit an. Die Diskussionen in Brasilien drehen sich nur noch darum, wie man sich am besten aus dem Jahrhundertvertrag herauswindet, ohne die Deutschen allzusehr vor den Kopf zu stoßen. Denn Brasiliens Regierung und Wirtschaft sind weiterhin an einem möglichst guten Verhältnis zur BRD interessiert.
Zunächst ist die Taktik eingeschlagen worden, den Atomvertrag „zu strecken", d.h. die Realisierung in weite Ferne zu verschieben und „ Gras drüber wachsen zu lassen".
Brasiliens neue Energiepolitik setzt auf einheimische Energiequellen. Die Säule in Brasiliens Energieversorgung ist die Wasserkraft.
Im folgenden soll kurz angerissen werden, daß mit dem Platzen des Atomvertrages die Probleme nicht vom Tisch sind. Es bleibt die undemokratische und kapitalhörige Regierung – wenn auch unter Figueiredo mit bestimmten Liberalisierungstendenzen – es bleibt das

Der Atomvertrag...

Elend der Bevölkerung, die maßlose Ausbeutung von Mensch und Natur, es bleibt dabei, daß ausländische Konzerne mit ihren Profitinteressen die brasilianische Wirtschaft und Politik ganz wesentlich bestimmen und es bleibt nach wie vor bei der Notwendigkeit einer tiefgreifenden gesellschaftlichen und sozialen Veränderung.

Baustelle des brasilianischen Wasserkraftwerks Itaipu am Rio Paraná

Brasilien setzt auf Wasserkraft

Die Wasserkraftreserven Brasiliens sind fast unendlich. Die nutzbaren Kapazitäten in Klein- und Großkraftwerken werden von brasilianischen Wissenschaftlern auf über 300.000 Megawatt geschätzt – das sind sechsmal so viel wie der derzeitige Stromverbrauch in der BRD und 15mal so viel, wie der derzeitige brasilianische Stromverbrauch.
Brasilien kann sich damit in der Stromerzeugung fast ausschließlich auf die Wasserkraft stützen. Sie ist eine der sichersten und billigsten Energiequellen überhaupt. In Brasilien betragen die Investitionskosten für 1KW Strom aus Wasserkraft zwischen 300 und 500 $, für Atomstrom dagegen zwischen 2500 und 3000 $.
Nach dem jüngsten Energieprogramm der Regierung soll 85 % des Stroms aus Wasser erzeugt werden. Aber auch hier gibt es die Tendenz zum Gigantischen. Während in den letzten Jahrzehnten – ähnlich wie in der Bundesrepublik– tausende von kleinen, dezentralen Wasserkraftwerken stillgelegt wurden, weil sie die Monopolinteressen der großen Stromerzeuger gefährdeten, wird nun an Riesenprojekten gearbeitet.

Das größte, das Wasserkraftwerk Itaipu, ist ein Gemeinschaftsprojekt mit Paraguay. Von 1982 an soll dort ein sieben Kilometer langer Damm, der 190 m hoch ist, das Wasser des Grenzflusses Paraná auf 150 km stauen. Eine Fläche dreimal so groß wie der Bodensee wird überflutet, bestes Ackerland, auf dem jetzt noch Sojabohnen, Mais und Weizen geerntet werden, wird dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Bauern protestieren, haben aber keine Chance. Sie bekommen schlechte Entschädigungen und müssen fortziehen. Das große Geld machen derweil andere.

Die Baukosten dieses Mammutprojekts, das am Ende 12600 MW leisten soll (soviel wie zehn große AKWs) werden auf 10 Mrd. DM veranschlagt. Den Kraftwerksteil mit einem Volumen von 2,5 Mrd. DM hat sich übrigens eine alte Bekannte unter den Nagel gerissen: die Siemens AG mit ihrer KWU.
Weitere große Wasserkraftwerke, so die 1200 MW- Anlage am Rio Paranaiba, die 1500 MW-Anlage Itaparica am Rio Sao Franzisco, die Erweiterung des Wasserkraftkomplexes Paulo Alfonso im Nordwesten des Landes um 3000 MW werden in den nächsten Jahren den Betrieb aufnehmen.
Insgesammt 50 Mrd. DM sollen in den nächsten 15 Jahren in die Nutzung der Wasserkraft investiert werden.
Wie man sieht, auch ohne Atomenergie ist noch genug Geld im Spiel, gibt es noch genug zu holen für ausländische Spekulanten und profitgierige Konzerne.

Facit

Der deutsch-brasilianische Atomvertrag ist geplatzt. Er hat sich in der Praxis als nicht durchführbatr erwiesen, aus politischen, energiepolitischen, finanziellen und infrastrukturellen Gründen. Der Vertrag – mit einer Laufzeit von 15 Jahren, von denen nunmehr schon sechs verstrichen sind – mit einem Auftragsvolumen von ca. 50 Mrd. DM, steht jedoch weiterhin im Raum. Weder Brasilien noch die Bundesregierung können es sich politisch leisten, diesen Vertrag öffentlich zu den Akten zu legen. So wird es wohl noch jahrelange gegenseitige Beteuerungen geben, ohne daß sich an dem Schicksal diese Geschäftes etwas ändern wird.

Ob einzelne Teile des Vertrages in den nächsten Jahren noch realisiert werden – so z.B. die gemeinsame Uransuche und -ausbeutung – läßt sich nur schwerlich vorhersagen. Es wird insbesondere von der innenpolitischen Entwicklung in Brasilien abhängen.
Wie konnte es zu diesem Debakel kommen? Diese Frage muß man sich angesichts des Fiaskos des Atomvertrages stellen.
Was hatte der Vertrag für eine Funktion?Haben Schmidt,Genscher und die dtsch.Atomindustrie wirklich geglaubt, daß dieser Vertrag durchführbar sei? Sie kannten doch die brasilianischen Bedingungen. Auch die brasilianische Seite hätte doch in der Lage sein müssen, ihre Ziele und Kräfte realistischer einzuschätzen. Fragen über Fragen. Wollte man diese umfassend und befriedigend beantworten, so müßte man weit ausholen und einen eigenen Artikel dazu schreiben.
An dieser Stelle wollen wir deshalb nur einige Punkte kurz anreißen, die wohl eine Rolle spielten:
– Als der Vertrag 1975 abgeschlossen wurde, war die Nutzung der Atomenergie nicht so umstritten wie heute. Sie galt weltweit als die Perspektive in der Energieversorgung und als Chance, sich aus der Ölabhängigkeit zu befreien. Das Energieprogramm von 1975 der BRD sah für 1985 eine Atomenergiekapazität von 50.000 MW vor. Heute haben wir gerade 13.000 MW. Die damalige nahezu enthusiastische Einstellung zur Nutzung der Atomenergie drückt sich eben auch ganz deutlich im deutsch-brasilianischen Atomvertrag aus.
– Für die Diktatur des General Geisel spielte die Möglichkeit, den Vertrag zu militärischen Zielen zu nutzen, sicher eine Rolle. Obwohl man auch feststellen muß, daß man eine Atombombe sehr viel einfacher und billiger haben könnte, siehe die Beispiele Indien und Pakistan.
– Weiterhin hat eine Rolle gespielt, daß es sich für die Brasilianer um ein Prestigeobjekt – jedenfalls damals – gehandelt hat, mit dessen Hilfe auch innenpolitische Schwierigkeiten verdrängt werden können.
– Das traditionelle Konkurrenzverhältnis von Brasilien und Argentinien um die Vormachtstellung in Lateinamerika könnte auch einen Teil beigetragen haben.
– 1975 befand sich die Weltwirtschaft in ei-

nem anderen Zustand als heute. Insbesondere in vielen schon stark industrialisierten Entwicklungsländern, wie gerade Brasilien, gab es in den vergangenen Jahren zweistellige Wachstumsraten der Volkswirtschaft. Die Erwartungen an das wirtschaftliche Wachstum für die Zukunft waren sehr hoch. Finanzierungsprobleme wurden so von einem allgemeinen Optimismus überlagert.

– Mit der Lieferung eines kompletten Brennstoffkreislaufes war eine politische Machtprobe mit den USA verbunden. Diese Machtprobe einzugehen und zu bestehen war sowohl für die brasilianische als auch für die deutsche Seite von größter Bedeutung. Für die Brasilianer war es ein Beweis, sich aus der Vormundschaftsrolle der USA auf dem amerikanischen Kontinent wenigstens in einzelnen Fragen lösen zu können. Für die deutsche Atomindustrie war es die Chance für den Durchbruch im weltweiten Nukleargeschäft insbesondere mit der „3.Welt". Bisher hatte die KWU in der Konkurrenz mit den größten US - Reaktorherstellern Westinghouse und General Electric meist den Kürzeren gezogen. Die Amerikaner waren jedoch aus innenpolitischen Gründen nicht in der Lage, komplette Kreisläufe zu liefern. Wenn es gelänge, daß die deutsche Atomindustrie diese auf dem Weltmarkt anbieten und gegenüber den USA auch politisch absichern könnte, dann hätte sie die USA-Konkurrenz in einem wesentlichen Punkt ausmanövriert.

– Als eine „neue Qualität" des Verhältnisses Industrienation – 3.Welt wurde der Teil des Atomvertrages in der Öffentlichkeit verkauft, der sich auf den sogenannten „Technologietransfer" bezog. Die deutschen Vertragspartner erweckten in der internationalen Öffentlichkeit den Eindruck, daß die BRD mit dem Atomvertrag nicht nur einen kompletten Brennstoffkreislauf liefere, sondern auch die dazugehörige Technologie. Mithilfe des Atomvertrages sei Brasilien in den 80er Jahren bereits in der Lage selbst Atomtechnologie zu exportieren, den gesamten Kreislauf eigenständig zu organisieren und technisch zu beherrschen. Für Entwicklungsländer klingt das natürlich interessant. Doch das Argument „Technologietransfer" war von Anfang an nur für die Öffentlichkeit gedacht, es war und ist reine Schaumschlägerei. Gerade die Reaktorbauer selbst wissen nur zu genau, daß man Technologie und Know How nicht kaufen kann. Man kann es nur lernen – von Anfang an sozusagen. Doch den Brasilianern dabei zu helfen war nicht das Interesse der deutschen Atomindustrie. Man hätte sich ja nur unliebsame Konkurrenz auf dem ohnehin schwierigen Weltmarkt für Atomanlagen herangezüchtet. So bestand denn bisher der große Technologietransfer darin, daß eine Handvoll junger brasilianischer Ingenieure einen drei-Wochen-Schnellkurs in Sachen Atomenergie bei der KWU in Erlangen absolvierte. Brasiliens Potential an Fachkräften und Atomwissenschaftlern ist auch viel zu gering, um auf die Schnelle eine eigene Atomindustrie aufzubauen.

Alles zusammengenommen spiegelt der deutsch-brasilianische Atomvertrag ein Stück Geschichte der friedlichen Nutzung der Atomenergie und des Verhältnisses Industrie – Entwicklungsländer wieder. In diesen sechs Jahren, die der Vertrag jetzt alt ist, ist in Sachen Atomenergie viel geschehen. Nicht nur in Brasilien sind Zweifel an dem Nutzen der friedlichen Nutzung der Atomenergie aufgekommen. Weltweit zeigen sich die Schwierigkeiten im Bau und Betrieb von Atomanlagen immer deutlicher. Beim Export von Atomanlagen in Entwicklungsländer sind sie besonders krass aufgetreten. Nach dem Iran-Debakel nun das Fiasko des Atomvertrages BRD - Brasilien. Der Exportmarkt für Atomkraftwerke ist praktisch zusammengebrochen. Der ökonomische Druck in Richtung eines Ausbaus der Atomprogramme in den Industrienationen selbst wird dadurch stärker. Wie nie zuvor ist das Schicksal gerade der deutschen Atomindustrie an den Binnenmarkt gekettet. Das werden wir in den nächsten Jahren deutlich zu spüren bekommen.

Als Hauptquellen wurden benutzt:
Mirow, Kurt Rudolf: Das Atomprogramm mit Brasilien, Campus 1980 (Dieses Buch ist sehr zu empfehlen; es gibt mittlerweile auch eine Volksausgabe.)
Lateinamerika Nachrichten Sondernummer: Das deutsch-brasilianische Bombengeschäft, Berlin 1980, 7DM (kann bei uns bestellt werden)
Frankfurter Rundschau, 16.5.81
Süddeutsche Zeitung, 18.5.81, 19.5.81
Spiegel, Nr. 20/1980

Aktionstag für den 26.9. beschlossen

Am 30.5. fand in Marburg ein zweites Vorbereitungstreffen zu dem Vorschlag für einen bundesweiten Aktionstag statt, der die Erfolge und Mängel der Brockdorf–Demo vom 28.2. berücksichtigen soll. Es waren etwa 50 Leute aus 30 BI's vertreten: Aus den Bundesländern Bayern, Badenwürtemberg und Schleswig–Holstein war niemand erschienen. Gegenüber den vorherigen Treffen war eine erheblich stärkeree Resonanz vorhanden.

In den Berichten aus den Regionen spiegelte sich wieder, daß nach der Brockdorf–Aktion vom Februar an vielen Brennpunkten BI's aktiv geworden sind, weil die Atomindustrie nicht nur in Brockdorf versucht, ihr Programm jetzt massiv voranzutreiben.

Vor allem in den BI's aus Nordhessen, Nordrhein–Westfalen und Ostniedersachsen war die Diskussion um den Vorschlag für einen bundesweiten Aktionstag z.T. derart weit vorangeschritten, daß nur noch auf einen Termin gewartet wird bzw. der Wunsch geäußert wurde, doch schon im Juni die bundesweiten Aktionen durzuführen. Jedoch war die Meinung vorherrschend, das die Debatte um das politische Konzept der neuen Aktionsform, die die Vorteile eines dezentralen Vorgehens mit der politischen Mobilisierungsfähigkeit zentraler Aktionen verbinden soll, noch weiter geführt und verbreitet werden muß. Deshalb solle der Aktionstag erst im Herbst stattfinden.

In vielen Regionen herrscht noch Skepsis und Abwarten vor. Dort besteht aber die Hoffnung, daß ein Termin für den Aktionstag mit ausreichender Vorbereitungszeit und das Beispiel anderer BI's zur aktiven Unterstützung führen. An regionalen oder lokalen Schwerpunkten für Aktionen dürfte es nicht mangeln. Auch die Städte sind in das Konzept mit einbezogen, wo die Atomindustrie zwar keine Anlagen hinbaut, wo sie aber wohl ihre Entscheidungszentren sitzen hat. Ob es in den verschiedenen Regionen und Bundesländern zu Aktionen landesweiter Art oder ob eszu einem lokalen Vorgehen kommt, wird jede Region für sich entscheiden. Auch im Hinblick auf die Aktionsform soll jede BI **die** Form finden, die hinsichtlich der politischen, praktischen und öffentlichen Wirksamkeit sowie entsprechend ihrem politischen Standort als zweckmäßig erscheint. Entscheidend ist, daß es die Anti–AKW–Bewegung bei allen Aktionen gemeinsam auszudrücken versteht, mit welcher Kraft sie gegen das Atomprogramm vorzugehen in der Lage ist.

Inwiefern es noch bis zum Herbst gelingen wird, auch andere Bewegungen (z.B. Anti–Kriegs– oder Häuserkampfbewegung) für den Aktionstag zu bewegen, zu ihren Themen ebenfalls gleichzeitig aktiv zu werden, ist noch offen. Die verbleibende Zeit sollte für Diskussionen in diese Richtung genutzt werden.

Beschlossen wurde auf dem Marburger Treffen: Das gemeinsame Motto soll lauten: **„Bundesweiter Aktionstag: Kampf dem Atomstaat"**

Termin soll der 26. September. Ein weiteres bundesweites Treffen soll am 29. August in Kassel stattfinden, auf dem der gemeinsame Aufruf verabschiedet werden soll. Schon möglichst bald sollten regional Plakate unter dem gemeinsamen Motto mit einem oder mehreren Aktionsschwerpunkten verbreitet werden. **(aus: Arbeiterkampf)**

Am 27. Juni, wenn der Atom Express gerade aus der Druckerei kommt (und Reimar Geburtstag hat), findet in Salzgitter eine Demonstration gegen die geplante Einlagerung von Atommüll in den Schacht Konrad sowie das Salzbergwerk Asse II statt. Da wir weder für die Demo mobilisieren,noch davon berichten können,beschränken wir uns auf einige Hintergrundinformationen, die wir dem Aufruf entnehmen.

Geht es nach den aktuellen Plänen der Bundesregierung und der Atomindustrie, soll der Raum Salzgitter-Wolfenbüttel in ein riesiges Atomklo verwandelt werden.

Ab 1985/86 soll in das ehemalige Erzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter radioaktiver Müll eingelagert werden,denn der Schacht wird z.Z. zum größten Atommüllager Westeuropas ausgebaut.Gleichzeitig plant man unweit von Salzgitter in das Salzbergwerk Asse II wieder einzulagern.

Nachdem die Genehmigung für die 'Versuchseinlagerung' schwach- und mittelaktiver Abfälle abgelaufen ist (wo schon hunderte von Atommüllfässern unrückholbar gelagert sind!!), stapeln sich Unmengen radioaktiven Mülls in den sog. Landessammelstellen und das Lagerproblem wird immer drängender.

Endgültige Lagerstätten gibt es dank des Widerstandes der Bevölkerung z.Zt. noch nicht. Die Genehmigung von Atommülagern ist jedoch Bedingung für den Weiterbau und Neubau von Atomanlagen.

Somit werden durch die Einlagerung in Schacht Konrad und Asse II wichtige Bedingungen zur weiteren Durchsetzung des Atomprogramms geschaffen.

Ende 1981 sollen Planfeststellungsverfahren (PLFV) eingeleitet werden, die die rechtliche Voraussetzung hierzu schaffen. Charakter und Ausgang dieser PLFV werden deutlich, wenn man die politische Verfilzung vor Ort betrachtet:

Schacht Konrad gehört den Stahlwerken Peine & Salzgitter AG, die zu 100% bundeseigen sind und der größte Geldgeber in Salzgitter. Einlagern wird u.a. die Noell GmbH Würzburg, zu 100% Tochter von P & S, die bereits heute schon mit dem Abriß von stillgelegten Atomanlagen begonnen hat.

Antragsteller ist die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF), zu 100% bundeseigen. Gutachter ist das Batelle-Institut, Mitglied im Deutschen Atomforum, das sich für die aktiv für die Durchsetzung der Atomenergie einsetzt. Genehmigt schließlich wird vom Land Niedersachsen...

Unter diesen Bedingungen und der Abhängigkeit von P & S wird von der Stadt Salzgitter ein 'Bürgerdialog' geführt, der den Widerstand der Bevölkerung so gering wie möglich halten soll. Dies ermöglicht den Betreibern ein problemloses Durchsetzen ihrer Interessen und nur deshalb war es möglich, die seit mindestens vier Jahren laufenden Ausbauarbeiten im Schacht zu verschleiern und den Widerstand weitgehend zu isolieren.

Wenn unser Widerstand hier genauso konkret und erfolgreich ist, wie in Gorleben oder anderswo, wenn die Atommüllstrategen auch sonst keinen Platz finden, ihren Müll zu verscharren, dann kommt der Punkt, an dem das Atomprogramm politisch nicht mehr durchsetzbar ist ...

Als nächste Widerstandsaktion nach der Demo ist ein Open-Air-Festival „Rock gegen Schacht Konrad" am 15.8. geplant, zu dem neben den regionalen BIs die Jusos und die Grünen aufrufen. Der Ort steht im Moment noch nicht fest.

Kontaktadresse:
Ulf Kelchhäuser
Lessingstraße 7
3384 Liebenburg 1
Tel. 05346/1775

Geldstrafen wegen Grenzblockade

Am 13.9.1980 verurteilte das Amtsgericht Gronau zwei Mitglieder der Bürgerinitiative 'Kein Atommüll in Ahaus' zu Geldstrafen in Höhe von 2.000, bzw. 1.350 Mark. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Münster wurden die Strafen dann endgültig auf 1.500 und 1.350 Mark festgesetzt.

Worum ging es?

Im Anschluß an den Beginn der Flachbohrungen in Gorleben im März 1979 hat die BI Lüchow-Dannenberg zu bundesweiten Protestaktionen aufgerufen.U.a.schlug sie vor, am Samstag nach Bohrbeginn verschiedene Grenzübergänge symbolisch zu besetzen.

Eine solche Aktion wurde dann auch am 17.3. von ca. 60 AKW-Gegnern aus der Bundesrepublik und den Niederlanden durchgeführt: von 9 - 12 Uhr wurde der Grenzübergang Gronau-Glanerburg blockiert. Autofahrer und Zollbeamte begegneten der friedlich verlaufenen Aktion mit Verständnis und zum Teil offener Sympathie, ein paar Polizisten beschränkten sich aufs Beobachten und das Umleiten des Verkehrs.

Über ein Jahr später dann plötzlich die Anklage gegen Gerd und Hartmut! Und das, obwohl keiner der betroffenen Autofahrer Anzeige erstattet hatte; obwohl die Aktion an der Grenze weder von der Polizei noch vom Zoll beanstandet worden war; obwohl kein Hinweis auf die Rechtswidrigkeit geschweige denn eine Aufforderung zur Beendigung der Blockade erging.

Weitere 'Merkwürdigkeiten': der Staatsanwaltschaft waren mehrere Teilnehmer der Blockade bekannt, dennoch wurden nur die beiden herausgegriffen. Der Richter in Gronau wollte das Verfahren ganz gern wegen Geringfügigkeit einstellen, der Staatsanwalt - grundsätzlich auch nicht abgeneigt - durfte aber auf Anweisung von oben nicht zustimmen. Hartmut hatte zudem an der Blockade selbst gar nicht teilgenommen, sondern auf niederländischem Gebiet lediglich Flugblätter verteilt ...

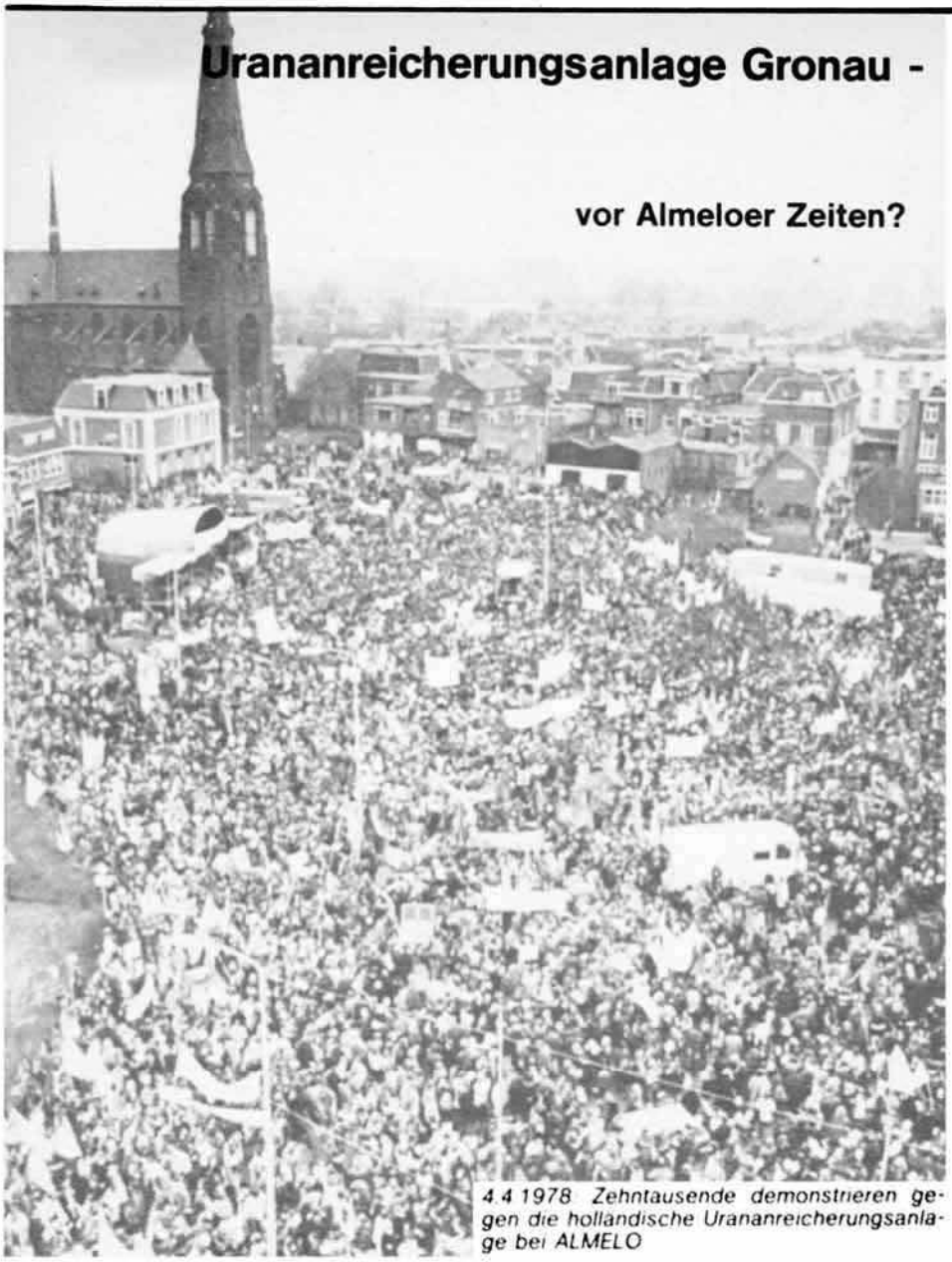
Offenkundig ging es bei den Verfahren wieder einmal schlichtweg darum, zwei Anti-AKW-Aktivisten - diesmal aus der BI 'Kein Atommüll in Ahaus' - zu treffen und damit die BI und den Widerstand in Ahaus einzuschüchtern und zu schwächen. Dies darf und wird nicht gelingen!

Durch die Prozesse kommen auf die BI Kosten in Höhe von ca. 9.000 Mark zu. Die Ahauser bitten daher alle um finanzielle Unterstützung.

Spendet auf das Rechtshilfekonto der BI 'Kein Atommüll in Ahaus', *KtoNr. 564 625* bei der *Kreissparkasse Ahaus (BLZ 428 513 10).*

Urananreicherungsanlage Gronau -

vor Almeloer Zeiten?



4.4.1978 Zehntausende demonstrieren gegen die holländische Urananreicherungsanlage bei ALMELO

Anläßlich des Erörterungstermins für die Urananreicherungsanlage Gronau am 12. Mai legte der AKU Gronau in einer Pressekonferenz nochmals die Gründe dar, die gegen den Bau der Anlage sprechen:

Die Urananreicherungsanlage ist ebenso eine Gefährdung für die Umwelt wie auch für die Menschen.
Das Uran wird, um es anreichern zu können, als Fluorverbindung, als Uranhexafluorid (UF_6), angeliefert. Nach dem Anreicherungsprozeß wird das Uranhexafluorid in Fässern unter freiem Himmel gelagert.
Uranhexafluorid ist die giftigste Fluorverbindung. Es ist ein aggressiver Stoff, der, wenn er frei wird, mit dem Wasser in der Luft heftig reagiert. Hierbei werden einerseits radioaktive Produkte frei,andererseits Flußsäure,die beim Einatmen die Lunge zerfrißt.
Kann dies schon im "Normalbetrieb" durch einfache technische Mängel an den Rohren oder beim Durchrosten der gelagerten Fässer passieren, oder auch bei einem Umfall eines Uranhexafluorid-Transporters, so sind die Folgen bei einem Flugzeugabsturz oder einem Erdbeben noch gar nicht abzusehen. In einem eventuellen Kriegsfall wird die Anlage eine willkommene Zielscheibe für Luftminen sein, wovon eine ausreichen würde, die Anlage zu zerstören.

Kosten

Ist die UAA schon eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen in ihrer Umgebung, so kostet sie auch noch eine Menge Geld.
Bekanntlich ist die Stadt Gronau mit 80 Mio. DM hoch verschuldet. Ein beachtlicher Teil dieser Summe, nämlich 15 Mio. DM, entsteht direkt aus der geplanten Anlage (Kosten für Grundstückskäufe, Erschließungskosten usw.). Weitere 32 Mio.DM zahlt das Land NRW.
Diese enormen Summen sollten ursprünglich 250 Arbeitsplätze schaffen (vorausgesetzt eine Trennarbeit von 1000 t Uran pro Jahr). Wie sich aber kürzlich herausstellte, soll die Anlage vorläufig nur auf 400 t Trennarbeit gebaut werden; ob sie auf 1000 t ausgebaut wird, ist inzwischen sehr ungewiß. Das bedeutet, daß in Gronau durch die Urananreicherungsanlage maximal 150 Arbeitsplätze entstehen werden, die zum überwiegenden Teil durch auswärtige Kräfte abgedeckt werden müssen.
Die Kosten dafür müssen aber die Gronauer Bürger tragen.
Hier nur die wesentlichen Einsparungen und Gebührenerhöhungen der Stadt in der letzten Zeit:
- gestrichen sind der Bau eines Altenzentrums und eines Jugendzentrums;
- die Lehrmittel an den Schulen sind gekürzt worden,und es herrscht Einstellungsstop im Rathaus;
- Seit dem 1.1.81 sind die Gebühren unter anderem in folgenden Bereichen erhöht worden: bei der Müllabfuhr, bei der Abwasserbeseitigung, bei der Straßenreinigung , beim Wasser, sowie bei den Eintrittsgeldern der Stadtbäder.

Die Urananreicherungsanlage - eine Atombombenfabrik?

Durch einfache Klempnerarbeiten ist es in wenigen Tagen möglich,die Uranreicherungsanlage so umzubauen, daß man Uran 235 anstatt auf einen Anteil von 3% auf 95% areichern kann. Mit derart hochangereichertem Uran ist es möglich, Atombomben herzustellen.
Weil wir gegen die Herstellung und die Stationierung von Atomwaffen sind, wollen wir nicht zulassen, daß Gronau zusammen mit den dazugehörenden Umweltgefahren auch noch eine mögliche Atombombenfabrik bekommt.
Weltweit gibt es ein Überangebot von Anreicherungskapazitäten. Allein in Europa besitzen Frankreich,Großbritannien und Holland Urananreicherungsanlagen, die teilweise noch erweitert werden(z.B.Almelo).Es gibt von Seiten der Nachfrage also keinen Grund dafür, warum die Anlage in Gronau gebaut werden soll.
Ziel der Betreiber ist es, angereichertes Uran gewinnbringend zu exportieren. Es sind z.B. Lieferverträge mit Brasilien abgeschlossen worden, die bis 1987 erfüllt werden müssen. Wir sind nicht bereit, gesundheitliche Nachteile in Kauf zu nehmen, damit die Betreiber der Anlage ihre Exportgeschäfte abwickeln können.

Wir meinen, dies sind Gründe genug, den geplanten Bau der Urananreicherungsanlage abzulehnen.

Arbeitskreis Umwelt Gronau
c/o Georg Koeniger
Schulstr. 9
4432 Gronau

Betr.: Konferenz gegen Uranabbau

Vom 12. - 14. Juni fand in Bad Alexanderbad (Fichtelgebirge) die 2. Europäische Konferenz gegen Uranabbau statt. Leider haben wir bis zum Lay-Out-Schluß keinen Bericht darüber erhalten, und die bisher an die Öffentlichkeit gelangten Informationen fanden wir allzu mager.
Wir werden im nächsten Atom Express einen ausführlichen Artikel darüber bringen.

Gemeinnützigkeit für BIs

Am 18.Juni hat das Oberfinanzgericht Hannover festgestellt,daß Bürgerinitiativen,die sich für Umweltschutz und gegen die Atomenergienutzung einsetzen,im Interesse der Allgemeinheit handeln. Ihnen müsse von daher die Gemeinnützigkeit zuerkannt werden, wenn sie dies beantragen.
Damit haben die BI Lüchow-Dannenberg und andere Initiativen einen jahrelangen Rechtsstreit vorerst für sich entschieden.

Rund um Gorleben

Zwischenlager:

Der Countdown läuft

Gorleben wird in nächster Zeit für die Anti-AKW-Bewegung wieder eine zentrale Bedeutung bekommen. Denn hier ruhen die Hoffnungen der Atombetreiber, ihren Persilschein in Richtung "Entsorgung" zu bekommen. Sie brauchen das Zwischenlager, weil die Lagerbecken überquellen, und sie brauchen das Endlager, um ihren "Endlagernachweis" erbringen zu können. Gorleben ist ein Nadelöhr für das Atomprogramm.

Tomaten, Eier und Farbbeutel flogen, als am 15. Juni der Gorlebener gemeinderat den vorläufige Schlußpunkt der kommunalen Entscheidungen über das geplante Zwischenlager setzte. Es kam, wie es kommen mußte– Einstimmig für das Zwischenlager. Nichts konnte diese "standfesten Kommunalpolitiker" beeinflussen; weder die wochenlange Aufklärungs- und Informationsarbeit der Bürgerinitiative, noch die "gewalttätigen und undemokratischen Störungen" der Atom-Gegner. Sie vollzogen ja auch nur das nach, was der Samtegemeinderat Gartow ihnen am 27.5 vorexerziert hatte: Nationale Interessen der Energieversorgung sind halt wichtiger als geringfügige Eingriffe in die Landschaft. Stur und trotzig reckten sie also bei der Abstimmung ihre Hände in die Höhe – den 5-Millionen-Scheck von der DWK in der Tasche wissend. Gleichzeitig verstiegen sich diese Fußtruppen Albrechts und der DWK noch zu der Äußerung, daß sie überzeugt seien, daß die Anlage sicher zu betreiben sei. Und daß, obwohl die PTB überhaupt noch kein Sicherheitsgutachten vorgelegt hat.

Eben jene Tatsache hätte denn auch noch für den Gemeinderat Gorleben eine kleine Hürde sein können, da ein Beschluß existierte, erst nach Vorlage des Sicherheitsgutachtens über die Baupläne zu entscheiden. Aber für gestandene Politiker ist auch dies kein Hindernis – der Beschluß wurde am 15.6. im Handstreich aufgehoben und dem Zwischenlager ebenfalls die sicherheitstechnische Unbedenklichkeit ausgesprochen.

Geschickteres Taktieren war eh nicht mehr nötig, denn ihre Glaubwürdigkeit hatten diese Ratsherren längst vorher verloren. Einige hatten bereits Häuser und Grundstücke an die DWK verkauft, andere haben DWK-Leute als Untermieter (zu welchem Mietpreis wohl?) etc.. Die Kommunalpolitikern muß halt notgedrungen immer ètwas schmutziger undpeinlicher aussehen.

Die Entscheidungen der letzten Wochen haben im Landkreis Lüchow-Dannanberg einiges verändert. Geplatzt ist die Hoffnung oder Illusion, die Politiker beeinflussen oder überzeugen zu können. Alle wohlgemeinten Gespräche und Aktionen, wie die wochenlangen Mahnwachen der Gorleben-Frauen blieben erfolglos.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die 250 AKW-Gegner von vorherein versuchten, die Sitzung des Rats in Gorleben zu stören, der übrigens schon seit Jahren auf Pro-Atom-Kurs ist. Die Ratsherren waren meist damit beschäftigt, sich die Gesichter abzuwischen, um dem Geschehen wenigstens einigermaßen folgen zu können. Vorsichtshalber hatten sie die ersten drei Reihen mit DWK-Leuten besetzt, um ein wenig abgeschirmt zu sein. Die im Saal anwesenden Zivilpolizisten beschränkten sich darauf, die Ratsherren mit neuen Taschentüchern zu versorgen. Ebenso schritten die draußen postierten Uniformierten nicht ein.

Kurz vor der Schlußabstimmung gingen die Ratsherren dann voll in Deckung, reckten ihre Hände hoch, während ein Hagel von matschigen Wurfgeschossen af sie nieder ging – und flüchteten dann panikartig. Wut und Empörung blieben zurück.

"Mit dieser Entscheidung ist der Widerstand im Landkreis gezwungenermaßen an einem Wendepunkt angelangt", schreibt Gabi Jaeger in nebenstehendem Artikel ("Grünes Licht für Zwischenlager"; aus 'Gorleben aktuell'). Der Beitrag schildert recht gut die Erfahrungen und Eindrücke der letzten Zeit.

Demonstrationen des gemeinsamen Widerstands werden in nächster Zeit nötig sein – und zwar bald. Die Vorschläge zum weiteren Widerstand findet ihr unter dem Titel "Pfingsten in Gorleben". Das nächste Trebeler Treffen findet am 21.6. statt (leider nach Redaktionsschluß). Haltet euch auf dem Laufenden!!

OBJEKTLEITER

für Wach- und Sicherheitsunternehmen

sowie

SCHICHTFÜHRER

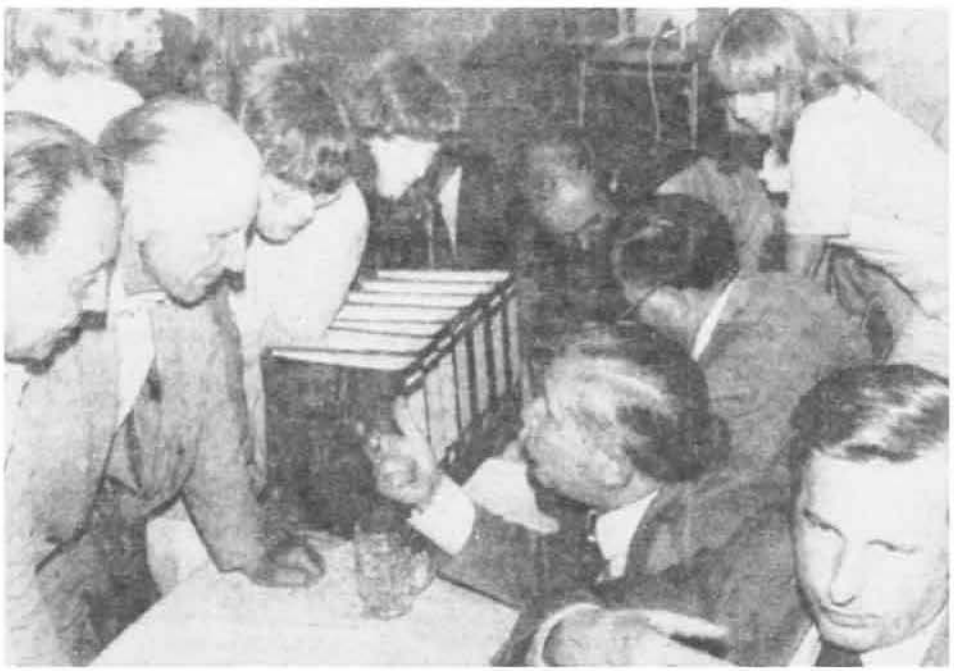
und

WACHPERSONAL

im Schichtdienst für den Raum Gorleben gesucht.

Angebote unter Nr. 6753 an die EJZ, Lüchow.

Informationen:
Bürgerinitiative Lüchow Dannenberg, 313 Lüchow
Drawehnerstr. 3
Tel. 05841/4684



Der Gemeinderat Gartow wird von Bürgern bedrängt

Zwischenlager-Chronik

4.4.81: Zur Rückenstärkung besucht Kanzler Schmidt die Kommunalpolitiker in Lüchow-Dannenberg: „Sie machen einen knorrigen und standfesten Eindruck und lassen sich nicht aus dem Anzug pusten." Der Widerstand gegen Atomanlagen werde schon wieder vergehen, „dann würden diese Schreihälse der Geschichte angehören." Als Bonbon verspricht er eine Äthanolanlage.

10.4.81: Auf Initiative der Gorleben-Frauen beginnen ganztägige Mahnwachen vor dem Gartower Rathaus, durch die auf die Einspruchsfrist gegen die geplante Änderung des Flächennutzungsplanes hingewiesen werden soll.

30.4.81: Kohl steht Schmidt in nichts nach und beteuert „bei Kaffee und Torte" den Kommunalpolitikern seinen Respekt, „...da sie trotz großer Belastungen gesamtstaatlich verantwortungsvoll handeln." CDU-MdL Grill beschwerte sich bei ihm erneut über die PTB, da diese in einer schwachen Minute, Langzeitversuche bei Castorbehältern für wünschenswert erachtet hätte. Zusätzlich stattete der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel dem Landkreis einen „Informationsbesuch" ab.

4.5.81: In der letzten Woche der Einspruchsfrist (bis zum 11.5.81) werden Mahnwachen Tag und Nacht durchgeführt.

5.5.81: Der Samtgemeinde Gartow wird ein von 400 Unterzeichnern unterstützter Bürgerantrag überreicht, mit der Bitte, „in dieser Aktion eine Unterstützung des Rates zu erblicken, seien doch viele der angeführten Punkte auch bereits vom Rat als notwendig erachtet worden." Gefordert wird von der geplanten Flächennutzungsplanänderung 1. die atomrechtliche Zwischenlagergenehmigung abzuwarten, 2. eine schriftliche Bescheinigung über den Verzicht auf eine WAA einzuholen, 3. eine erneute öffentliche Anhörung durchzuführen, 4. Schadenersatzfragen zu klären, 5. die Dauer der Zwischenlagerzeit zu klären, 6. eine Bürgerversammlung nach §57, nds. Gemeindeverordnung durchzuführen.

21.5.81: Die (gesetzlich vorgeschriebene) Sondersitzung der Samtgemeinde Gartow zum Bürgerantrag „beschert den 400 Antragstellern einen Teilerfolg", so die EJZ. Der Samtgemeinderat beschließt einmütig, den Bürgerantrag mit Ausnahme der Punkte 3 und 5 (öffentliche Abwägung und Bürgerversammlung) „in das Abwägungsgebot bei der Behandlung der während der Auslegezeit eingegangenen Anregungen und Bedenken einfließen zu lassen."

22.5.81: Die Samtgemeinde Lüchow sieht sich aufgrund fehlender Sicherheitsberichte über das Zwischenlager nicht in der Lage, eine positive Stellungnahme zur Änderung des Flächennutzungplanes abzugeben.

23.5.81: Die Bezirksregierung Lüneburg beschneidet das Naturschutzgebiet – entgegen 22 Einwendern – um die für das Zwischenlager benötigten 15 ha. Laut EJZ „zahlt die DWK nach Errichtung des (Zwischenlager-) Bauzauns 5 Mio. als einmalige 'Abfindung' und während der Bau- und Betriebsdauer jährlich 1 Mio. DM."

26.5.81: Der Bund für Naturschutz und Landschaftspflege protestiert scharf gegen die Aufhebung des Landschaftsschutzes über 15 ha. Neben 30 Einwendungen bei der Bezirksregierung wird eine Petition beim niedersächsischen Landtag angekündigt.

26./27.5.81: Nach zwei Sitzungen gibt der Samtgemeinderat Gartow vor 400 Zuhörern entgegen 1800 Einzeleinwendungen und unter Polizeischutz grünes Licht für das Zwischenlager. Die Flächennutzungsplanänderung wird ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung angenommen. Es kommt zu Tumulten und zur Entwendung amtlicher Zwischenlager-Unterlagen.

7.6.81: 200-250 einheimische und auswärtige Atomgegner beschließen in Gedelitz, eine Großaktion in Gorleben gegen den Zwischenlager-Baubeginn vorzubereiten.

15.6.81: Der Gemeinderat Gorleben genehmigt das Zwischenlager. 250 AKW-Gegner protestieren auf's „Schärfste" mit Eiern und Tomaten.

Grünes Licht für Zwischenlager

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans durch den Rat der Samtgemeinde Gartow-Gorleben am 27.5. und der Entscheidung des Gorlebener Rats am 15.6. haben die Kommunalpolitiker das letzte Mittel aus der Hand gegeben, den Bau des Zwischenlagers zu verhindern. Damit ist bei den Lüchow-Dannenbergern auch der letzte Funke Hoffnung erloschen, die Errichtung der ersten Atomanlage im Landkreis durch Druck auf die örtlichen Gremien und Behörden doch noch aufhalten zu können. Niemand zweifelt mehr daran, daß die Aufstellung des Bebauungsplans und die Erteilung der Baugenehmigung in diesen Tagen oder Wochen erfolgen wird. "Der Count-Down in den atomaren Wahnsinn hat begonnen."

"Tränen und lähmendes Entsetzen" überschrieb die Elbe-Jeetzel-Zeitung ihren Bericht über die zweitägige Ratssitzung in Gorleben, in der die Ratsherren die über 1500 Einwendungen aus der gazen Bundesrepublik beraten wollten. Etwa 400 Bürger waren erschienen, um in einem letzten verzweifeltem Appell die Ratsherren an ihrem Vorhaben zu hindern. Doch unbeirrt durch die Zwischenrufe und Redebeiträge der Anwesenden wischten die Politiker alle Argumente der Gegner vom Tisch. Sie folgten stur den von Mitarbeitern des Planungsbüros NILEG ausgearbeiteten und vorgelesenen Erklärungen. Sämtliche 1500 Einwendungen wurden in wenigen Problemblöcken zusammengefasst und durch allgemeine Unbedenklichkeitserklärungen entkräftet. Eine durch die Zuhörer geforderte Diskussion fand nicht statt. Wie von Drähten gezogen hoben die Räte, die die Tausenden von Seiten in der ihnen zur Verfügung stehenden einen Woche kaum gelesen haben konnten, bei jedem zur Abstimmung gestellten Problemkreis die Hand.

In den letzten Vorgesprächen zwischen Bürgern und Politikern des Landkreises hatten die Ratsherren noch zugestanden, daß eine Reihe von ungeklärten Fragen existierten, die durch zusätzliche schriftliche Erklärungen der Betreiber beantwortet werden müßten. Dabei ging es vor allem um die Länge der Zwischenlagerung, das Fehlen des Sicherheitsberichts und der Vermutung, Landesregierung und DWK planten noch immer eine WAA in Gorleben. Diese und andere Fragen sollten bis zum Beginn der entscheidenden Ratssitzung noch geklärt werden, aber davon wollten die Herren am Dienstagabend plötzlich nichts mehr wissen. Ihnen reichte eine noch am selben Nachmittag eingetroffene Zusicherung der DWK, sie werde ohne Zustimmung der zuständigen Gemeinderäte keine WAA in Gorleben astreben. "Eine windelweiche Erklärung", wie einer der Zuhörer kommentierte.

Mehrere Male wurde die Sitzung durch tumultartige Szenen unterbrochen, und schließlich verließen die empörten Bürger ihre Plätze und begannen direkt mit den einzelnen Ratsherren zu diskutieren. Wie hilflos und überfordert diese 'Marionettenfiguren' wirklich der gazen Problematik der Zwischenlagerung gegenüberstehen, erfährt man erst richtig, wenn man die seltene Gelegenheit hat, seine Fragen persönlich zu stellen und persönliche Antworten bekommt. Da meint einer, der Sicherheitsbericht der PTB läge doch schon vor, und ein anderer verkündet dem fassungslosen Publikum, die DWK habe ihren Antrag auf die WAA in Gorleben doch längst zurückgenommen. Solche skandalösen Informationslücken bestätigen den Verdacht, daß die eigentlich Eingeweihten und Drahtzieher im Landkreis woanders zu suchen sind.

Als die Ratsherren dann schließlich am nächsten Morgen nach dem Abbruch der Veranstaltung die Sitzung wieder aufnahmen und - bis af eine Enthaltung - das Ritual auch bei der letzten entscheidenden Abstimmung nach gewohntem Muster vollzogen, wirkte das auf viele der Anwesenden wie ein Schock: Die Spannung entlud sich in emotionalen Ausbrüchen und teilweise tätlichen Angriffen gegen Akteure dieser Groteske, und selbst einige der einheimischen Polizisten - zum Schutz für die Ratsherren geordert - konnten ihre Betroffen-

IM JAHR DER BEHINDERTEN SAGTE DER RAT VON GARTOW
JA ZUM ZWISCHENLAGER
MIT DEM 5-MILLIONEN-DM-BRETT DER DWK VOR DEM KOPF WAR DAS EIN
JA VON BEHINDERTEN

REINHOLD WASSMUTH, BÖSEL

heit nicht zurückhalten: Einer von ihnen brach in Tränen as.
Mit dieser Entscheidung ist der Widerstand im Landkreis gezwungenermaßen an einem Wendepunkt angelangt. Monatelang haben verschiedene Gruppen in zeit- und nervenaufreibender Arbeit Informationsveranstaltungen orgaisiert, Bürgeranträge formuliert, Einsprüche geschrieben und die direkte inhaltliche Auseinandersetzung mit den örtlichen Politikern und den Betreibern gesucht. Zwei Informationsveranstaltungen des BMFT mußten wegen mangelnder sachlicher Kompetenz der Referenten abgebrochen werden, zu einer dritten traute sich keiner der sogenannten Experten mehr hin. Drei Anhörungen in Lüchow, Gartow und Gorleben im Zusammenhang mit dem Planungsverfahren wurden zum Desaster für die Betreiber - zu gut waren die Kritiker des Projekts informiert, zu präzise waren die Fragen gestellt. Im Landkreis weiß inzwischen jeder Interessierte, daß die Entscheidung für ein Zwischenlager zu diesem Zeitpunkt - vor Abschluß der offiziellen Sicherheitsprüfung - überhaupt nicht zu rechtfertigen ist, und daß es nur darum geht, die heikle Angelegenheit noch rechtzeitig vor den im September anstehenden Kommunalwahlen über die Bühne zu bringen.
Es wird den Lüchow-Dannenbergern nichts anderes übrigbleiben, als wieder zu großen bundesweiten Aktionen auf der Straße aufzurufen, um wenigstens die Öffentlichkeit darüber zu informieren, daß der entscheidende Schritt zum weiteren Ausbau des Atomprogramms mit Hilfe von 5 Millionen Schmiergeldern der DWK in Gorleben durchgepowert wird. Einen letzten Riegel können nur noch die Gerichte vor die Entscheidung schieben, denn schon monatelang bereiten sich Einwohner des Landkreises darauf vor, unmittelbar nach Baugenehmigung stellvertretend für die gesamte Anti-Atom-Bewegung den Klageweg zu beschreiten. Sie sind auch finanziell auf die Unterstützung von uns allen angewiesen. Wir müssen weitermachen, auf allen Wegen!

Gabi Jaeger
(Mitglied der BI Lüchow-Dannenberg)

Spendenkonten:

Bürgerinitiative Umweltschutz
"Zwischenlagerfond" (ZLF)
Volksbak Wendland, Trebel,
Konto Nr. 7048 (BLZ:258 634 89)

Arbeitsgruppe Rechtshilfe Gorleben
Kreissparkasse Gartow,
Konto Nr. 3005 444 (BLZ: 258 513 35)

Bäuerliche Notgemeinschaft (ZLF)
Kreissparkasse Dannenberg
Konto Nr. 8904 (BLZ:258 513 35)

Kohl in Gartow

Nach dem Bundeskanzler hat jetzt auch CDU-Kohl den Landkreis Lüchow-Dannenberg besucht. Kohl sprach von irrationalen Angsten im Zusammenhang mit der Atomenergie und forderte vor Kommunalpolitikern und Mitgliedern der Gorleben-Kommission alle politischen Kräfte zu mobilisieren, um die Entsorgungsfrage zu lösen. Weiter wußte Kohl: die unsachlich geführte Atom-Debatte sei „eine bestürzende Verwahrlosung der politischen Kultur".

Gorleben-Findling gestohlen

der am 31. März 1979 anläßlich des Hannover-Trecks in der Landeshauptstadt von Landwirten aufgestellte "Gorleben-Findling" ist verschwunden. In einer regnerischen Nacht wurde er mit schwerem gerät entfernt. Gerüchteweise soll eine Pro-BI beteiligt gewesen sein, die den Findling zerkleinern läßt, um die Einzelstücke Politikern zuzuschicken, mit der Bemerkung, daß "der Stein des Anstoßes nun beseitigt sei, und das Atomprogramm nun zügiger durchgezogen werden könne."

Rund um Gorleben

Pfingstlager

Mehr als 200 Menschen aus mehreren Orten waren gekommen, um gemeinsam darüber zu reden, was gegen die Atompläne im Landkreis demnächst gemacht werden kann. Es war das erste Treffen seit längerer Zeit; ursprünglich als größere Sternfahrt geplant, starteten aber nur zwei Gruppen (Bremen und Göttingen), um mit Flugblättern, Plakaten und anderen Utensilien auf die Gefahren des geplanten Zwischenlagers und die damit zusammenhängenden Atommülltransporte aufmerksam zu machen. Neben der Besichtigung der Bohrplätze und vorgesehenen Bauplätze standen vor allem Gespräche und Beratungen im Vordergrund, da mit dem Baubeginn des Zwischenlagers jederzeit zu rechnen ist. Es bestand Einigkeit darin, daß eine Großaktion eine Vorbereitungszeit von mindestens 4-6 Wochen bedarf und nicht vom Baubeginn abhängig gemacht werden kann. Im einzelnen wurden folgende Aktonsvorschläge diskutiert:

1. dezentraler, bundesweiter Aktionstag zum Baubeginn

2. Wendlandblockade:
Totalsperrung aller Zufahrtswege in den Landkreis über mehrere Tage um eine breite Öffentlichkeit zu schaffen (alle sind betroffen) und um die Zwischenlageranlieferung zu unterbrechen. Bei der Totalblockade besteht das Problem, daß man gerade die Leute, die man ansprechen will und auf die man angewiesen ist, verärgert. Ein weiteres Problem ist die Durchführung der Blockaden: entweder braucht man sehr viele Leute über mehrere Tage, oder man setzt Mittel zur Blockierung von Straßen ein, wie z.B. Barrikadenbauen und Straße aufreißen, die sehr umstritten waren.

3. Großzeltlager von Donnerstag - Sonntag zur Belagerung von 1003 (Zwischenlagerstandort). Zu diesem Großzeltlager gab es zwei kontroverse Meinungen:
a) Camp mit vorher klar abgestecktem gemeinsamen Aktionsrahmen mit demonstrativem Charakter (Mauerverschönerung, Anlegung eines künstlichen Walles, um die Mauer verschwinden zu lassen)
b) Camp als Aktionszentrum ohne Einschränkung der Aktionsformen

Wir konnten uns in dieser Form nicht auf einen der beiden Punkte einigen.

4. Dreitägige Sternfart mit aschließender Großdemonstration
Die Sternfahrt soll die Verbindung der einzelnen Standorte von Atomanlagen zum Zwischenlager in Gorleben deutlich machen (Atommülltrasport) und zusätzlich für die Großdemonstration mobilisieren.
Mit der ersten Großdemonstration seit 1977 im Landkreis soll gezeigt werden, daß die gewünschte Friedhofsruhe im Landkreis nicht eintritt, und daß wir erkannt haben, daß die bundesdeutschen AKW's nur weiter betrieben und neu genehmigt werden können, wenn jetzt mit dem Zwischenlagerbau begonnen wird.
Nach längerer Diskussion haben wir uns auf folgendes geeinigt:
Beginn der Sternfahrt donnerstags mit dem Ziel, daß ständig Konvois im Landkreis eintreffen. Schwerpunkt der bundesweiten Sternfart ist eine massive Öffentlichkeitsarbeit mit Begleitdemonstration und Aktionen in möglichst vielen Durchfahrtsorten. Für früher eintreffende Konvois gibt es ein gemeinsames Zeltlager. Sollte die Polizei die Konvois aufhalten, wird es zu Blockaden und zur Verstopfung des Landkreises kommen.
An der Großdemonstration am Sonntag können sich alle Atomkraftgegner beteiligen, die aus zeitlichen Gründen a der Sternfahrt nicht teilnehmen konnten. Über den Charakter der Großdemonstration wurde noch nicht diskutiert. ⚓

Heute: BAGDAD
Morgen: Kalkar, La Hague, GORLEBEN . . .?

Was nicht sein darf und doch sein kann, wurde im IRAK beispielhaft vorgeführt.
Was muß noch alles passieren, um atomhungrige Politiker zur Einsicht zu bringen?
HARRISBURG war keine Lehre.
Wird BAGDAD eine sein?

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg E. V.
Spendenkonto: 2 060 721, KSK Lüchow.

Vor einigen Wochen wies ein Ingenieur aus Lüchow-Dannenberg das Bundesverteidigungsministerium darauf hin, daß ein einziger Sprengkopf, auf ein Zwischenlager in Gorleben abgefeuert, 9500 kg Plutonium und 30000 kg andere Spaltprodukte freisetzen würde, die weite Teile Europas verseuchen würden. Von Verteidigungsfähigkeit könne dann auch keine Rede mehr sein. "Zuständigkeitshalber" wurde diese Warnung an das Bundesministerium für Forschung und Technologie weitergeleitet. Die Antwort:
"Gorleben ist ein ziviles Objekt und kein militärisches Ziel. Es darf nach allgemeinem Völkerrecht deshalb weder angegriffen, noch zum Gegenstand von Repressalien gemacht werden."

Bremer Konvoi gestoppt

Unmittelbar nachdem der Konvoi von entgegenkommenden Polizeifahrzeugen gestoppt worden war, befahl der Einsatzleiter in militärischem Ton, daß die Fahrzeuginsassen ab sofort alle seine Anweisungen und die seiner Einsatzkräfte zu befolgen hätten, sonst würde „direkt Gewalt" angewendet. Wir protestierten sofort gegen diese Drohung. Der Konvoi aus 17 Fahrzeugen hatte durch die Art seiner Aufmachung nichts anderes getan als darauf hinzuweisen, daß demnächst Transporte von Atommüll und abgebrannten Brennelementen aus den AKW die Ortschaften bedrohen werden, falls das Zwischenlager in Gorleben wie geplant gebaut wird. Auf unsere Frage, seit wann die Polizei mit „direkter Gewalt" drohe — wo doch sonst soviel Wert darauf gelegt wird, sich selbst als friedlich und die AKW-Gegner als kriminell hinzustellen —, bekamen wir zur Antwort: „Heute ist das mal andersrum, heute fangen wir mit der Gewalt an."

Dies spielte sich leider nicht auf der Bundesstraße bei Waddeweitz ab, , sondern auf einer Nebenstrecke hinter Maddau, also ohne schützende Öffentlichkeit. An der Fahrzeugschlange entlang waren Polizisten Mann an Mann in Kampfausrüstung postiert. Meiner Einschätzung nach war eine Hundertschaft Polizei im Einsatz. Em Ende des Konvois riegelten ein bis zwei Hundertschaften Bundesgrenzschutz den Fluchtweg ab.

Alle Fahrzeuge wurden durchsucht, Taschen und Gepäck durchwühlt, Koffer- und Motorräume mußten geöffnet werden. Die Personalien jedes einzelnen Konvoiteilnehmers sind schriftlich festgehalten worden, ebenso die polizeilichen Kennzeichen der Fahrzeuge. Einige der mitgeführten Fässer mußten von den Dachgepäckträgern abgenommen werden. Die Durchsuchung dauerte etwa eineinhalb Stunden.

Margot

kurze Rast

Göttinger 'Treck'

Von Göttingen aus sind wir am Mittwoch vor Pfingsten zu fünft mit fahnengeschmückten Fahrrädern Richtung Gorleben gestartet. Dem großen Regen immer vorwegfahrend, kamen wir am ersten Abend in Liebenburg (8 km hinter Salzgitter) im Jugendheim an, wo uns die Anti-AKW-Gruppe Liebenburg mit Essen und Trinken toll bewirtet hat. Ab da waren wir 3 Fahrradfreaks mehr; bis Freitagabend in Streuberg (kurz vor Uelzen) wuchsen wir auf die stattliche Zahl von zwölf an, glücklicherweise mit einem Auto, das Gepäck wurde nämlich manchen schwerer und schwerer . . . Sehr eifrig waren wir mit Flugblattverteilen und "action" nicht, bemerkt und neugierig beguckt haben uns die Leute fast immer. Allerdings gabs auch ziemlich miese Reaktionen mit Anmache, das Übliche.

Auf dem Spielplatz bei Trebel, auf dem wir gezeltet haben, waren außer uns noch ungefähr 15 andere Göttinger und wohl 200 Menschen insgesamt. Teilweise haben wir mit Wind und Wasser gekämpft, und auch sonst brauchten wir nicht auf dem Trockenen zu sitzen.
Toll war der Bremer Zug, als Auto-Konvoi, und dargestellt als Atommülltransport mit Fässern u.ä. Insgesamt war das Polizeiaufgebot im Landkreis massiv, Angsterzeugung? Aktionen im Keim ersticken?
Am Sonntag fand dann das Treffen in gedelitz statt, auf dem eine bundesweite Sternfahrt und abschließende Großdemo diskutiert wurde. Zu der Stimung bei dem Treffen sollte man noch sagen, daß allgemein Einigkeit darin bestand, eine Großaktion zu machen. Die Sternfahrt soll sich sozusagen wie eine Welle aus allen Teilen der BRD nach Gorleben fortsetzen. In den Orten und Städten begleietet von Autokonvois und Fahrraddemos, mit Straßentheater und vielen anderen phantasievollen Aktionen.

Rund um Gorleben

Möcklinghoff und seine Probleme mit Jugendlichen

Annähernd 70 Schüler hatten sich im großen Saal des Lüchower Jugendfreizeitheimes an der Berliner Straße versammelt und sich im wohlgeordneten Halbrund um den Minister und seine Begleitung, darunter auch Landtagsabgeordneter Kurt-Dieter Grill, geschart. In seiner Begrüßung äußerte der Innenminister, daß er von den Schülern hören wolle, wo Landespolitiker falsche Wege gehen.

Dies wurde dem Gast aus Hannover von den jungen Leuten des öfteren kundgetan. Die abrupt abgebrochene Diskussion war für den Minister kein Zuckerlecken. Er werde — so äußerte Dr. Möcklinghoff — fortan nur in einem kleineren (ausgesuchten?) Kreise Rede und Antwort stehen. Daß der Minister „das Handtuch warf", war wenig verwunderlich, denn er spürte, daß seine jungen Gesprächspartner zwar seinen Argumenten lauschten, ihm aber doch nicht glaubten. „Lassen Sie mal die Leute ausreden", unterbrach ein Zwischenrufer den Minister, der — das sei angemerkt — sich eifrig um ein offenes Gespräch bemühte. Dieses wollten auch die Schüler, nur drehten sie den Spieß um, ließen sich nicht „gütig" über demokratische Spielregeln belehren, sondern forderten von dem „abwählbaren" Politiker Rechenschaft.

Angeführt wurde u. a. das Thema Polizeikaserne in Lüchow. Warum müsse eine solche Anlage dicht an einer Grundschule errichtet werden, warum sei überhaupt mehr Polizei in diesem Kreis notwendig, wurde gefragt. Dazu der Innenminister: „Der Staat muß den Schutz solcher dem wirtschaftlichen Allgemeinwohl dienenden Anlagen sicherstellen. Wir brauchen die Polizeipräsenz, weil ein kleiner Kern den Bau von Atomanlagen verhindern will."

Im kommenden Jahr — so Möcklinghoff — werde mit dem ersten Bauabschnitt begonnen. In dieser Unterkunft könnten 400 Beamte untergebracht werden. Als Stammbelegung seien 70 Mann vorgesehen. Auf den Einwand einer Schülerin, daß sie beim ständigen Anblick uniformierter Polizisten Beklemmungen und auch Schuldgefühle habe, meinte der Innenminister, man müsse eben versuchen, das Angstgefühl gegenüber der Polizei abzubauen.

Schon klang leise „Brokdorf", vernehmlicher die Platzräumung „1004" an. Von wem sei wohl die Gewalt ausgegangen, wollte einer wissen. Von den „1004"-Besetzern oder von den Polizisten, die sich für diesen Einsatz die Gesichter sogar schwarz gefärbt hätten? Möcklinghoff bezeichnete die Platzbesetzung als widerrechtlich, über das fast philosophische Thema „aktive oder passive Gewalt" gab es keine Übereinstimmung. Auf einem „Schleichweg" wollte der Minister seine jungen Gesprächspartner mit der Frage überlisten, was sie denn täten, wenn in ihren Betten plötzlich Fremde liegen würden. Die für Möcklinghoff vielleicht verblüffende Antwort: „Na und, wir erkundigen uns erst, warum!"

EJ2

Wasser im Salzstock

Am 15. und 16.5. fand in Lüchow das vom BMFT veranstaltete Endlager-Hearing statt. Dieses Hearing war das einzige Zugeständnis des Innenministers Baum an die damaligen Besetzer der Bohrstelle 1004. Die PTB sollte die bisherigen Bohrergebnisse vorstellen, kritische Wissenschaftler, denen die Mittel kurzerhand noch von 10.000 DM auf 5.000 DM gekürzt wurden, durften ihre Kommentare dazu abgeben. Moderator war Atomfreund Hans Haber. Wichtigstes Ergebnis der Untersuchungen: Auf einer Fläche von 10 km² ist der Gorlebener Salzstock von einer wasserführenden Rinne durchzogen. Das ist sozusagen das Schlimmste, was den Standortsuchern passieren konnte. Kritische Wissenschaftler hatten dies übrigens schon lange vorher prophezeit. Die Gefahr von Wassereinbrüche ist somit sehr groß. Normalerweise müßte das allein das Aus für den Salzstock Gorleben als Müllkippe für hochradioaktive Abfälle bedeuten.

Aber wenn die Einlagerungsmöglichkeit schon nicht sicher ist, so kennt sie deutsche Sprache doch raffinierte Umschreibungsmöglichkeiten: *"Die Ergebnisse sind nicht so, daß man die Eignung des Salzstocks ausschließen könnte."* So das Fazit des Sprechers der PTB, eines Herrn Wosniks. Womit er dann also beim gewünschten Ergebnis wäre. Wie gut, daß die PTB vor Bohrbeginn sich beharrlich geweigert hat, Kriterien anzugeben, nach denen ein Salzstock als geeignet eingestuft wird!

Wenn die Bohrergebnisse, die im übrigen nicht vollständig offengelegt wurden (für sie positive Ergebnisse wird bie PTB wahrscheinlich nicht urückhalten), also nicht als Beweis für die Sicherheit des Salzstocks herhalten können, so werden sie halt als Hoffnungsschimmer interpretiert. Und dieser Hoffnungsschimmer soll das weitere Vorgehen rechtfertigen: Um Endgültiges über die Eignung sagen zu können, müsse man einen sieben Meter breiten Schacht bauen und Stollen in den Salzstock treiben, was bis 1990 dauern würde. Im Klartext: Um entscheden zu können, ob der Salzstock geeignet ist, muß die PTB das Endlager vorher bauen. Und wer zweifelt daran, daß der Salzstock dann geeignet ist?

In die Logik dieser feinen Herren paßt auch die Äußerung von Herrn Wosnik, di er als seine "persönliche Meinung" zu bedenken gibt, daß nämlich bisher bereits 50-60 Millionen Mark ausgegeben wurden (ohne Personalkosten) und man diese Investitionen doch nicht einfach verrotten lassen könne: *"Die Wahrscheinlichkeit, daß (zumindest) schwach- und mittelaktiver Müll nicht eingelagert werden kann."*

Und so hieben auch die Bundesregierung und die Niedersächsische Landesregierung in die gleiche Kerbe, indem sie erklären ließen, daß sie weiterhein von der Eignung des Standortes Gorleben als Endlager für hochradioaktiven Müll ausgingen. Einzig die DWK erklärte, daß man andere Salzstöcke untersuchen solle, da Gorleben wahrscheinlich schlecht geeignet sei (siehe HNA vom 6.6.81). Aber bei dieser Äußerung haben wohl egoistische Gründe mitgespielt; vielleicht befürchtet die DWK, daß ihre Zwischenlagerpläne gefährdet sind, falls der Bund (denn nur der allein ist verantwortlich für die Endlagerung) allzu dreist seine Vorhaben durchdrückt und die Widerstandsbereitschaft der Bevölkerung dadurch noch stärker herausgefordert wird.

Zur Zeit des Hearings ließ die PTB übrigens eine schöne Broschüre im Landkreis verteilen – aber nicht mit den Bohrergebnissen, sondern mit einer wissenschaftlichen Beschreibung, wie Salzstöcke so entstehen.

Die Möchte-Gern-Betreiber auf dem Endlager-Hearing

Wenig wahrheitshöffig

Zwei Tage lang war Wissenschaft Trumpf im Lüchower Gildehaus, zwei Tage der Darstellung und Diskussion geologischer Funde, mit denen die Eignung des Gorlebener Salzstockes als atomarer Müllschlucker durch die PTB und ihre Helfer belegt werden sollte, zwei Tage aber auch, an denen die Freude über soviel wissenschaftliche Geschäftigkeit im Wendland das ungute Gefühl nicht überdecken konnte, daß an der ganzen Veranstaltung irgend etwas faul war. Wir wurden mit einem dicken Lob für unsere Anstrengungen, Kompetenz und Sachlichkeit vom Regisseur dieses Geologen-Balletts nach Hause geschickt (mein Nachbar war ganz gerührt), und die würzige Maienluft des Schützenparkes tat ihr übriges. So erreichte ich mein Haus, wollte das Manuskript mit der Kurzfassung der Geologenreferate schon beiseite legen, da blieb mein Blick an diesem Satz des Herrn Wosnik (PTB) hängen: „Es wurden bisher keine Erkenntnisse gewonnen, die die Eignung des Salzstockes Gorleben infrage stellen" (S. 11). Ich stutzte. War die PTB nicht mit dem Anspruch ins Wendland gekommen, die Eignung des Gorlebensalzes als Endlager zu beweisen? Plötzlich war mir klar, daß auf der gesamten Veranstaltung im Lüchower Gildehaus nicht ein einziger Beweis dafür erbracht worden war, daß der Gorlebener Salzstock für die Endlagerung von Atommüll geeignet ist! Ohne den wissenschaftlichen Beweis der Eignung kein Endlager — so die gängige Meinung hier im Landkreis. Im Vertrauen darauf, daß die PTB mit diesem Ziel im Wendland bohrt, werden ihre Aktivitäten hier geduldet. Warum aber spricht heute niemand mehr vom Eignungsnachweis? Diese Frage machte mich betroffen. Ich erinnerte mich, daß die PTB bisher keine klare und bindende Aussage darüber gemacht hat, wann ein Salzstock geeignet ist, welches Bündel von Merkmalen vorliegen muß, damit der Satz „der Salzstock von Gorleben ist als Endlager für radioaktive Abfälle geeignet" zu einer wahren Aussage wird! Wenn aber diese operationalisierte Definition der Eignung fehlt, dann hat das 100-Millionen-DM-Bohrprogramm der PTB nicht mehr das Ziel, mit wissenschaftlichen Mitteln die Eignung oder Nichteignung des Salzstokkes festzustellen! Welches Spiel treibt die PTB aber dann mit uns? Was wollen die PTB-Geologen mit ihren Bohrlöchern herausfinden?

Wieder ist es ein Wosnik-Zitat aus der Veranstaltung, das mir auf die Sprünge hilft: „Das Bohrprogramm hat das Ziel, den günstigsten Ansatzpunkt für das Abteufen des Schachtes zur Einrichtung eines Erkundungsbergwerkes herauszufinden" sagte er in der Diskussion. Wenn nun aber für die PTB die Eignung des Salzstockes ganz offensichtlich feststeht (diese wird ja nicht mehr überprüft), hat Wosnik mit seiner Aussage offenbar eine wichtige Sprachregelung preisgegeben, die folgenden Ansatz nahelegt: 1. Gorleben ist Endlagerstandort; 2. der Salzstock ist als Endlager für Atommüll geeignet; 3. „Standorterkundung Gorleben" bedeutet „Bau des Endlagerbergwerkes".

Das gibt auch der PTB-Erklärung einen Sinn, derzufolge am Ende der „Standorterkundung" kein geologisches Gutachten als Eignungsnachweis, sondern lediglich eine Risikostudie zum Endlagerbergwerk Gorleben stehen wird. Oder anders: Das Endlager ist längst im Bau (Bohrbeginn = Baubeginn), man teilt uns später nur noch mit, welches (offiziell eingestandene) Risiko wir zu tragen haben! Und der „Energie-Dialog" im Gildehaus — welchen Sinn und Zweck hatte dieser? Die Antwort steht in einem Schreiben an Schmidt vom 8. 6. 1979, in dem Albrecht folgende Gorleben-Strategie skizziert: 1) Zum Schein wird dort auf die WAA verzichtet. „Es ist wichtig, daß die Bevölkerung das ernsthaft glaubt." 2) Die Tiefbohrungen sind der Start zur Einrichtung des Endlagers. 3) Mit dem Endlager ist der Entsorgungsnachweis erbracht, nun können ungestört Atomkraftwerke gebaut werden. 4) Die WAA kann später in geeigneter Form neben das Endlager gestellt werden. Das setzt eine vertrauensselig schlummernde Bevölkerung voraus, eingelullt durch „vertrauensbildende Maßnahmen" vom Zuschnitt des „Energie-Dialogs", bei denen Wissenschaftler beider Lager ein wenig streiten, die Bevölkerung engagierte Fragen stellt und das Ganze mit der Floskel endet „beide Seiten haben voneinander viel gelernt". Diese Rechnung der Atomlobby scheint aufzugehen: Herr Haber lobte die BI dafür, daß sie die Auseinandersetzung von der Straße in den Saal verlagert habe, und Herr Ziegler vom BMFT durfte unwidersprochen sagen „hier sitzt niemand vor Gericht". Währenddessen fraßen sich die PTB-Bohrer weiter in den Salzstock.

Reinhold Waßmuth, Bösel

EJZ 26.5.81

Notizen aus der Provinz

Notiz 1,

In der Nacht vom 17.4. zum 18.4. (Ostern) stellte Mensch in der Innenstadt von Rotenburg auf einer Baulücke abgebildetes Bauschild auf.
Parallel dazu erhielten ca. 50 „namhafte Bürger" ein amtliches Schreiben von der DWK, das auf die Absicht hinwies, ein Verwaltungsgebäude zu erstellen. Brisant wurde die Thematik dadurch, daß Rotenburg schon für ein Zwischenlager vorgesehen war (1978) – und noch ist!!! Einige Tage später wurde das Bauschild von Bediensteten des städtischen Bauhofes „eingezogen" und liegt seitdem in der Asservatenkammer des Bauhofes, wo es bei Bedarf ausgeliehen werden kann. Interessenten wenden sich bitte an das Ordnungsamt der Stadt Rotenburg.

Notiz 2,

In der Nacht zum 16.5.81 verlor ein LKW mit radioaktiver Fracht ein Faß in der Innenstadt von Rotenburg. Obwohl das Faß deutlich gekennzeichnet war und laut Beschriftung radioaktiven Müll der Gefahrenstufe II enthielt, dauerte es mehrere Tage, bis das gefährliche Faß von Bediensteten des städtischen Bauhofes abgeholt wurde. Ohne die elementarsten Sicherheitsvorkehrungen zu beachten, luden sie das Faß auf einen LKW und führten es der vorläufigen Endlagerung zu. Soweit wir informiert sind, hat die DWK noch keinen Verlust angezeigt; vielleicht sollte Mensch sie mal darauf hinweisen.

Politiker und örtliche Medien (Rotenburger Kreiszeitung, Deckblatt, die Woche, Rotenburger Rundschau, Roter Igel, Wümmeecho) haben bisher bewußt jegliche Reaktion darauf vermieden. Mal sehen, wie lange sie das noch können.

Notiz 3 ...?

Plutoniumlager in Hanau

Auf dem Gelände der Hanauer Brennelementefabrik ALKEM soll das größte Plutoniumlager der Welt entstehen. Insgesamt kann in dem dafür errichteten Lagerbunker 5 Tonnen (!) Plutonium aufgenommen werden. Einmalig ist wohl, wie die Erlaubnis zur Lagerung erteilt wurde – nämlich ohne Genehmigungsverfahren. Bisher durfte ALKEM bis zu einer halben Tonne Plutonium lagern. In nächster Zeit werden aber große Mengen Plutonium aus dem Ausland, vor allem aus der WAA La Hague, erwartet. Anfang Mai kamen die ersten 30kg, bis Ende 1982 rechnet die Bundesregierung mit rund 2 Tonnen Plutonium. Die Zeit drängt also. Ein Genehmigungsverfahren nach Paragraf 7 des Atomgesetzes würde (nach wohl realistischer Einschätzung der Bundesregierung) viel zu spät abgeschlossen sein. So besann man sich auf Paragraf 5 des Atomgesetzes, der die sog. „staatliche Verwahrung" vorsieht. Das Genehmigungsverfahren kann also jetzt in Ruhe nachträglich durchgezogen werden, während gleichzeitig schon die Plutoniumtransporte anrollen. Der ganze Vorgang zeigt, daß die Beteiligung der Bevölkerung bei Genehmigungsverfahren für die Behörden wirklich nicht mehr bedeutet als eine lästige Behinderung bei der Durchsetzung des Atomprogramms.

Elbkutterfahrt von Gorleben nach Cuxhaven

Im Sommer, wenn der Sauerstoffgehalt des Wassers sinkt, ersticken die Fische. Aale werden quecksilberverseucht, Pflanzen und Tiere in den Uferregionen vernichtet durch Industrieansiedlungen, Staustufen, Eindeichungen, Sperrwerke, Aufspülungen, Uferbegradigungen, Autobahnen, Tunnel und Brükken und nicht zuletzt durch Atomanlagen. Allein Hamburg pumpt jedes Jahr 200 Millionen Kubikmeter Abwässer in die Elbe. Um den Widerstand gegen die Verseuchung des Flusses zu unterstützen, läuft im Juli die „Elbe-Aktion 81".
Von Gorleben (27./28.6.) geht die Fahrt über Lauenburg (30.6.), Geesthacht/Krümmel (1.7.), Hamburg (2.,3.,4.7.), Stade (5./6.7.), Glückstadt (8.7.), Wewelsfleth/Brokdorf (9.7.) und Brunsbüttel (10.7.) nach Cuxhaven. Überall sollen Veranstaltungen, Info-Stände und Straßentheater laufen.
Nähere Informationen über:
Verein „Rettet die Elbe"
Tel. 040/452109.

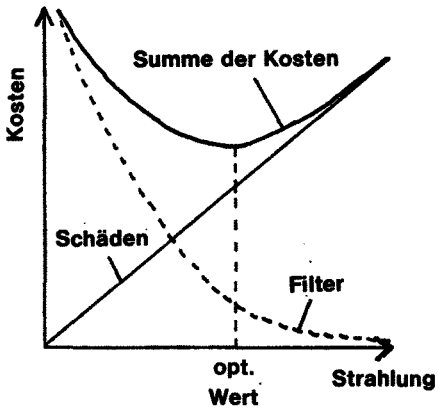
Was kostet ein Menschenleben?

Man sollte meinen, daß jeder halbwegs vernünftige Mensch die obige Frage nicht beantworten kann – der Wert eines Menschen läßt sich natürlich nicht in DM angeben. Es geht im Folgenden aber nicht um den Wert, sondern wirklich um die Kosten, die ein Mensch verursacht, wenn er an Krebs krepiert – verursacht durch die Strahlung eines AKWs oder einer WAA im Normalbetrieb.

Wer sich mit solchen Fragestellungen beschäftigt? Nun, drei Wissenschaftler vom Lehrstuhl für Reaktortechnik der Uni Aachen. Gefördert vom Bundesinnenministe rium hielten sie im März 1979 in Wien auf der Fachtagung der Internationalen Atomenergiebehörde einen Vortrag (der von Jens Scheer netterweise aus dem Englischen übersetzt worden ist) mit dem Titel **„Probleme bei der Durchführung von Kosten-Nutzen-Analysen für H-3, C14, Kr 85, Jod und Aerosole bei kerntechnischen Anlagen".**(1) Hinter diesem nüchternen Titel verbirgt sich auf den ersten Blick ein einmalig menschenfeindliches Machwerk, das, wenn man ein Zweitesmal hinguckt, gar nicht mehr so einmalig ist. Hier wird eigentlich nur das bis zur letzten Konsequenz weitergeführt, was in der Atomindustrie immer schon gang und gäbe war, nämlich die bewußte Inkaufnahme von Strahlenschäden und das Rechnen mit den Opfern, die die Atomtechnologie auf jeden Fall fordert. Wenn man sich also im folgenden anschaut, wie die Atomtechnokraten selbst mit den Strahlenbelastungen herumrechnen, die von Atomanlagen ausgehen, erscheinen Äußerungen wie „Die Sicherheit der Anlage hat höchste Priorität" (Ernst Albrecht sinngemäß zur WAA Gorleben) oder „In der näheren oder weiteren Umgebung von Nuklearanlagen ist bisher nicht ein einziger Mensch durch Strahlung zu Schaden gekommen" (HEW,NWK 1973) (2) in einem besonderen Licht: sie sind schlichtweg Lügen, die die Bevölkerung beruhigen sollen.

Die ICRP-Studie Nr.22

Worum geht es? Grundlage dieses Vortrags ist die berüchtigte ICRP (Internationale Strahlenschutzkommission) – Studie Nr.22 aus dem Jahre 1973 (3). Dort werden zwei Größen aufsummiert: die Kosten für Filteranlagen und die Kosten, die sogenannte „Schadensfälle", d.h. Erkrankung und Tod, verursachen. Aufgetragen werden beide Größen gegen die Kollektivdosis, das ist, im Gegensatz zur Individualdosis die Strahlenbelastung einer Anlage für die Gesamtbevölkerung. Die Einheit der Kollektivdosis ist man·rem. Das bedeutet, daß es z.B. bei 1000 man rem für die Anzahl der Schäden egal ist, ob 1000 Leute jeweils mit einem rem oder 1 Million mit jeweils einem millirem bestrahlt werden. Ergibt sich nun in der Summe der beiden Kostenfaktoren ein Minimum, so empfiehlt die IRCP den entsprechenden Bestrahlungswert als Richtwert: es sollen gerade soviele Rückhaltevorrichtungen eingebaut werden, daß höchstens die entsprechende Menge Radioaktivität entweichen kann (s. Abbildung).



Es ist also überhaupt keine Rede davon, die Strahlenbelastung „nach neuesten Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik" möglichst klein zu halten, sondern die Zahl der Krebstoten soll wirtschaftlich optimal sein, die Gesamtkosten minimal.
Leider versank diese Studie Nr.22 nicht in der Versenkung. Die drei Wissenschaftler aus Aachen machten sich die Mühe und rechneten mit Akribie für Tritium, Kohlenstoff 14, Krypton 85, Jod und Aerosole die optimalen Werte für AKWs von 1200 MW und eine WAA von Gorleben-Format (1400t/Jahr) aus.
Dabei sind bei der Wertung der Ergebnisse aber folgende wichtige Punkte zu beachten:

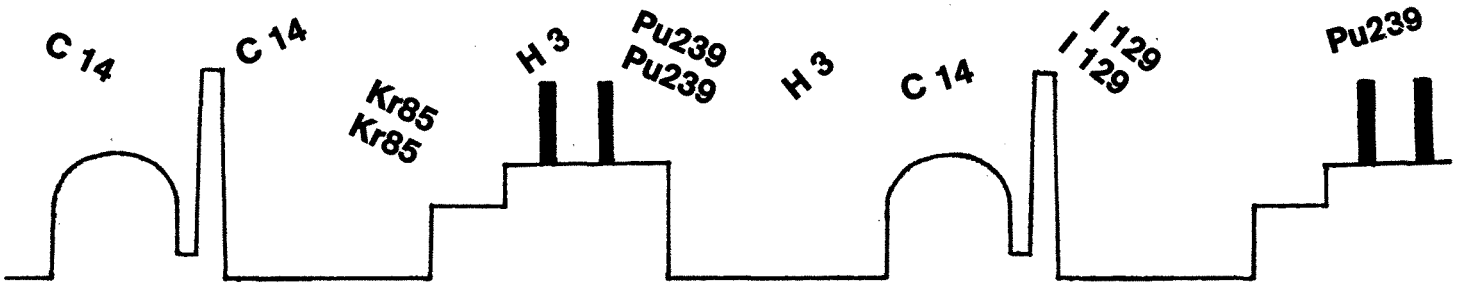
1. Die Einheit rem ist keine Meßgröße, sondern ein berechneter Schätzwert für die Schäden, die verschiedene radioaktive Isotope verursachen.
2. Bei der Berechnung der Ausbreitung der radioaktiven Teilchen werden nur sehr vereinfachte Annahmen gemacht: mittlere Klimalagen, durchschnittliche Ernährungsgewohnheiten (?) usw. Faktoren wie z.B. Anreicherung oder Wirkung der Strahlen auf Kleinkinder werden nicht berücksichtigt.
3. Es wird hier jeweils nur **eine** Anlage im **Normalbetrieb** betrachtet. Die anderen Betriebe des Brennstoffkreislaufs (vom Uranabbau bis zur Endlagerung) erhöhen die Zahl der Schäden noch.

Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analysen

Bevor hier die Ergebnisse dargestellt werden, müssen noch zwei Begriffe erläutert werden. Der erste ist der Rückhaltefaktor RF. Er gibt das Verhältnis des gesamten radioaktiven Inventars zu den durchgelassenen Teilchen an. Bei einem RF von 100 werden also 100 Teilchen zurückgehalten, ein Teilchen durchgelassen. Anders ausgedrückt: Bei RF 100 werden ca. 99 % der radioaktiven Teilchen nicht an die Umwelt abgegeben.
Beim zweiten Faktor kommen wir wieder auf die Anfangsfrage zurück. Was kostet ein Menschenleben? Dieser Faktor wird in Dollar/man·rem angegeben und gibt die Schadenskosten in Abhängigkeit von der kollektiven Strahlenbelastung an. In dieser Arbeit werden meistens 100 $/man·rem angenommen, obwohl die Literaturwerte zwischen 10 und 1000 $/man·rem schwanken. Man nimmt heute an, daß mindesten pro 1000 man·rem Kollektivdosis ein Mensch an Strahlenkrebs stirbt.(4) Auch dies ist aber nur eine theoretische Annahme. Die Zahl der Erkrankungen und Sterbefälle kann wesentlich höher sein. Das hieße also, daß in dieser Studie für ein Menschenleben 100.000 $ angesetzt werden – ein ganz hübsches Sümmchen, nicht wahr?

Kosten-Nutzen-Analyse für AKWs

Zunächst machen die Herren aus Aachen ihre Analyse für AKWs und kommen zu dem tollen Ergebnis:„Außer den Kosten infolge C14 sind die Werte so niedrig, daß es unmöglich ist, weitere Rückhaltevorrichtungen für die anderen Nuklide zu planen. Von hieraus kann direkt geschlossen werden, daß die Rückhaltevorkehrungen für Kernkraftwerke viel weiter entwickelt worden sind, als auf der Basis einer Kosten-Nutzen-Analyse notwendig gewesen wäre."
Diese Sätze sind ein gutes Beispiel erstens für die Gedankenwelt und die Ansätze, die hinter dieser Studie stecken und zweitens für die Konsequenzen, die solche „wissenschaftlichen" Arbeiten für die Bevölkerung haben. Da wird aus den Kurven abgelesen, daß für Jod, Aerosole usw. außer C14 die Filteranlagen so gut wirken, daß die Strahlenschäden winzig klein sind. Somit lohnt es sich überhaupt nicht, noch weitere Rückhaltemaßnahmen zu planen, nein mehr noch: es ist **unmöglich**. In einer geradezu anmaßenden Weise wird diese Kosten-Nutzen-Analyse jedoch nicht nur dazu verwen-



Kosten-Nutzen-Analysen für AKW's und WAA's

det, künftige Sicherungsmaßnahmen vorzuschreiben, sondern auch schon bestehende zu kritisieren: Die Rückhaltevorkehrungen sind zu weit entwickelt! Es fehlt eigentlich nur noch der Vorschlag, einen Teil der Filter wieder rauszureißen. Gnädigerweise wird aber „möglicherweise eine Zurückhaltung von C14 mit einem Rückhaltefaktor von 2 oder 4 " vorgeschlagen. Für C14 ist in der Studie eine Gesamtbelastung von 5000 man rem errechnet – wohlgemerkt aus einem AKW im Normalbetrieb. Das hieße also, daß selbst mit den unsicheren theoretischen Annahmen mit mindestens fünf Toten durch den Normalbetrieb eines AKWs gerechnet wird.

Kosten-Nutzen-Analyse für WAAs

Noch übler wird diese ganze Rechnerei für WAAs. Zunächst das Ergebnis:
„Für WAAs sollte H 3 mit einem Rückhaltefaktor RF von 6, C 14 mit etwa 20, J 129 mit etwa 200 und die Aerosole mit etwa 10^9 zurückgehalten werden. Ob Kr 85 nach einer Kosten-Nutzen-Analyse zurückgehalten werden sollte, hängt ab von den eingesetzten Kosten für die dadurch bewirkten Schäden. Bei 200 $/man·rem sollte Kr 85 mit einem RF von 100 zurückgehalten werden."
Für WAAs werden also wesentlich höhere Rückhaltefaktoren gefordert als für AKWs. Das liegt an den um viele Größenordnungen höheren Emissionsraten einer WAA. So sind die Emissionen z.B. für Tritium um den Faktor 10^5 höher als bei AKWs, für Kr 85 um den Faktor 10^6. (4)
Es soll hier noch auf die Aerosole und Krypton 85 eingegangenwerden. Bei Kr 85 sind die Autoren wieder ein bißchen am Schwanken-soll man nun oder soll man nicht?
Den Grund dafür findet man wohl in einer Aufstellung der Kosten für Rückhalteanlagen. Die Anlagen für Kr 85 haben dort mit 3 Mio. $/Jahr Betriebskosten die absolute Spitze, ungefähr zehnmal höher als die Kosten für die Zurückhaltung anderer Isotope. Das liegt daran, daß Kr 85 nicht chemisch gebunden werden, sondern nur mit teuren sogenannten „Kältefallen" abgesondert werden kann. Das Krypton muß dann in Gasflaschen mindestens 100 Jahre sicher gelagert werden.
Für Aerosole wird ein RF von 10^9 gefordert, d.h. 99,9999999 % der Partikel müssen zurückgehalten werden. Nach einer Studie des Kernforschungszentrums Karlsruhe von 1974 scheint aber nur ein RF von 10^4 überhaupt technisch möglich.(5).Selbst in dem Bericht über das geplante Entsorgungszentrum von 1977 rechnet die DWK höchstens mit einem RF von 10^5. (6). Für einen RF von 10^9 finden die Autoren eine Gesamtstrahlenbelastung von ca. 500 man·rem, bei einem RF von 10^5 bzw. 10^4 sind das also $5 \cdot 10^6$ bzw. $5 \cdot 10^7$ man·rem, d.h. 5000 – 50.000 Tote, die insgesamt aus dem Normalbetrieb einer WAA nur durch die Aerosole verursachtwürden.
Im folgenden sind noch einmal die geforderten Rückhaltefaktoren mit den von der DWK selbst angegebenen verglichen (6):
In Klammern sind neuere DWK-Werte angegeben.

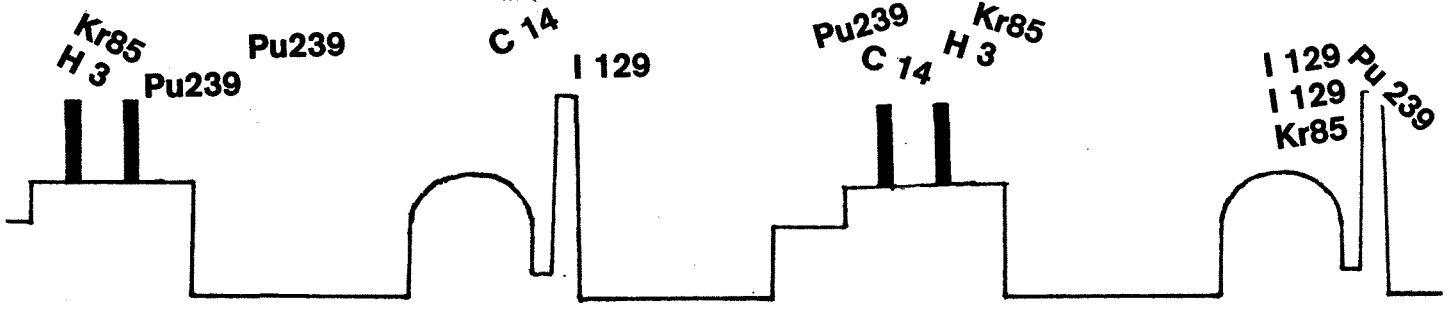
Isotope	Kosten-Nutzen -Analyse	DWK 1977
H3	6	4-5
C14	20	1
J129	200	100(10)
Aerosole	10^9	10^4-10^5
Kr85	100	20(10)

Tab.: Rückhaltefaktoren für verschiedene Isotope

Fazit

Die Autoren stellen in ihrer eigenen Schlußfolgerung fest: „Es muß positiv festgehalten werden, daß die ICRP eine Methode entwikkelt hat, um nicht nur die individuelle Dosis, sondern auch die kollektiven, effektiven, äquivalenten Dosisbelastungen zu begrenzen." Der ICRP sei das Lob gegönnt, doch ist es leider nicht angebracht. Denn wie gezeigt wurde, soll ja nicht die Strahlenbelastung begrenzt, sondern die Kosten für Filter plus Schäden minimiert werden. Dabei wird mit vielen unsicheren Annahmen und mathematischem Kalkül über Menschenleben verfügt, die den Leuten, die diese Rechnungen anstellen, anonym bleiben und die sie anscheinend auch überhaupt nicht interessieren.
Mancher hätte vielleicht den Einwand: die ganze Rechnerei sieht zwar etwas brutal aus, aber Kosten-Nutzen-Analysen werden doch heute überall gemacht, außerdem gehen die paar Krebstoten völlig in der Statistik unter. Dabei wird jedoch übersehen, daß die Analysen nicht offengelegt werden, im Gegenteil: es wird behauptet, daß durch AKWs noch kein Mensch gestorben ist. Erst recht ist die betroffene Bevölkerung nie gefragt worden, ob sie dieses Risiko eingehen will. Begleitet von Versprechungen, Verharmlosungen und Lügen ist die Atomenergie eingeführt worden. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die zu erwartenden Schäden die Profite der Atomindustrie keinesfalls schmälern: die Kosten müssen von der Gesellschaft, d.h. von jedem einzelnen getragen werden.

Literatur:
(1) H.Bonka,H.Gründler,H.G.Horn: Probleme bei der Durchführung von Kosten-Nutzen-Analysen für H-3, C-14, Kr85, Jod und Aerosole bei kerntechnischen Anlagen; Vortrag auf der Fachtagung der Intern. Atomenergiebehörde (IAEA), 1979
(2)HEW,NWK: 66 Fragen, 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie, 1973
(3) ICRP-Publikation Nr.22, 1973
(4) Atommüll oder Der Abschied von einem teuren Traum, rororo 1977
(5) Porz: Studie KFK 1912, 1974
(6) DWK: Bericht über das in der BRD geplante Entsorgungszentrum für ausgediente Brennelemente aus Kernkraftwerken, 1977



ein Kapitel Bürger dialog

Am 28. April fand im Hannoveraner Raschplatzpavillon eine von der Mediengewerkschaft RFFU und der Deutschen Journalisten-Union (DJU) organisierte Veranstaltung zur Frage des polizeilichen Vorgehens gegen Pressefotografen bei Anti-AKW- und anderen Demonstrationen statt.
Immer häufiger kommt es bei Polizeiaktionen zu Behinderungen von Journalisten und Kameraleuten, immer öfter wird Fotomaterial, z.T. gegen den erklärten Willen der Fotografen, zu Fahndungszwecken verwendet.
Einige Beispiele aus der jüngsten Zeit:

– Bei der Räumung der Republik Freies Wendland wurden auch Journalisten von der Polizei geschlagen, beschimpft und für mehrere Stunden vom Ort des Geschehens ausgesperrt.

– Zu schweren Auseinandersetzungen kam es am 11.11. letzten Jahres in Hannover anläßlich einer Demo gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung. In der folgenden Woche versuchten Polizei und Staatsanwaltschaft, bei der 'Neuen Presse' fünf Filme zu beschlagnahmen. Redaktion und Verlag verweigerten die Herausgabe. Im Februar wurde die 'Neue Presse' unter Androhung einer Geldstrafe von 10.000 Mark gezwungen, die Filme herauszurücken. Seitdem dienen die Fotos der Ermittlung von Demo-Teilnehmern.

– Am 7. März wurde ein Fotograf derselben Zeitung, als er einen Prügeleinsatz von Polizisten gegen einen einzelnen Demonstranten fotografierte, durch eine Ladung Chemical Mace aus nächster Nähe verletzt.

Krankenhausreif geschlagen: Ralph Rieth von der »Taz«

– Bei der Räumung eines besetzten Hauses in Göttingen am 4. Februar wurde an Journalisten ein besonderer Ausweis in Form einer Armbinde mit dem Stempel der Bezirksregierung vergeben – als mehr Presseleute als eingeplant erschienen, durfte ein Teil von ihnen nicht fotografieren, mangels Armbinde.

– Auch bei der letzten Brokdorf-Demo wurden die normalen Presseausweise nicht als Legitimation anerkannt. Es wurden besondere Passierscheine des schleswig-holsteinischen Innenministeriums vergeben.
Einem dänischen Journalisten der Zeitung 'Information' wurde am selben Tag die Einreise in die Bundesrepublik verwehrt.
Wie Polizei und Staatsanwaltschaft mit den Bildern des Fotografen Heldt verfahren sind, darüber haben wir ja schon im letzten Atom Express ausführlich berichtet.
Darüberhinaus wurden auch am 28.2. wieder etliche Presseleute übel zusammengeschlagen, ihrer Ausrüstung beraubt usw.

Zu der oben erwähnten Veranstaltung hatte die DJU auch einen Vertreter des nds. Innenministeriums eingeladen. Bernhard Beyer (sorry Minzi, der heißt wirklich so), Staatssekretär desselben, hatte auch schon zugesagt, als er sich dann doch eines schlechteren besann.
Es entspann sich ein Briefwechsel zwischen Beyer und dem hannoverschen DJU-Chef Stephan Lohr, den wir nachfolgend in Auszügen kommentieren. Er gibt u.E. beredtes Zeugnis über das Politik- und Demokratieverständnis „unserer" Regierung.

Sehr geehrter Herr Beyer!

Ich beziehe mich auf ein Gespräch, das Sie mit dem DJU-Vorstandskollegen H.J. Fratzer während der Hannover-Messe hatten.
Wir danken für Ihre Bereitschaft, selbst zu unserer Veranstaltung am 28. April 1981, 20.00 Uhr, zu kommen oder aber einen kompetenten Vertreter Ihres Ministeriums in den Raschplatzpavillon zu schicken.
Unter den Journalisten, insbesondere den Pressefotografen, gärt es ... Besorgniserregende Vorgänge etwa in Gorleben oder am 11.11. vergangenen Jahres (in Hannover, s.o.) – oder auch jüngere Erfahrungen bei Demonstrationen haben dazu geführt, daß wir zu der öffentlichen Veranstaltung einladen.
Inzwischen haben Fotografen auch die Erfahrung machen müssen, daß sich Demonstranten weigern, fotografiert zu werden, sogar zur erzwungenen Herausgabe von Pressefilmen durch Demonstranten ist es gekommen.
Ist das eine Folgeerscheinung des Sachverhaltes, daß Presseaufnahmen zu polizeilichen Zwecken, wie wir finden: mißbraucht worden sind?
Ich denke dabei an die Beschlagnahmeaktion von Fotos in der Redaktion der 'Neuen Presse' oder an die Verwendung eines Pressefotos von Vorgängen in Brokdorf, das zu Fahndungszwecken verwendet worden ist.
So sehr sich im Augenblick die unerfreulichen Erfahrungen in der Hauptsache bei Konfrontation mit Polizeieinsatzkräften festmachen – dies soll keine Veranstaltung der Konfrontation werden.
Die angedeuteten Beispiele sind nur krasse Fälle der nach unseren Beobachtungen in der Vergangenheit zunehmenden Behinderungen freier Arbeit für Bild- und Textjournalisten.
Diese Zeilen, sehr geehrter Herr Beyer, skizzieren die Thematik unseres Abends, soweit das im Vorhinein möglich ist.
Neben dem Vertreter des Inneministeriums erwarten wir auf dem Podium Herrn Oxfert, Rechtsberater der IG Druck u. Papier, einen Fernsehkameramann und Pressefotografen aus Hannover und Hamburg. Ich selbst werde die Veranstaltung einleiten und moderieren.

Freundliche Grüße

Stephan Lohr

Sehr geehrter Herr Lohr,

vielen Dank für Ihr Schreiben ... , mit welchem Sie einen Vertreter des Innenministeriums zu einer Podiumsdiskussion im Raschplatzpavillon eingeladen haben. Zu meinem Bedauern geht Ihr Brief, der offensichtlich auf einem Mißverständnis beruht, von falschen Voraussetzungen aus.
Es ist richtig, daß mich Herr Fratzer auf der Hannover-Messe angesprochen hat und ich ihm zugesagt habe, für ein Gespräch über die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Pressefotografen einen Vertreter unseres Hauses zur Verfügung zu stellen. Keine Rede war dabei jedoch von einer öffentlichen Veranstaltung.
Das für presserechtliche Fragen zuständige Innenministerium war und ist stets daran interessiert, die Arbeit der Journalisten in Niedersachsen so weit wie irgend möglich zu erleichtern und zu unterstützen. Wir begrüßen es deshalb auch, daß die zwischen der Innenministerkonferenz und dem Deutschen Presserat schon vor Jahren vereinbarten Richtlinien für die Zusammenarbeit von Polizei und Presse derzeit mit dem Ziel überarbeitet werden, den Journalisten noch weiter entgegen zu kommen. Ich bin sicher, daß der Presserat Ihnen gern über den aktuellen Stand dieser Bemühungen Auskunft geben wird.
Vor diesem Hintergrund halten wir Podiumsdiskussionen unter Beteiligung eines polizeifeindlichen Publikums für wenig sachdienlich. Dies in Sonderheit dann, wenn schon auf den inzwischen durch Sie verbreiteten Plakaten polemisiert wird. So findet sich unter der Überschrift „Wir sind keine Polizeifotografen!" die falsche Behauptung, „Gorleben: Bei der Räumung der freien Republik Wendland wird die Presse ausgesperrt." Wie Sie wissen, haben bei der Räumung des besetzten Bohrplatzes, den Sie als Republik Wendland mit dem Adjektiv «freie» bezeichnen, zahlreiche Journalisten fotografieren und filmen können. Einer Ihrer Podiumsgäste, Herr Zint, hat sogar mit beachtlichem Verkaufserfolg ein reich illustriertes Buch veröffentlicht. Seine emsige Reportertätigkeit auf der Bohrstelle kann fotografisch belegt werden. Von einer Aussperrung der Presse in Gorleben kann also keine Rede sein. An dieser Tatsache ändert auch die sogenannte Dokumentation der dju mit ihrer eindeutigen politischen Zielrichtung nichts.
Da schon die plakatierten Ankündigungen Stimmung machen, ist zu befürchten, daß auch die Veranstaltung selbst zum Spektakel wird. Unter diesen Umständen können wir keinen Vertreter des Innenministeriums zur Teilnahme entsenden.
Mit freundlichen Grüßen ...

Sehr geehrter Herr Baier,
Ihren Brief vom 22.April nehme ich mit großem Befremden zu Kenntnis.
Ich kann keinerlei Verständnis aufbringen für Ihre unterschiedliche Behandlung öffentlicher und nicht öffentlicher Veranstaltungen.
Uns liegt nicht an einem Privatkolloqium mit Ihnen, sondern an einem öffentlichen Gespräch über Behinderungen der Pressearbeit, in deren Folge wir eineVerletzung demokratischer Prinzipien sehen!
Ihren Hinweis auf die Beteiligung „polizeifeindlichen Publikums" und ein zu erwartendes Spektakel weise ich nicht nur zurück. Ich bestehe vielmehr auf einer Entschuldigung, da Ihre Globalunterstellung alle Teilnehmer, unter ihnen Angehörige von dju und RFFU betrifft.
Auch Ihre Aufassung über Polemik in unseren Veranstaltungshinweisen kann ich nicht teilen. Tatsachen bleiben Tatsachen, und daß Pressefotografen nicht die Aufgabe haben,Material zu äußerst zwielichtigen Fahndungsabsichten zu liefern, sollte Bestandteil unseres öffentlichen Gespräches sein.
Bemerkenswert finde ich Ihren Hinweis, daß Sie die Reportertätigkeit von Herrn Zint „fotografisch belegen" können.
Dazu bitte ich Sie,
1. um Überlassung dieser fotografischen Belege der Reportertätigkeit von Herrn Zint,
2. Auskunft darüber, wessen Berufsausübung Sie noch belegen können (vollständige Liste) und
3. mir Hinweise zu geben, auf wessen Weisung und zu welchem Zweck solche Belege journalistischer Arbeit hergestellt und gesammelt werden.
Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich unseren Briefwechsel der Öffentlichkeit übergebe und um eine Beantwortung meines Briefes zum 15.Mai bitte.
Stephan Lohr, 1.Vors.dju Hannover

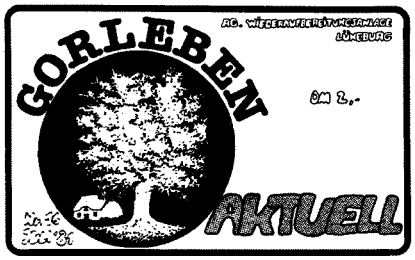
so long

BÜCHER ..BROSCHÜREN

Seveso in Ludwigshafen

EINE DOKUMENTATION ZUM BRAND IN DER HALLE M 920 DER BASF IM JUNI 1979.

Beschreibung des Unfallhergangs, Bericht der Gewerbeaufsicht, Stellungnahme der BASF, Presseschau und vieles andere mehr in der Dokumentation der BURN (Bürgeraktion Umweltschutz Rhein-Neckar).
Bezugsadresse:
Peter Weber
Weischstr. 11
6700 Ludwigshafen
gegen Vorauskasse von 3.- Mark + 1.- Mark Porto auf das Konto
6330-672
PschA LSHFN.
(ab 10 Expl. DM 2.50.- + Porto).



Ein heißer Anti-Atom-Sommer?

Aus dem Inhalt:

- **Zwischenlager Gorleben**
- **Standortbenennung für Hessen-WAA**
- **Schwerpunktteil: Atommüllendlagerung**

Bestellbedingungen:
Einzelverkaufspreis DM 2,- + Porto
ab 10 Exemplare a DM 1,50 + Porto
Bestellungen bei:
Gunter Harms
Sültenweg 57
2120 Lüneburg
PSchK: 37814–206,
„GORLEBEN AKTUELL"
Günter Garbers,
Postscheckamt Hamburg

Brokdorf-Blockaden

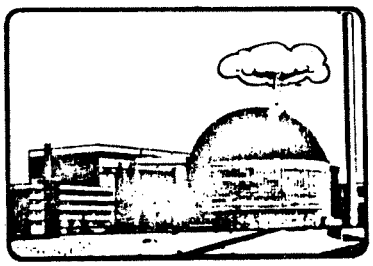
Wer sich informieren möchte über die Blockaden, die im Februar und April 81 von Gruppen der Gewaltfreien Aktion durchgeführt wurden: es gibt jetzt eine Broschüre.
Die Broschüre „Gewaltfreie Blockaden gegen das AKW Brokdorf" ist zu bestellen bei:
Strobo-Gruppe
Nernstweg 32
2000 Hamburg 50.
Sie kostet 2.-DM + 0.40 DM Porto gegen Vorkasse in Briefmarken. Ab zehn Stk.: 1.40 DM + Porto auf Rechnung.

HORST SCHÖRSHUSEN

DIE PROGRAMMIERTE

KATASTROPHE

EINE KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM KATASTROPHENSCHUTZPLAN FÜR DAS AKW STADE



Das AKW Stade ist 1972 in Betrieb gegangen. Der Reaktordruckbehälter weist heute schon starke Versprödung auf, weshalb ständig die Gefahr eines Kernschmelzunfalls besteht. Erst im März 1981 wurde der Katastrophenschutzplan für das AKW ausgelegt. Er wurde abgeschrieben und liegt hier nun in einer kritisch kommentierten Fassung vor. In allen Punkten zeigt sich eine lebensfeindliche Grundhaltung und daß es für die Bevölkerung keinen wirklichen Schutz vor austretenden radioaktiven Spaltprodukten gibt. Auch dieser Plan zeigt, wie berechtigt die Forderung nach Stillegung sämtlicher Atomanlagen ist.
Diese 50-seitige Broschüre kann für 2.50 DM + 0.50 DM Porto in Briefmarken von
Horst Schörshusen
Gartenstr. 2c
2150 Buxtehude
bezogen werden.
Ab 30 Stk. für je 2.- DM + Porto.

Der Megawatt-Clan

GESCHÄFTE MIT DER ENERGIE VON MORGEN

Unter diesem Titel ist im STERN-Verlag ein neues Buch zur Energiepolitik erschienen, das bisher seinesgleichen sucht.
In insgesamt 20 Kapiteln (280 S.) wird die Situation auf dem Energiemarkt dargestellt, die Konzentration und Verfilzung der Energiemultis, ihre Macht und ihre Politik. Dabei steht die Atompolitik im Vordergrund und es ist ein Verdienst des Autors, sämtliche wichtigen Aspekte in knapper und leichtverständlicher Weise abzuhandeln.
Das eindrucksvollste dabei sind die Informationsquellen, größtenteils aus „erster Hand" und gut zusammengestellt. In kompromißloser Art wird das Lügengebäude der Atom-Mafia enthüllt.
Interessant auch vor allem die Darstellung der Entwicklung auf dem amerikanischen Markt: die Entwicklung weg von der Atomenergie – hin zu den Alternativen. Es ist zwar erschreckend, wie sich die Multis und ehemaligen Atomkonzerne auf Sonne und Wind stürzen, spricht aber für diese Energiequellen. Die realistischen Möglichkeiten eines alternativen Energiekonzepts für die BRD sind denn auch ein weiterer Schwerpunkt dieses Buches von Günter Karweina.
Alles in allem: dieses mit großem Sachverstand und spannend geschriebene Buch sollte zur 'Pflichtlektüre' für jede/n AKW-Gegner/in werden. Es ist das Buch des Jahres - jedenfalls bisher.
Sein Preis: leider 20.- Mark.

Auch beim Göttinger Arbeitskreis zu bekommen, Bls erhalten Rabatt.

Anti-AKW-Literaturliste

Diese Liste umfaßt die wichtigsten Bücher, Dokumentationen und Zeitschriften, die sich überwiegend mit der Nutzung der Atomenergie und den alternativen Energiequellen auseinandersetzen. Sämtliche Titel sind, soweit nicht Bezugsadressen angegeben sind, über jede Buchhandlung, bzw. über Büchertische zu beziehen.
Die Liste wurde von Mitgliedern der Bl Oststadt/List, der Bl Umweltschutz und der Gruppe Ökologie zusammengestellt.
Bezugsadresse:
Umweltschutzzentrum
Königstr. 53
3000 Hannover 1
Die Liste kostet 1.- Mark, die in Form von Briefmarken bezahlt werden sollte.

Neues aus Bremen

1. ist inzwischen die 7. Auflage des Bremer Liederbuches für AKW-Gegner erschienen, wiederum überarbeitet und mit neuen Informationen über die Herkunftregionen etc.
Neu ist auch der Preis, nämlich 5.- Mark. Für Bls gibt's 30% Rabatt.

2. Neu erschienen und von der BBA-Theatergruppe herausgegeben ist «GORWÄRTS», ein Theaterstück in 11 Szenen. Eine Region und ihre Bevölkerung erwarten den großen Unfall in einer Atomanlage ...
Das Nachwort schrieb Jens Scheer.
Preis:
9.-DM, auch hier erhalten Bls 30% Rabatt.

3. hat die BBA einen neuen Laden, wo auch die o.a. Sachen bestellt werden können.

Die Adresse:
BBA-Info Laden
St. Pauli Str. 10
2800 Bremen
Tel. 0421/700144

TERMINE

26. August
Bundesweiter Aktionstag der Anti-AKW-Bewegung.
„Kampf dem Atomstaat"!
Kontakt:
BUU Hamburg
Bartelstr. 26
2000 Hamburg 6

25. & 26. Juli
„Stop Kalkar" - Fest
Auf der Wiese von Bauer Maas am Schnellen Brüter. (s. Rückseite)
Kontakt:
BAUM
Essenbergerstr. 100
413 Moers 1
02841/29772

15. August
Open-Air-Festival
„Rock gegen Schacht Konrad"
in der Nähe von Salzgitter.
Kontakt:
Ulf Kelchhäuser
Lessingstr. 7
3384 Liebenburg 1
05346/1775

3.-6. September
6. große Energiespar-, Sonnenenergie- und Umweltausstellung in Konstanz.
Kontakt:
BUND-Geschäftsstelle
Kirchstr. 2
7800 Freiburg
0761/77044

Krötenmonster im Steinbruchsee

Foto: Kröte mit sechs Beinen. Die überzähligen befinden sich am Hals

Im letzten Herbst wurden in einem Steinbruchsee in der Nähe von Ludwigsburg mißgebildete Wechselkröten gefunden. Beim Anblick dieser monsterartigen jungen Tiere mit fünf Beinen, schiefen Mäulern und Beulenköpfen kann einem ein Schauer den Rükken herunterlaufen.
Das IFEU (Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg e.V.) hat dort Untersuchungen vorgenommen und anschließend folgende Presseerklärung veröffentlicht:

Bekanntgabe der Ergebnisse von Radioaktivitätsmessungen im Steinbruch Zimmermann, Gemarkungen Illingen/Enzkreis und Roßwag/-Kreis Ludwigsburg

Am 6.9.80 wurden in einem Teich im oben genannten Steinbruch Kröten der Art bufo viridis mit einer außergewöhnlich hohen Mißbildungsrate gefunden.
Am 8.9.80 im Steinbruch durchgeführte Radioaktivitätsmessungen ergaben an einzelnen Stellen eine deutlich erhöhte Radioaktivität (bis zu tausendfach) gegenüber anderen Meßpunkten im Steinbruch und außerhalb. Die Messungen wurden von Herrn Henle im Beisein von Herrn Rimpp durchgeführt.
Am 10.9.80 nahm die Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg im Beisein von Herrn Rimpp Radioaktivitätsmessungen vor, die angeblich keine Hinweise auf "Anomalien des natürlichen Strahlennullpegels" ergaben.
In der darauffolgenden Woche wurde das Wasser des Tümpels abgesaugt und entfernt, die Wände am Tümpel gesprengt und die Halde ,an deren Bereich eine erhöhte Radioaktivität gemessen wurde, mit einer bis zu 4 m hohen Erd- und Geröllschicht überdeckt.
Am 28.9.80 wurde im Auftrag unseres Instituts mit einer Meßreihe im Steinbruch begonnen.
Die Messungen wurden mit Diplomphysikern aus Bremen und München und mit Biologen aus Heidelberg und Stuttgart durchgeführt. Meßtage waren der 28.9., der 9.11. und 7.12.80. Die Messungen zeigten, daß
1. an dem Hang, an welchem vor der Zuschüttung eine hohe Aktivität gemessen wurde, selbst nach Aufschüttung noch eine erhöhte Strahlung meßbar war
2. die aus den Meßergebnissen ermittelten Halbwertszeiten nicht den Halbwertszeiten natürlich vorkommender Radioaktivität entsprechen. Die ermittelten Halbwertszeiten lagen bei durchschnittlich 39, 46 und 134 Tagen.
Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß in dem Steinbruch Radioaktivität hinzugefügt worden sein muß. Die unterschiedlichen Halbwertszeiten deuten auf ein Nuklidgemisch hin.

Eine Analyse der Meßergebnisse des Landesamtes für Umweltschutz ergab, daß auch deren Messungen vom 10.9.80 einen Strahlenpegel bis zum dreifachen des Nulleffekts aufwiesen. Von der wissenschaftlichen Seite aus betrachtet wäre dies ein ausreichender Grund zur weiteren und gründlicheren Nachforschung gewesen. Das Landesamt für Umweltschutz (LfU) teilt jedoch dem Landratsamt Enzkreis mit, daß "mit Sicherheit jede künstliche Radioaktivität auszuschließen" sei. Die LfU hätte im Gegenteil aus der erhöhten Strahlung einerseits und aus den Ausmessungen der Geröllproben andererseits, die keine erhöhte natürliche Aktivität aufwiesen, schließen können, daß hier radioaktives Material abgelagert und mit nicht aktivem Abram verdeckt war.
Daß bei Bearbeitung des Falles von Seiten der Behörden keinerlei Wert auf eine gründliche Untersuchung gelegt wurde, zeigt auch die Tatsache, daß vor der Zerstörung des Biotops, die am 15.9. begann und vom Landratsamt Enzkreis genehmigt wurde, die chemischen Analysen des Wassers und der Kröten nicht beendet waren.
Die am 12.9. beendete Wasseranalyse war nach Angaben der LfU lediglich "eine Übersichtsuntersuchung, die z.B. organisch-chemische Giftstoffe nicht erfassen kann".
Die Ergebnisse der genaueren chemischen Untersuchung gingen erst am 23.10. im Landratsamt ein. Die Kröten selbst waren bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht auf Rückstände von organischen Giftstoffen (z.B. Pestizide) untersucht worden.

Weiterhin muß die "wissenschaftliche" Behauptung, daß der vorliegende Fall nicht so außergewöhnlich sei, da Mißbildungen in ähnlich hoher Anzahl und ähnlichem Erscheinungsbild bereits andernorts aufgetreten seien, zurückgewiesen werden. Die dabei zitierten Arbeiten von Rostand, Academie Francaise können auf keinen Fall mit dem vorliegenden Fall verglichen werden. Dies geht eindeutig aus Veröffentlichungen seines Nachfolgers A.Dubois vom Museum National d'Histoire Naturelle, Paris hervor.
Wie aus langjährigen Untersuchungen eines Labors in Hiroshima hervorging, treten Mißbildungen, die im Steinbruch Zimmermann aufgetreten sind, dann an Amphibien und deren Nachkommen auf, wenn diese mit einer Dosis zwischen 50 und 300 rad bestrahlt werden. Die bei diesen Experimenten beobachteten Mißbildungen zeigen eine weitgehende Übereinstimmung mit denjenigen, die bei den Kröten im Steinbruch aufgetreten sind.
Eine Dosis von 300 rad kann beim Menschen bereits tödlich sein.

Der Fall des ungewöhnlich hohen Auftretens von Mißbildungen an Kröten der Art bufo viridis stellt, gemeinsam mit dem durch unsere Messungen erhärteten Verdacht, daß Radioaktivität als Ursache anzusehen ist, einen Fall von ungewöhnlichem wissenschaftlichen Interesse.
Die Frage jedoch, wer als Verursacher der Radioaktivität in Frage kommt und wer als Verantwortlicher für die skandalöse Abwicklung des Falles von Seiten der Behörden anzusehen ist, ist eine Frage von politischer Bedeutung.
Die sofortige Einberufung eines Symposiums, wie von Seiten des Landratsamtes bereits vorgeschlagen, ist daher dringend notwendig.

Foto: Wechselkröte mit schiefem Maul

demnächst & unwiderstehlich:

Bundesweite Energiebroschüre

Sie wird kommen, die auf der Bundeskonferenz in Bremen im Herbst letzten Jahres angekündigte Energiebroschüre.
Die Zielsetzung dieser als Hauswurfsendung geplanten Schrift hatten wir bereits im Atom Express Nr.23 vorgestellt. Inzwischen haben wieder einige Treffen der Arbeitsgruppe stattgefunden. Für diejenigen, die noch nichts davon gehört haben:
Es soll eine Broschüre erstellt werden, die
– umfassende, zusammenhängende und nicht widerlegbare Informationen liefert,
– sich mit den gängigsten Argumenten der Befürworter und ihren Scheinalternativen auseinandersetzt,
– die wesentlichsten Beweggründe der Atomenergiebefürworter aufzeigt und die dahinterstehende Logik durchbricht,
– die Glaubwürdigkeit von Industrie und Parteien erschüttert,
– und energiepolitische Alternativen aufzeigt.

Die inhaltliche Gliederung sieht knapp zusammengefasst so aus:
Nach der Darstellung der augenblicklichen Energieversorgung mit all ihren negativen Auswirkungen (Verschwendung, Monopolisierung etc.) und der Planungen der Regierung soll ein eigenes realistisches Energiekonzept dargestellt werden, das sich an die Studie des Freiburger Öko-Instituts anlehnt. In anderen Kapiteln werden Fragen wie AKWs und Arbeitsplätze, ist Atomstrom billig oder warum AKWs überhaupt gebaut werden, behandelt.
Die Broschüre umfasst 16 Seiten und für fast alle Kapitel liegen Manuskripte vor. Die Hauptarbeit für die nächste Zeit wird die Umsetzung des Textes sein. Denn dabei kommt es darauf an, Zusammenhänge möglichst knapp, anschaulich, leicht verständlich und trotzdem umfassend darzustellen.
Keine leichte Aufgabe, denn zudem soll auch die Aufmachung ansprechend sein. Grafiker haben sich auch schon zur Mitarbeit bereit erklärt. Hilfe kann jedoch noch gebraucht werden, vor allem von Leuten, die „professionell" mit solchen Sachen zu tun haben.
Mitte bis Ende Juli soll jedenfalls ein möglichst weit gediehener Entwurf fertiggestellt werden, der anschließend an alle Bürgerinitiativen und Interessierte zwecks Begutachtung und Stellungnahme verschickt wird. Anfang Oktober hoffen wir dann, mit dem Druck beginnen zu können.

Verteilung

Geplant ist eine Erstauflage von 500.000 Stück. Um einen möglichst guten Start zu haben, soll die Broschüre als erstes in **Regionen** verteilt werden, wo bereits ein breites Protestpotential und gute Strukturen vorhanden sind. Gedacht haben wir an Nordhessen (ländliches Gebiet) und Bremen. Eine Region in Süddeutschland soll noch hinzukommen, ebenfalls das Emsland.
Voraussetzung ist natürlich, daß die Bürgerinitiativen dort mit diesem Plan einverstanden sind.
Die Diskussion darüber muß in den nächsten Monaten noch geführt werden; deshalb ist auch ein Protokoll erstellt worden, in dem alle organisatorischen Fragen ausführlich behandelt sind. Das Protokoll ist an alle bekannten BI-Adressen verschickt worden. Wer noch keines hat: **BBA-Laden, St.Pauli Str.10/11, 2800 Bremen, Stichwort: Energiebroschüre.**
Die Verteilung der Broschüre soll mit einer Kampagne verbunden sein; oder wie es im Protokoll heißt: 'Wir sind der Meinung, daß die Energiebroschürenverteilung einer Kampagne nie gekannten Ausmaßes bedarf, d.h. also alle Widerstandsaktionen, alle Informationen, alle Erfahrungen und Aktivitäten unseres bisherigen Kampfes gegen Atomenergie sollten sich widerspiegeln. Natürlich wird erhöhtes öffentliches Interesse auch seitens der Presse da sein. An Veranstaltungen, eventuellen Konzerten und Podiumsdiskussionen etc. wird es nicht mangeln.'
Hoffentlich laßt Ihr Euch von unserer Euphorie anstecken.
Um möglichst gute Voraussetzungen zu schaffen, halten wir die Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle während der Zeit der Kampagne für erforderlich. Bremer Freunde/innen versuchen z.Z., die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Natürlich kostet dieses ganze Unterfangen auch Geld, viel Geld. Ein Exemplar der Broschüre kostet ca. 10-12 Pfennige. Mit allem Drum und Dran werden für die Erstauflage 80.000 bis 100.000 DM erforderlich sein, die vorfinanziert werden müssen. Der in der Broschüre enthaltene Spendenaufruf wird dieses Geld dann hoffentlich wieder reinbringen.
Wer meint, daß es unrealistisch wäre, soviel Geld zusammen zu bekommen, dem sei zu bedenken gegeben, daß die letzte Brokdorf-Demo die Anti-AKW-Bewegung mindestens 4 Mio. DM (100.000 mal 40.- DM) gekostet hat!! Ein Teil des Geldes ist bereits durch „Privatkredite" und Spenden gesichert. Es wäre schön, wenn Ihr auch bereits jetzt etwas dazusteuern könntet.
Zentrales Konto: Reinhard Röpling, Dortmunder Volksbank, Ktonr.: 20 36 076 700, Stichwort:Energiebroschüre.

Informationen, Kritiken, Anregungen und Vorschläge:
BBA-Laden,
Stichwort: Energiebroschüre
St.Pauli Str. 10/11
2800 Bremen

OOA's FOLKEPJECE

Der er 13 gode grunde
- mindst - til at sige nej tak!

Atomkraftens problem er ikke kun affaldet. Eller sikkerheden. Eller økonomien. Atomkraftens problem er i virkeligheden, at der er så mange problemer med den.

Atomkraften kommer for sent

Det tager mindst 10 år, før det første atomkraftværk kan være i gang. Atomkraft kan altså ikke hjælpe os ud af de olieproblemer, vi har nu og sikkert får i 80-erne.

Atomkraft erstatter kul – ikke olie

Elværkerne er i fuld gang med at gå over til at fyre med kul i stedet for med olie. Fra midt i 80-erne regner de med, at 80% af deres brændsel er kul. Hvis atomkraften kommer, bliver det altså kul og ikke olie, den erstatter.

Urankrise om 10-20 år

Verdens uranmalmreserver er ikke særlig store. OECD regner med, at der er uran nok til omkring år 2000. Der kan endda blive mangel på uran allerede omkring i løbet af 80-erne. Det kan kun be med at få uranet hurtigt nok op af jorden.

Store problemer med grønlandsk uran

Der er uran på Grønland. Men kvaliteten er meget dårlig, og den er svær at udvinde fra malmen. Først i 1982 ved man, om det overhovedet er realistisk at udvinde grønlandsk uran. Under alle omstændigheder bliver den dyrt. Og hvem siger, at grønlænderne er interesserede i, at der bliver åbnet en uran mine i deres land?

Næste skridt: Plutonium-reaktoren

De atomkraftværker, man har nu, udnytter uranet dårligt. Derfor rækker det ikke til mere end et par årtier. Det kan godt lade sig gøre at udnytte uranet bedre, men så skal man bruge de såkaldte formeringsreaktorer. Og en formeringsreaktor producerer tonsvis af plutonium. Plutonium er et af de farligste stoffer, der kendes. Bare et par milliontedele af et gram i lungerne kan give lungekræft. Og der skal kun 5-10 kg plutonium til at lave en atombombe.

Atomkraft giver ikke ret meget

Atomkraftværker giver kun energi i form af elektricitet. Omkring år 2000 kan vi højst – selv med de 5 planlagte atomkraftværker – få dækket ca. 20% af vores energiforbrug. Resten – 80% af energien – skal vi alligevel skaffe os fra andre energikilder.

Atomkraft er for dyr

Det er dyrt at bygge atomkraftværker. Et enkelt værk koster 3-7 milliarder kroner. Og så bliver de ikke ældre end så mange gange, at det ikke kan ske. Der er alligevel ingen, der kan garantere mod fejl. Hvorken mod de tekniske eller de menneskelige. Det så vi tydeligt ved ulykken på Tre-mile-øen ved Harrisburg i USA.

Atomkraft giver større afhængighed

Atomkraft er større end selve atomkraftværket. Uranmine, berigningsanlæg, brændselsfabrik, oparbejdningsanlæg og affaldslager – alle led er nødvendige, for at lave atomstrøm. Og alle led betyder, at vi bliver afhængige af udlandet. Mere sårbare.

Dårlig for beskæftigelsen og betalingsbalancen

Ca. 70% af et dansk atomkraftværk skal købes i udlandet. Derfor giver atomkraft et stort tab af valuta og meget få danske arbejdspladser. Tal fra 1975 viser, at man kun kan sætte 1-2 mand i arbejde for hver million, man investerer i atomkraft. Hvis man bruger 1 million til vindkraft, kommer 8-10 mand i arbejde. Bruger man de samme penge til isolering, kommer 6-7 mand i arbejde.

Der er ingen garanti mod ulykker

Man kan lave nok så mange sikkerhedsberegninger. Man kan påstå nok

Ulykker kan få katastrofale følger

En stor ulykke på et atomkraftværk kan dels føre til, at man dør af strålesyge – dels til at mange tusinder senere får kræft. Desuden vil enorme områder blive forurenede med radioaktivitet. Radioaktivt forurenede områder er ubeboelige i mange år fremover. Og man ved ikke, hvordan man skal rense dem.

Vi har ikke plads til atomkraft

Der kan ske ulykker på atomkraftværker. Derfor bør atomkraftværker ikke lægges, hvor der bor mange mennesker. Danmark er et lille land – med mange indbyggere. Der er simpelthen ikke plads til atomkraftværker.

Affaldsproblemet er ikke løst!

Som bekendt skal det radioaktive affald fra atomkraftværkerne opbevares i hundredetusind år. Intet land har fundet en sikker løsning – selv om man har prøvet i 30 år!
Elværkerne herhjemme siger, at de kan finde en løsning inden 1981. Gerne siger, at der skal bruges mindst 10 år til undersøgelserne. Og ingen ved om resultaterne bliver negative eller positive.

Eine Seite aus der dänidchen Broschüre, die ein Vorbild für die hier geplante darstellt

Mit Windmühlen und Wasserkraft Öl einsparen

Den Haag,24.Mai. Ein kombiniertes Windenergie- und Wasserkraftprojekt, das jetzt von einer durch die Regierung eingesetzten Studienkommission in detaillierter Ausarbeitung vorgelegt worden ist, eröffnet neue bedeutungsvolle Perspektiven für die zukünftige Energiegewinnung in den Niederlanden und soll in der kommenden Zeit die Abhängigkeit von dem durch arabische Länder beherrschten Ölkartell beträchtlich verringern.
Das Projekt soll ca. 15% des gesamten niederländischen Energiebedarfs decken können. Mit der Verwirklichung des Plans, der in der Öffentlichkeit lebhafte Zustimmung gefunden hat, soll nach entsprechenden Vorbereitungen im Jahr 1985 begonnen werden.
Vorgesehen ist, im Markersee zunächst ein etwa 55 Quadratkilometer umfassendes Sammelbecken anzulegen, das später auf 165 Quadratkilometer erweitert werden könnte und 2,5 Meter höher als das übrige Gewässer liegen soll. Um diesen Höhenunterschied zu schaffen, sollen 30 Meter hohe Deiche rings um den Stausee gebaut werden. Für die Füllung des Sammelbeckens sollen nicht weniger als 1000 große Windmühlen mit 40 Meter langen Flügeln sorgen, die das Wasser in den Stausee hochpumpen müssen, so daß 500 Mrd. Liter Wasser in das Reservoir gelangen. Der Strom der an das Sammelbecken gekoppelten Windmühlen könnte auch direkt an das Elektrizitätsnetz des Landes geliefert werden. Durch die Speicherung im Becken wird die Stromversorgung nicht mehr von den unsicheren Witterungsverhältnissen mit viel oder wenig Wind abhängig gemacht.

Anti-AKW-Mitspieltheater

Liebe Bls und andere Leute!
Wir heißen a.n.t.i. und kommen eigentlich aus Wien, es hat uns aber nach Hildesheim verschlagen, und drum sind wir jetzt eine deutsche Anti-AKW-Gruppe, auch wenn noch einige Wiener dabei sind. Wir machen ein Anti-AKW Mitspieltheater, wobei für uns der Schwerpunkt auf dem Mitspiel liegen soll(te). Es genügt nicht immer nur zuzuschauen, wir sollten lernen, unsere Sache selbst in die Hand zu nehmen.
Wir fahren viel herum, weil wir auch noch Workshops über „Unsichtbares Theater" – eine wichtige Arbeitsform für alle, die „politisch" arbeiten – und Musik machen.
Deshalb überlegts Euch, ob wir nicht auch mal bei (für,mit) Euch spielen sollen, egal, ob als Mitspieltheater, bei einer Demo oder sonstwo. Wichtig ist nur, daß wir die Termine immer frühzeitig wissen, um alles koordinieren zu können – es ist doch streßig, wegen **eines** „Auftritts hunderte Kilometer zu fahren".

Zum Organisatorischen noch ein paar Worte: Wir bräuchten halt die Benzinkosten, Schlafplatz, Verpflegung, fänden prinzipiell freien Eintritt und Spenden besser, aber das müßt Ihr selbst wissen.
So, noch die Kontaktadresse:

Michael Undorf
Ortelsburgerstr. 74
3200 Hildesheim

Atomkraft? Nein Danke!– Plakette darf nicht mißbräuchlich verwendet werden!

Mit diesem am 9.Mai bekannt gewordenen Beschluß untersagte das Frankfurter Landgericht dem Eschborner „Aktionskreis Energie e.V.", das Abzeichen mit der abgeänderten Inschrift «Demokratie? Nein danke» für seine Zwecke in der Öffentlichkeit zu mißbrauchen. Unter dem Emblem mit der lachenden Sonne und der veränderten Inschrift hatte nämlich der Aktionskreis in einer Essener Tageszeitung dazu aufgefordert, „unsere Politiker ... auf dem Sektor Energiesicherung" ... zu unterstützen und kritisiert: „Randalierende Minderheiten sind gegen alles: Zum Beispiel Straßenbau, Eisenbahnbau, Energieausbau, Gerichts- und Parlamentsbeschlüsse." Der Münchener Rechtsanwalt Otto W. Müller bestritt für den Aktionskreis, daß mit der Verwendung des Abzeichens für die Zwecke seiner Mandantin das Urheberrecht verletzt worden sei. Der «lachenden Sonne» mit der Aufschrift Atom**kraft ? Nein danke fehle es schon an der „nötigen Schöpfungshöhe", damit von einem Werk im Sinne des Urheberrechts gesprochen werden könne. Im übrigen dürfe nicht übersehen werden, „daß ein Fall der Parodie vorliegt".**
Das Frankfurter Landgericht indes ließ sich von der dänischen Urheberseite überzeugen und beschloß eine einstweilige Verfügung. Darin wird dem Aktionskreis bei Meidung von 500 Mark Ordnungsgeld verboten, das verfälschte Sonnenzeichen in der Öffentlichkeit zu verwenden.

Sommer–

In diesem Jahr steht die 4. Teilerrichtungsgenehmigung für den Schneller Töter in Kalkar - am Niederrhein - an. Dabei geht es um den Einbau der Nukleareteile. Seit der internationalen Großdemonstration im September 77 mit über 60.000 Teilnehmern ist der Brüter aus dem Bewußtsein der Anti-AKW-Bewegung verschwunden. Trotzdem drückten Pfingsten 79 nochmals 30.000 Menschen ihren Protest gegen dieses technologische Wahnsinnsprojekt aus. Seit 10 Jahren wurde hauptsächlich versucht, den Brüter auf parlamentarischem und juristischem Wege zu verhindern. Daß dieser Weg in die Sackgasse führt, haben auch die anderen Kämpfe gegen Atomanlagen gezeigt. Auch die Großaktionen 77 und 79 boten keine Entfaltungsmöglichkeit für einen langfristigen Widerstand; auch nicht vor Ort (NRW,- Kalkar, Holland).
Um diesen Zustand zu ändern, und den Brüter wieder ins Bewußtsein der Anti-AKW-Bewegung zu bringen, haben sich holländische und niederrheinische Bls zusammengesetzt.
Auf einem Mai-Camp in diesem Jahr überlegten wir, wie dies zu bewerkstelligen sei, Großdemonstrationen schlossen wir dabei aus, da es immer leicht ist, 'ne Menge Leute zu mobilisieren, was aber die Leute nur frustriert, wenn sie an der Gewalt ausstrahlenden Betonmauer (Schade, daß Beton nicht brennt!) vorbeispazieren und sich an diesem Zustand nichts ändert.
Also müssen wir Leute aus Kalkar und der weiteren Umgebung ansprechen, die gewillt sind, andere Aktionsformen gegen den Brüter zu entwickeln und anzuwenden.
Die Zeit drängt, denn 1985 soll der Brüter, wenn nicht doch noch die finanziellen Mittel ausgehen, in Betrieb genommen werden.
Auf dem Mai-Camp wurde unter Berücksichtigung der örtlichen und der oben geschilderten Situation beschlossen, ein Gegeninformationszentrum mit alternativen Energiegewinnungsanlagen und Hüttencamp in diesem Sommer zu errichten als Ausgangspunkt für Aktionen wie Blockaden, Green-Peace-Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, usw.(siehe nebenstehende Einladung). Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Leute, die am Sommercamp teilnehmen, die Aktionsformen selbst entwickeln und durchführen.
Weiterhin sollte diskutiert werden, wie der Widerstand vor Ort verstärkt werden kann, wie die Zusammenarbeit der örtlichen Bls und der städtischen Bls aussehen und - was besonders wichtig ist - auch in die Tat umgesetzt werden soll.
Das Sommercamp soll am 25. Juli beginnen Als Auftakt veranstalten wir am25. und 26. Juli ein Musik- und Theaterfest. Dort werden verschiedene Musikrichtungen und deren Interpreten aus Holland und der BRD die Vielfältigkeit der Bewegung und unserer Musik darstellen. Liedermacher, Folk, Rock, Politrock, Jazz, Fool, New Wave und Punk; all diese Musikrichtungen drücken für uns ein Lebensgefühl aus, das bestimmt ist durch den Kampf gegen die lebenszerstörenden Bedingungen unserer Existenz in der BRD und in den Niederlanden. (Jetzt und an dieser Stelle erwarten wir Kritik, auch gut).

camp am Schnellen Brüter

Wir hoffen durch das Sommercamp einen kleinen Schritt weiterzukommen und eine Menge Leute ansprechen zu können, die das Geschwafel satt haben und zu Taten schreiten wollen. Vielleicht ist es möglich, den Ansatz für eine langfristige Perspektive hier am Ort gegen den SNR 300 zu entwickeln.
Wie ernst wir von der Gegenseite genommen werden, zeigt sich an zwei Beispielen:
1. In der nahen Zukunft soll in Kalkar ein neues Polizeigebäude errichtet und damit 40-50 Arbeitsplätze geschaffen werden. (Sperrt die Ordnungshüter in den Schnellen Brüter).
2. Aufgrund des Maicamps und in Erwartung anderer Aktivitäten wurde der Oberkreisdirektor wieder aktiv. Er forderte Bauer Maas, den Kläger gegen den Brüter, auf, seinen zum Freundschaftshaus umgebauten Melkstall seiner ursprünglichen Nutzung wieder zuzuführen, anderenfalls droht er ein Zwangsgeld von 1000 DM an.
Diese Anordnung ist von daher völlig unsinnig (schwachsinnig?), weil der Acker, auf dem das Freundschaftshaus steht, schon seit einiger Zeit an die Interessengemeinschaft der Kleingrundpächter zu Hönnepel verpachtet ist.
Wir lassen uns auf keinen Fall von diesem Erfüllungsgehilfen der Schnellbrüterkernkraftwerksgesellschaft unser Recht auf Information im Freundschaftshaus nehmen.

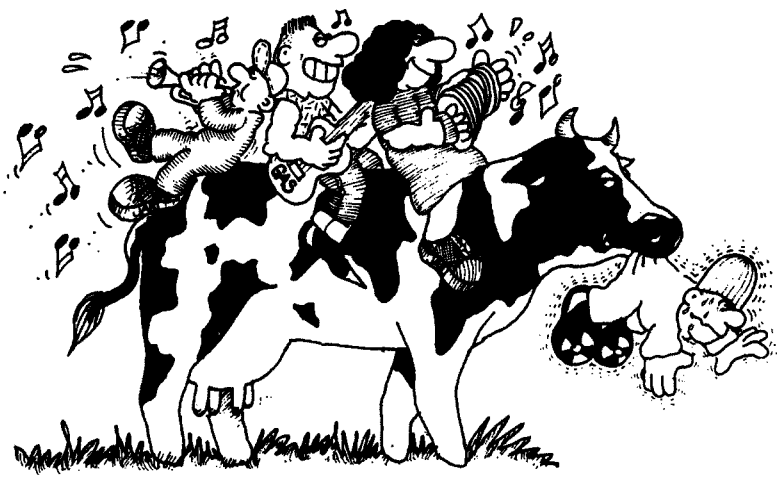
Kauft Pachtverträge!

Für 10 DM könnt Ihr einen Pachtvertrag erwerben über 1 m² Land in der Nähe des schnellen Brüters.Auf diesem Land (1000m ²) steht das Freundschaftshaus, ehemals Melkstall des Bauern Maas.
Ihr seid dann Mitglied der Interessengemeinschaft der Kleingrundpächter zu Hönnepel.

Das Geld geht auf das Konto 2999 der Volksbank Kalkar und ist für den Ausbau des Freundschaftshauses und das Sommercamp gedacht. (Ihr bekommt Satzung und Pachtvertrag von der BI zugeschickt.)
Über 400 Menschen haben bereits einen Vertrag bekommen, und es müssen noch mehr werden, damit wir das Land für unsere (Informations-) Zwecke nutzen können und damit öffentlich klar wird, daß viele gegen den schnellen Brüter kämpfen und nicht nur ein paar Leute mit dem Projekt zu tun haben, die dann entsprechend schnell kriminalisiert werden können. Wendet Euch an

BI "Stop Kalkar"
c/o der Laden
Mittelweg 45
4190 Kleve

UND "STOP KALKAR"-FEST



MUSIK 25. UND 26.7. THEATER

In diesem Sommer treffen wir uns auf der Wiese des Bauern Maas zu einem Aktionscamp, um das Freundschaftshaus auszubauen und als Informationszentrum zu nutzen. Trotz drohenden Verbots werden wir uns das Recht dazu nicht nehmen lassen.
Auf der Wiese am Freundschaftshaus werden wir ein Anti-Atom-Dorf bauen, in dem wir uns treffen können, um Aktionen gegen den Weiterbau des Brüters zu besprechen und durchzuführen. Wir werden dort zusammenleben und zeigen, da das Leben etwas anderes ist als die Isolation in den Wohntrakten, die Öde und Kaputtheit der Innenstädte.
Wir kämpfen für unser Leben nicht mit Atomraketen und Neutronenbomben, sondern mit Witz, viel Phantasie und Wurfankern. Machen wir den Ungeheuern klar, daß sie nicht mit uns rechnen können, wenn sie sich die Zukunft nur in Beton vorstellen können! Zeigen wir allen, daß wir uns in einem drohenden Atomkrieg weder von ihren Pershing II noch von ihren Cruise Missiles, noch von ihren als Atomminen zu nutzenden AKWs töten lassen!
Machen wir ihnen einen dicken Strich durch ihre Killerpläne!
Am 25./26. Juli beginnen wir das Camp mit einem Musikfest! Unsere Musik ist ein ganz entscheidender Ausdruck unseres Lebensgefühls, unseres Kampfes gegen die Betonwüsten, aus denen wir und die Musik kommen. Setzen wir die Kraft, die Wärme und Wut unserer Musik gegen das zementierte Leben der Geier aus Bonn, Amsterdam und anderswo, mit ihrem Geschwätz vom Restrisiko und ihren "Zukunfts"planungen. Spielen wir den versteinerten Verhältnissen unsere Melodie vor und bringen wir den Brüter zum Tanzen! Schmelzen wir das Packeis! Kämpfen wir dafür, daß die Bauplätze aller Atomanlagen, Trabantenstädte, Hochsicherheitsknäste und Raketenabschußbasen wieder zur Wiese werden, bzw. bleiben.

Für alle Aktionen benötigen wir eine umfangreiche Unterstützung aller AKW-Gegner. Zum einen brauchen wir natürlich eine finanzielle Unterstützung. Es muß ein Klo, eine Küche, Waschgelegenheiten usw. geschaffen werden. Einige dieser Einrichtungen und auch ein 10KW-Windrad sind bereits im Bau. Die BI "Stop Kalkar" ist aber zu klein, um dies alles alleine zu schaffen. Deswegen meldet euch und eure Beteiligung an. Unser Widerstand muß außerdem durch viele, viele Leute dokumentiert werden, mit 20 Leuten oder so kann man kaum etwas machen, aber das wißt ihr ja selbst.
Merkt euch in jedem Fall den 25. Juli und kommt in Massen. Wenn ihr Interesse habt, am Dorf mitzuarbeiten, kommt schon vorher. Jeden Samstag sind Leute am Freundschaftshaus gegenüber dem Schnellen Brüter in Kalkar-Hönnepel anzutreffen.

P.S.Es ist logo (und ganz wichtig), daß wir für das Camp, das Fest und so ne Menge Knete brauchen (auch wenn die Musiker umsonst spielen). Deshalb haben wir uns vom "Rock gegen Rechts" die Idee mit den Buttons geklaut: Also, ab jetzt verscherbeln wir für 5 DM Eintrittssticker fürs "Stop Kalkar"-Fest!
Bestellt und kauft bzw. verkauft im Vorverkauf! Wär toll, wenn wat Schotter zusammenkäm! Hier unser (Spenden) Konto: PSchA Essen 281855-436 Klaus Münnich
Postanschrift: BI Baum Essenbergerstr. 100, 413 Moers 1, Tel-Kontakt: 02841/29772

"STOP KALKAR" FEST

AUF DER WIESE VOM BAUER MAAS, AM SCHNELLEN BRÜTER

DAS FEST MUSS LAUFEN! DER BRÜTER DARF NIE ATOMEIER LEGEN!

HOPP, HOPP, KALKAR STOP!

UNTERSTÜTZT DIE VORBEREITUNGEN SCHON JETZT!
VERBREITET DIESES FLUGBLATT! DAS FEST-PLAKAT IST FERTIG (DIN A 2 GROSS & ZWEIFARBIG STARK) WICHTIG!!! → DIE EINTRITTS-STICKER SCHON JETZT VERKAUFEN! WIR BRAUCHEN DIE KNETE
✉ → BI „BAUM" Essenbergerstr. 100 413 Moers 1 ☎ 02841/29772

Collection Kalkar Foundation
www.kalka.org
Digitized 2012

EINTRITTS-STICKER GIBT'S IM VORVERKAUF FÜR 5 MARK! KONTAKT: BI „BAUM" ESSENBERGERSTR. 100 4130 MOERS 1

Atom Express

...extra...extra...extra...extra...

2. August: Großaktion in Gorleben!

Am 21. Juni beschlossen etwa 50 AKW-Gegner aus zwanzig norddeutschen Bürgerinitiativen in Trebel eine bundesweite Sternfahrt in den Landkreis Lüchow-Dannenberg mit abschließender Großdemonstration und Kundgebung am Bauplatz des geplanten Zwischenlagers.
Vom 30. Juli - Donnerstag - an können die Fahrrad-, Auto- und sonstigen Konvois in Gorleben eintreffen. Diese Sternfahrt, mit der die Bevölkerung über den Atommülltransport und die Lagerproblematik informiert werden soll, ist der eine Schwerpunkt der Aktion. Alle Gruppen sind jetzt schon aufgefordert, sich mit benachbarten Initiativen zusammenzutun und sich Gedanken für eine möglichst effektive und öffentlichkeitswirksame Anreise zu machen.
Für die Gestaltung des 'verlängerten Wochenendes' im Landkreis wurden die folgenden Vorschläge diskutiert:
– die Belagerung von '1003', dem zukünftigen Bauplatz.
– Blockaden der Zufahrtswege, ggf. des ganzen Landkreises.
–'Besuche bei der Atomlobby' und deren Einrichtungen im Wendland.

In jedem Fall wird am Sonntag, d.2.8., um 12.00 Uhr eine Großkundgebung am Bauplatz stattfinden. Der Charakter der Kundgebung ist noch offen, geeinigt wurde sich bisher lediglich darauf, daß solche Aktionsformen gefunden werden, die „nicht die Mehrheit zu Passivität verurteilen und einige wenige sich und andere nicht durch ihr Vorgehen gefährden.»
Wegen des täglich drohenden Baubeginns ist es wichtig, daß sich **alle** AKW-Gegner mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen und sich Stellungnahmen erarbeiten. In den nächsten Tagen wird neben einem ausführlichen Protokoll des Trebeler Treffens ein Konzept für die Sternfahrt verschickt werden. Wer die Papiere nicht bekommt, kann sie bei der
BBA
St.-Pauli-Str. 10/11
2800 Bremen
anfordern.
Am **11.7.** findet entweder in Trebel oder in Hannover ein weiteres Vorbereitungstreffen statt. Der genaue Ort, der Beginn und Tagesordnungsvorschläge sind ebenfalls in Bremen zu erfragen.

Collection Laka Foundation
www.laka.org
Digitized 2016